

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalmete Kolonelle über deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. Juli 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Lage in Indien.

London, 3. Juli. (Fig. Ver.)

Ueber die englische Herrschaft und über die gegenwärtige Lage in Indien sich ein Urteil zu bilden, ist eine schwierige Sache. Es gibt zwar eine große Zahl Schriftsteller, die über Indien Studien veröffentlicht haben, aber ihre Ansichten gehen weit auseinander. Und es gibt auch in London Hindus, die ganz entgegengesetzte Ansichten über die englische Herrschaft und über die Lage in Indien äußern. Das Beste scheint zu sein, sich an Schriftsteller zu halten, die Indien gesehen und in erster Reihe bemüht sind, die Wahrheit zu erfahren und sie zum Nutzen der für Indien verantwortlichen Staatsmänner in nüchternen Weise mitzuteilen.

Ein Artikel, der diesen Bedingungen einigermaßen entspricht, erschien am 28. Juni in den „Times“ unter der Überschrift: „Britanniens Zukunft in Indien“. Man kann nicht sagen, daß der Artikel ganz unparteiisch ist. Ganz unparteiisch zu schreiben, ist in politischen und sozialen Dingen fast unmöglich. Der genannte „Times“-Artikel ist von Seitenhieben gegen die gemäßigt liberalen Reformen, die Lord Morley jetzt in Indien einführt, nicht frei. Allein er enthält auch Betrachtungen, die ihren Urheber als einen ehrlichen politischen Denker erscheinen lassen. Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung der wichtigsten Stellen des Artikels:

Die kürzlich eingeführten Reformen haben die wesentlichen Bedingungen, die Englands Herrschaft betreffen, fast vollständig unberührt gelassen. Die Gefahr, die der englischen Herrschaft in Indien droht, wurde nicht im geringsten vermindert. Die feindliche Haltung großer Teile der indischen Völkerschaft gegenüber den Engländern besteht nach wie zuvor. Die englische Herrschaft wird angefeindet nicht wegen ihrer Fehler, sondern weil sie eine Fremdherrschaft ist. Auch wenn die englischen Verwalter Erzengel wären, würden sie den Beifall der Hindus nicht finden. Nicht die Tätigkeit der Engländer, sondern die Anwesenheit der Engländer bildet den Stein des Anstoßes.

Die meisten der in der Agitation stehenden Hindus wünschen die Selbstverwaltung nach dem Muster der selbständigen britischen Kolonien. Obwohl die Ausführung dieses Programms auf ungewöhnliche Hindernisse in Indien stoßen wird, so ist es doch nicht ratsam, diese Bestrebungen zu mißachten und sie ins Lächerliche zu ziehen. Das Verlangen nach Selbstverwaltung geht hauptsächlich von den Brahminen aus, während die Mohammedaner im großen Ganzen dieser Bewegung fernstehen. Die Mohammedaner werden vielmehr von denjenigen Bestrebungen bewegt, die gegenwärtig die Welt des Islams durchzittern.

Was sind die Ursachen dieser Unruhe? Manche Leute führen sie auf die Herrschaft Lord Curzons zurück, andere wieder auf die Teilung Bengalens in zwei Präsidien. Diese Umstände mögen zur Unruhe beigetragen haben; ebenso die Siege der Japaner über die Russen in der Mandchurie, die ohne Zweifel in ganz Asien einen Widerhall fanden. Allein alle diese Vorgänge haben den Strom nur anschwellen lassen, die Hauptströmung aber haben sie nicht ins Dasein gerufen. Die Ursache ist gar keine rein indische; sie ist eine asiatische. Asien beginnt sich gegen die europäische Oberherrschaft aufzulehnen. Dreihundert Jahre lang bewegte sich die europäische Flut ostwärts, jetzt aber tritt die Ebbe ein.

Die Reisenden, die aus Indien heimkehren, werden oft gefragt: „Ist eine Revolution wahrscheinlich, und wann kommt sie?“ In der Politik kann man oft nur auf Möglichkeiten hinweisen. Vor allem darf man sich nicht durch die Herzlichkeit, die Wärme, den Edelmuth und die Sympathie einzelner Hindus zum Urteil verleiten lassen, alles in Indien sei in Ordnung. In der Politik darf man nicht auf Einzelpersonen blicken, sondern auf die großen Tendenzen. Die Hindus mögen den einzelnen Engländer lieben; sie hassen aber ganz bestimmt die englische Herrschaft. Es ist wahrscheinlich, daß die anarchistischen Attentate nicht aufhören werden. Die indische Bewegung ist nicht anarchistisch, aber die Attentate sind ihr extremster Ausdruck. Vor Bombenwerfern hat die englische Herrschaft nichts zu fürchten. Noch ist die Bombe nicht hergestellt, die England aus Indien hinauswerfen könnte. Allein mit der permanenten Feindschaft großer Teile der indischen Bevölkerung muß England rechnen. Wann sie zum explosiven Ausbruch kommen kann, läßt sich nicht sagen. Jenseits wildes und aufregendes Gerücht kann zum Funken werden, der alles in Flammen setzt. Wahrscheinlich ist es, daß eine äußere Komplikation von den Hindus benutzt werden wird, das Banner der Revolution zu erheben. Sicher ist es aber, daß die in Indien vorhandenen englischen Militärkräfte vollständig hinreichen, derartigen Möglichkeiten erfolgreich zu begegnen. Drahtlose Telegraphie wird die indischen Behörden auf dem Laufenden halten, und, wenn alle Explosivstoffe Johannesburgs nicht imstande waren, den englischen Bahnverkehr während des Burenkrieges zu unterbrechen, so ist kein Grund vorhanden, eine Unterbrechung des indischen Bahnverkehrs zu befürchten. Die indische Armee ist loyal. Insubordinationsfälle waren auch während der Agitation der letzten Jahre seltene Aus-

nahmen. Ob die heranwachsende Jugend ebenso loyale Soldaten liefern wird, ist indes fraglich.

Ein großer Teil der Schwierigkeiten, auf die die englische Herrschaft gegenwärtig in Indien stößt, ist dem Umstande geschuldet, daß die englischen Staatsmänner sich über ihre politischen Ziele keine klare Rechenschaft ablegten. Die indischen Beamten beklagten sich oft, daß sie nicht wüßten, von welchen Motiven die indische Politik der Briten geleitet wird. Sie fragten: „Sind wir hier, um das Wohlergehen der Hindus zu fördern oder um vor allem englische Interessen wahrzunehmen?“

Der Artikelschreiber ist im großen Ganzen der Ansicht, daß die Zeit kommen muß, wo Indien den Hindus, wie überhaupt Asien den Asiaten gehören wird.

Ueber das erfolgreiche Attentat eines indischen Studenten auf Sir Curzon äußerten sich u. a. der indische Reform- und Redakteur Surenndra Nat Banerdschi, Keir Gardie und J. R. Macdonald. Banerdschi schreibt heute in den Londoner Zeitungen: „... Ich erwarte das englische Publikum, die wahnsinnige Tat eines offenbar krankhaften Menschen von den Bestrebungen Indiens zu trennen. ... Die in London lebenden Hindus halten heute abend eine Versammlung ab, um das Verbrechen, das soeben begangen wurde, zu verdammen.“

Keir Gardie erklärte: „Ob wir es mit einem politischen Verbrechen oder mit einem persönlichen Racheakt zu tun haben, weiß ich nicht; nur soviel ist sicher, daß das Attentat eine schädliche Wirkung auf die indische Reformbewegung ausüben wird. Alle verantwortlichen Sektionen der öffentlichen Meinung Indiens werden das Verbrechen verurteilen und mit aller Heftigkeit von sich weisen. Es gibt keine ernste Bewegung in Indien, die derartige Kampfmethode billigt.“

Macdonald sagte: „Jegendwelchen politischen Sinn kann ich in diesem Morde nicht finden. In indischen Kreisen herrscht viel Unruhe, und diese Unruhe ist vollständig gerechtfertigt, aber bei krankhaften Geistern kann sie zu Attentaten führen. Ich glaube, der Mörder handelte in einem Augenblicke des Wahnsinns, was sich auch darin zeigt, daß er gerade Sir Curzon Wylle, einen harmlosen Beamten, zum Opfer auswählte. Vom indischen Standpunkte ist die ganze Angelegenheit beklagenswert, und ich hoffe, daß der Staatssekretär für Indien (Lord Morley) sie einzig und allein als in die Kompetenz der Polizei gehörend betrachten wird.“

Der Name des Attentäters ist Dhingra. Seit drei Jahren lebte Dhingra im Exil, wo er technische Wissenschaften studierte. Sein Vater ist Arzt und sein Bruder Rechtsanwalt in Amritsar (Pandschab). Er steht im Alter von 22 Jahren.

Das Tabaksteuer-Verbrechen des Zentrums.

Die Annäherung des Verbrechens, das das Zentrum an den Tabakarbeiter begangen hat, ist der Partei der Maul-Arbeiterfreundschaft sehr unangenehm. Die Zentrumskorrespondenz hat gegen den Leitartikel des „Vorwärts“, der in der Sonntagsnummer erschien, schleunigst einen Verteidigungsartikel zusammenschreiben müssen, der in den beiden führenden Zentrumsblättern, in der „Kölnischen Volkszeitung“ und in der „Germania“ erscheint. Man sieht ihm an, daß er eine unangenehme Pflichtarbeit war. Eine so schlechte Sache, wie die Zustimmung zur Ausbeutung der Tabakarbeiter läßt sich ehrlich nicht verteidigen. Also muß man mit der Unschlichkeit versuchen. Der Artikel der „Zentrumskorrespondenz“ unterschlägt deshalb vom Inhalt des „Vorwärts“-Artikels gerade das Gravierendste, was er gegen das Zentrum anführt — zum Ausgleich wird den Lesern erzählt, daß er „de Schimpfereien“ enthalte und sie als vollgültige Beweise ansehe.

Die „Zentrumskorrespondenz“ kann nicht umhin, zuzugeben, daß die Steuererhöhung auf Tabak Bedenken habe, da Konsumrückgang und damit Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe als Folgen der Erhöhung zu befürchten seien. Aber trotzdem habe man am Tabak nicht vorbeigehen können, denn er sei bei einer Besteuerung der Genußmittel das Objekt, das zu allererst eine Belastung verdiene. In dem Augenblick, wo das Bier eine steuerliche Mehrbelastung von 100 Millionen Mark erfahren solle, könne man unmöglich den Tabak frei ausgeben lassen. Dieses Verlegenheitsgeschwätz erledigt sich durch die einfache Feststellung, daß alle die neuen Steuern auf Genußmittel mit Leichtigkeit zu vermeiden sind, wenn die bürgerlichen Parteien direkte Steuern, Steuern, die die Besitzenden zahlen müssen, schaffen wollten. Deshalb ist es auch die blanke Unwahrheit, wenn der Artikel der „Zentrumskorrespondenz“ an anderer Stelle behauptet, daß die Sanierung der Reichsfinanzen ohne die Erhöhung der Tabaksteuer schlechthin unmöglich sei. Der Steuerscheu der Besitzenden werden die Tabakproleten geopfert.

Diese nackte brutale Tatsache sucht die „Zentrumskorrespondenz“ mit einem Schwall von Redensarten zu verbeden. Herrn Giesberts, dem „Arbeitervertreter“, wird da attestiert, daß er für die Steuererhöhung stimmen durfte trotz des Protestes der Arbeitererschaft, weil er als Mitglied der Zentrumsfraktion nicht Vertreter einer bestimmten Interessentengruppe, sondern in erster Linie „Gewählter des Volkes“ sei. Wörtlich heißt es weiter:

„Darin unterscheidet sich die Aufgabe, welche den Arbeitervertretern in der Zentrumspartei gestellt ist,

von der Aufgabe, welche die Sozialdemokraten zu verfolgen haben. Das Zentrum kann nicht einseitige Arbeiterpolitik treiben und wird es auch niemals tun, es will den gerechten Ausgleich der Interessen der einzelnen Berufsgruppen und Erwerbsstände fördern. Und im vorliegenden Falle erfordert eben das allgemeine Interesse ein Zurückstellen der Erwägungen, welche zugunsten einer einzelnen Klasse sprechen, unter der Voraussetzung zwar, daß dieser Klasse der notwendige Schutz gewährt werden konnte. Er konnte, wie nochmals hervorzuheben ist, gewährt werden, weil gleichzeitig für die Unterstützung der etwa in Not geratenden Personen Sorge getragen wurde.“

Die Interessen einer einzelnen Klasse müssen vor denen der Gesamtheit zurücktreten, sagt die Zentrumskorrespondenz. Deshalb lehnte wohl das Zentrum die Erbschaftsteuer ab? Wenn man nur wüßte, welche Interessen der Gesamtheit gegen sie sprächen! Bisher hat man geglaubt, daß sie gefallen sei, weil die Interessen der Großgrundbesitzer durch sie verletzt werden. Und diese Herren stellen ja doch wohl nicht die Gesamtheit dar! Als solche kann man wohl aber die großen Volksteile bezeichnen, die an der Durchsetzung dieser Steuer Interesse haben! Aber über die Interessen der großmächtigen Großgrundbesitzer, der Junker und Großbauern, kann das Zentrum nicht so leicht den Herzens zur Tagesordnung übergehen, wie über die der armen Tabakarbeiter. Zwar hätte die Erbschaftsteuer keinen Großgrundbesitzer ruiniert, während die Tabaksteuererhöhung viele Tabakarbeiter ruinieren wird — aber die Verlastigung des Großgrundbesitzers wiegt beim Zentrum offenbar schwerer als der Ruin des Arbeiters.

Aber das Zentrum sorgt doch dafür, daß die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter Unterstützung erhalten. Sowohl es sichert ihnen Beihilfen! Dasselbe Zentrum, das um die Schnapsliebeshabe der Junker zärtlich besorgt ist, will den armen Tabakproleten nicht einmal ihren bisherigen Verdienst zahlen lassen, wenn sie durch die Steuererhöhung arbeitslos werden. Es gesteht den ausgemergelten Heimarbeitern der Tabakgebenden nur ein Dreiviertel ihrer jämmerlichen Hungerlöhne als Unterstützung zu. Das ist Zentrums-Sozialpolitik!

Davon, daß die Steuererhöhung aber auch für die nicht die Arbeit verlierenden Tabakarbeiter Lohndruck und vieljahrelange Ermüderung ihres Kampfes um höhere Löhne bedeutet, sagt der Artikel der Zentrumskorrespondenz bezeichnenderweise gar nichts! Diesem Teil der Tabakarbeiter hat das Zentrum nichts als Entgelt für die Schädigung zu bieten, die es ihnen durch die Steuererhöhung bereitet. Es kann nicht leugnen, daß es die Lebenshaltung von mehr als hunderttausend Arbeitern schlimm herabdrückt. Deshalb übergeht der Artikel diesen heißen Punkt mit Stillschweigen. Und darin liegt das Eingeständnis, daß das Zentrum nichts Stichthaltiges vorzubringen hat zur Entschuldigung seines Verbrechens an der Tabakarbeiterschaft.

Der neue Bauernbund

Ist am Dienstag in Gnesen unter Massenbeteiligung gegründet worden. Den Bauern und Anstößern des preussischen Ostens hatten sich auch Delegierte aus Westfalen, Hannover, der Provinz Sachsen und anderen Teilen des Reiches angeschlossen.

Die Begrüßungsansprache hielt Landwirt Garte-Tecklenburg, der ausführte:

„Es gereicht dem Bunde der Landwirte nicht zur Ehre, und es steht nicht im Einklang mit dem „lauteren Patriotismus“, dessen er sich immer rühmt, wenn er im Verein mit der konservativen Partei für die Schaffung von Restgütern und für Abgaben an den Großgrundbesitzer eingetreten ist. Durch solche Handlungen huldigt er nicht dem Grundsatze: Das Vaterland über die Partei! Ist das die Vertretung der bäuerlichen Interessen, denen sich der Bund der Landwirte stets rühmt? (Sehr richtig!) Diese Interessenvertretung ist dieselbe, die wir beim Bund der Landwirte in Mecklenburg sehen. Haben wir schon einmal etwas davon gehört, daß der Bund der Landwirte in Mecklenburg den Kampf gegen die Stände aufgenommen hat und für die Interessen des kleinen Bauern eingetreten ist? (Sehr gut!) Nichts haben wir davon gehört. Jetzt macht der Bund der Landwirte in Gemeinschaft mit den Konservativen, dem Zentrum und den Polen eine Finanzreform, die auf die Interessen der kleinen Bauern gar keine Rücksicht nimmt. (Sehr richtig!) Er hat die Erbschaftsteuer, die für den kleinen und mittleren Besitz gar nicht so unannehmbar war, zu Fall gebracht. Er hat dadurch den Sturz unseres allverehrten Reichskanzlers, der unser volles Vertrauen besitzt, mit herbeiführen helfen. Ein neuer Vlod ist begründet, ein Vlod, an dem die Polen teilnehmen. Ich brauche, um die Situation zu charakterisieren, wirklich nur den Namen des großen Bestatz zu nennen. (Sehr gut!) Wenn auch der alte Vlod unzerstört nicht als der ideale Vlod angesehen wurde, so begrüßten wir doch den Zusammenschluß aller nationalen Parteien ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis. Dieser Vlod sagte uns mehr zu als der gegenwärtige neue Vlod. (Lebhafte Zustimmung.) Man müßte lachen und höhnen, wäre die Sache nicht so furchtbar ernst. Es drängt sich bei uns die Frage auf, ob der neue Reichskanzler die heutige stetige und so erfolgreiche Ostmarkenpolitik weiterführen wird. Die gesamte Bauernschaft muß unsern Protest anschießen! Wir können nur wünschen, daß dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben wird, auf dieses neue parlamentarische Bündnis die richtige Antwort zu geben. (Stürmischer Beifall.) Eine solche Politik vertritt die Interessen des Bauernstandes nicht. Wir Bauern verlangen eine berufständische Organisation, die keinen reaktionären Reberzwecken dient, sondern die eintritt für die Interessen der breiten Massen der deutschen Bauern und damit für die Interessen der Landwirtschaft! Einer Deputation des Westfälischen

Bauernvereins gegenüber hat unser Kaiser gesagt: „Mit erster Arbeit wird mich mehr gedient als mit Phrasen und leeren Worten.“ (Sehr richtig!) Und demselben Verein gegenüber hat er gefordert, er werde genau dem Vorbilde seiner Vorfahren dem Bauernstande stets sein besonderes Wohlwollen angedeihen lassen. **Venedigswertes Volk, das einen solchen Herrscher besitzt.**

Diese Rede ist allerdings stark nationalliberal gefärbt. Sie ist erzhasiatistisch, „national“, „monarchisch“. Daß sie zollwucherisch ist, verklärt ja den Nationalliberalen nicht das geringste, preist doch heute die „National-Ftg.“ die nationalliberalen Verdienste um das Zustandekommen des Zollwuchertarifs als ganz besonderen Ruhmestitel der Nationalliberalen. Die Freisinnigen dürften von dem Geiste des neuen Bauernbundes weniger erbaut sein, wenn auch die „National-Ftg.“ behauptet, daß Herr Gothein mit seiner entschiedenen Gegnerschaft gegen den Zollwucher im Freisinn ziemlich isoliert stünde.

Die Konservativen aber ernten jetzt die Früchte ihrer Polenpolitik. Sie war ihnen willkommen, solange sie dazu diente, ihre verschuldeten Güter weit über ihren Wert hinaus an die Siedelungskommission loszuschlagen und abhängige Arbeitskräfte zu machen. Jetzt aber verlangen die Ansiedler die restlose Aufteilung der angekauften Güter unter der Bauernschaft und energische Fortsetzung der Aufteilung des Großgrundbesitzes und obendrein große politische Rechte, um sich der Bevormundung der Junker in Gemeinde- und Kreisvertretung erwehren zu können. Kein Wunder, daß bei den letzten Ostmarkenverhandlungen im preussischen Landtag die konservativen Redner die Regierung ersuchten, die Siedelungspolitik künftig nicht zu forcieren.

Es ist angesichts dieser Situation in der „Dismar“ gar nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen den Junkern in Gestalt des neuen Bauernbundes einen schmerzenden Pfahl ins Fleisch bohren können. Für die politische Entwicklung im allgemeinen ist freilich die Schaffung des neuen Bauernbundes völlig belanglos, denn auch das im nationalliberalen Jahrwasser segelnde Landbündelertum ist ein erzreaktionäres Gebilde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juli 1909.

Die neue Kompromißsteuer.

Dienstag fanden neue Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien statt, an denen nicht nur die Finanzminister der Einzelstaaten, sondern auch mehrere Ministerpräsidenten teilnahmen. Die Minister berieten die Kompromißvorschläge des schwarzen Blocks über die Vorkriegssteuern.

Vor allem handelt es sich um den Erwerb der Rotierungssteuer und in diesem Punkte ist das Kompromiß zu Stande gekommen. Wie kurz vor Schluß des Blattes bekannt wird, haben die Parteien des schwarzen Blocks für die morgige Beratung des Reichstempelgesetzes Änderungsanträge eingebracht, die an Stelle der Rotierungssteuer eine Steuer auf die Gewinnanteilscheine und Zinsbogen setzen. Es handelt sich da um die Besteuerung der den Aktien gewöhnlich für je 10 Jahre beigegebenen „Coupons“, gegen deren Ablieferung die Zinsen oder Dividenden ausgezahlt werden. Diese Couponbogen sollen von jetzt an versteuert werden, und zwar beträgt der Steuerfuß für in- und ausländische Aktien 1 Proz. vom Nominalwert des Aktienkapitals, bei den Zinsbogen inländischer Renten- und Schuldverschreibungen, ausländischer Staats-, Kommunal- und Eisenbahnanleihen, ausländischer industrieller Obligationen 1/2 Proz. Die Zinsbogen inländischer Kommunalanleihen, Grundkredit- und Hypothekendarlehen oder der Eisenbahngesellschaften zahlen 3 pro Mille. Steuerfrei bleiben die deutschen Reichs- und Staatsanleihen, ferner gemeinnützige Aktiengesellschaften sowie Zinsbogen, die bei der ersten Ausgabe der Wertpapiere mit diesen in Verkehr gesetzt werden. Das Gesetz hat keine rückwirkende Kraft, so daß Zinsbogen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, nicht nachbesteuert werden brauchen. Dieses Gesetz bedeutet zunächst eine andere Form der Rotierungssteuer. Statt daß die Steuer alljährlich vom Nominalkapital gezahlt wird, wird sie jetzt für 10 Jahre auf einmal erhoben. Jedoch hat der schwarze Block sich zu großen Zugeständnissen in den Steuerfällen herbeigelassen. Der Betrag, der durch die Rotierungssteuer aufgebracht werden sollte, wird durch diese neue Steuer auch nicht im entferntesten erreicht werden. Die Rotierungssteuer war aber die einzige Steuer, die, wenn auch eine einseitige und verkehrserschwerende, so doch eine Welfsteuer war. Das Kompromiß besteht also in nichts anderem, als daß der Schnapsblock die Steuerreform fast ausschließlich mit indirekten Steuern macht und das Verlangen der Regierung auf Schonung des mobilen Kapitals in der Hauptsache erfüllt. Perfider und verräterischer an den Interessen des Volkes konnten Konservative und Zentrum gar nicht mehr handeln. Die schlimmsten Vorurteile haben sich erfüllt.

In gleicher Weise hat der schwarze Block der Regierung auch darin nachgegeben, daß er den Effektensteuern, der in der Finanzkommission wesentlich erhöht worden war, zum großen Teil wieder nach den Vorschlägen der ursprünglichen Regierungsvorlage herabgesetzt hat. Außerdem wird das Scheidungsgesetz nach dadurch verschlechtert, daß die bereits abgelehnte Quittungssteuer neuerdings vorgeschlagen wird. So ist es denn gekommen, wie wir es vorausgesagt haben: Die Finanzreform des schwarzen Blocks bedeutet nichts anderes als die Plünderung der Volksmassen und fast völlige Steuerfreiheit des Besitzes.

Gerstenfärbung und Rindholzsteuer.

Aus dem Reichstag, 6. Juli. Ehe der Schnapsblock heute seinen Plünderungszug fortsetzte, wurde zunächst noch eine agrarische Nebenforderung durchgedrückt. Es handelte sich um den „Gesetzentwurf betreffend die zollwidrige Verwendung von Gerste“, dessen zweite Lesung zwischen die Lesungen der Finanzgesetze eingeschaltet war. Die Vorlage der Regierung hatte Bestimmungen verlangt, die Ausnutzung der zu dem ermäßigten Zollfuß eingeführten Futtergerste zu Brauwereiden durch Strafbestimmungen zu erschweren. In der Kommission war eine Bestimmung eingefügt, daß die Futtergerste durch einen roten Farbstoff für Brauwereide unbenutzbar gemacht werden sollte. Trotzdem der Regierungsvertreter Kühn nachwies, daß eine solche Bestimmung dem russischen Handelsvertrag zuwiderläuft, hielten die Agrarier daran fest. Gerstoffe Stolle erörterte gründlich alle Nachteile, die gerade dem Kleinbauern aus der veratorischen Behandlung der Futtermittel erwachsen müßten. Ebenso gingen die Freisinnigen Gothein und Carstens dagegen ins Zeug. Der Zentrumsgesandte Heim vertrat demgegenüber den Stand-

punkt, daß den Bauern die Kennzeichnung der Futtergerste nur angenehm sein könne. Nach längerer Debatte wurde durch Schlussantrag die Weiterörterung der Frage abgelehnt, und dann fanden die einzelnen Gesetzesparagrafen Annahme. Die Sozialdemokraten hatten noch einen Antrag eingebracht: die Aufhebung der Einfuhrsperre für Getreide an dieses Gesetz anzuhängen, was Genosse Südekum kurz begründete. Dagegen erklärten sich aber sogar die Freisinnigen, so daß nur die Sozialdemokraten dafür stimmten.

Ohne Debatte wurde dann die von der Regierung vorgelegte unglückselige Elektrizitäts- und Gassteuer, die jedoch in der Kommission abgelehnt war, endgültig verscharrt.

Das gleiche Schicksal erfuhr die Anzeigensteuer, doch führte Genosse Dieß vorher noch alle Gründe auf, die für die Kulturschädlichkeit einer solchen Besteuerung sprechen. Als dann die Diskussion über die zweite Lesung des Reichsstempelgesetzes eröffnet war, beantragte namens der konservativen Partei Graf Westarp, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, da noch einige „Abänderungsanträge in Vorbereitung“ seien. Genosse Singer widersprach diesem Anstimmeln, indem er in kräftigen Worten die ganze Steuerfucherei des Schnapsblocks brandmarkte. Die Scharfe seiner Ausdrücke wurde ihm vom Präsidenten durch einen Ordnungsruf attestiert. Bei der Abstimmung siegte natürlich der kompakte Block.

Kummebr kam der Kommissionsentwurf betreffend die Rindholzbesteuerung an die Reihe. Jede Schachtel Streichhölzer soll mindestens 1 Pfennig Steuer tragen. Bei Wachskerzen steigt sich die Steuer auf 5 Pfennig. Nicht weniger als 25 Millionen Mark hofft man auf diese Weise dem Publikum alljährlich abzunehmen. Genosse Schwarz-Vilbed wies in eindringlicher Rede nach, wie diese Steuer geradezu als eine Kopfsteuer die Bevölkerung belaste und deshalb gerade die Armen unverhältnismäßig schwerer treffe als die Reichen. Die Regierung schweigete sich aus. Offenbar ist sie bereit, auch dieses Urding von Steuer zu akzeptieren, um Geld in die Finger zu bekommen. Bei der Abstimmung über diese schäblichste Steuer siegte wieder der Schnapsblock.

Morgen soll nach dem Willen der Mehrheit bereits um 12 Uhr die Steuerfucherei weiter betrieben werden.

Schließung des Reichstages?

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, besteht die Absicht, den Reichstag nicht zu verlegen, sondern zu schließen. Maßgebend dafür soll der Wunsch sein, dem neuen Reichskanzler völlig freie Hand zu lassen. Mit dem Schluß des Reichstages würden all die bedeutenden Vorlagen, die teilweise in den Kommissionen bereits durchberaten sind, unter den Tisch fallen und mühten bei Beginn der neuen Session dann neuerdings eingebracht werden. Von anderer Seite wird behauptet, daß der Schnapsblock aus dem Grunde die Schließung des Reichstages wünschelt, damit im kommenden Herbst das Präsidium neu gewählt werden müsse, womit dann die Möglichkeit gegeben wäre, die Vizepräsidenten Paasche und Kaempf von ihrem Amte zu entfernen. Es ist also kaum anzunehmen, daß die Konservativen darauf verzichten, den ersten Präsidenten zu stellen, und das Zentrum wird sich kaum damit einverstanden erklären können, wenn ihm als der stärksten Fraktion zugemutet werden sollte, sich mit dem ersten Vizepräsidenten zu begnügen.

Schnapsblock und Anti-Beamtenblock.

Einen „Anti-Beamtenblock“ nannten beinahe alle die Wortführer der Beamten in jener denkwürdigen Berliner Beamtenversammlung den Block sämtlicher bürgerlichen Parteien, die im preussischen Abgeordnetenhaus einmütig die weitergehenden sozialdemokratischen Forderungen niedergestimmt hatten.

Durch das energische Auftreten der Beamten beunruhigt, beschloß nun am 4. Mai die Budgetkommission des Reichstages ebenso einmütig, den Forderungen der Beamten im Reiche weiter entgegenzukommen, als das in Preußen geschehen war. Aber diese Beamtenfreundlichkeit ist seitdem wieder bedenklich ins Wackeln geraten. Herr Erzberger hat bereits zweimal seine Bereitwilligkeit zur Preisgabe namentlich der Unterbeamten erklärt. Und die „Kreuzzeitung“ fordert heute gleichfalls mit aller Entschiedenheit die Preisgabe der Kommissionsbeschlüsse, d. h. der Unterbeamten. Sie schreibt:

„Vor mehreren Tagen war die Rede davon, über die Vorlage betreffend die Besoldungsaufbesserung für die Reichsbeamten sei zwischen den Fraktionen und der Regierung ein Kompromiß abgeschlossen worden. Diese günstige Nachricht erwies sich als unzutreffend. Wie die gestrigen Beratungen in der Budgetkommission zeigten, sind vielmehr noch sehr erhebliche Differenzen zwischen den Vertretern des Reichstages und denen des Bundesrates vorhanden, Differenzen, die zum Scheitern der Vorlage führen müßten, wenn es nicht gelänge, sie auszugleichen. Im Interesse der Reichsbeamten, die das Recht haben, endlich die ihnen längst erteilten Zusagen betreffend die Erhöhung ihrer Bezüge erfüllt zu sehen, ist die Verabschiedung der Vorlage in kürzester Frist dringend zu wünschen. Wir stehen deshalb nicht an, unsere Überzeugung dahin auszusprechen, daß diejenige Partei, die aus dem Banne der bisherigen Kommissionsbeschlüsse herauszutreten und sich zu einem Entgegenkommen an die wirklich nicht ganz unberechtigten Forderungen der Regierung entschließen wollte, um das Scheitern der Besoldungsvorlage zu verhindern, sich ein hohes Verdienst gerade um die Beamtenchaft selbst erwerben würde.“

Und zum Schluß äußert das führende konservative Organ:

„Wir können deshalb nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß zwischen der Finanzreformkommission des Reichstages und der Regierung recht bald eine Vereinbarung erzielt werden möchte.“

Die „Kreuzzeitung“ fordert also die Finanzreformmehrheit, den Schnapsblock, auf, sich baldigst auch zum Anti-Beamtenblock zusammenzufinden!

Die Feinde der Erbschaftsteuer.

Es ist sicher nicht ohne Interesse, an der Hand der Abstimmungsliste sich die Herren etwas näher anzusehen, die im Reichstage gegen die Erbschaftsteuer gestimmt haben. Ordnet man sie nach Verufen, so ergibt sich folgendes Bild: Gutsbesitzer 42, Rittergutsbesitzer 36, Geistliche 22, Richter aller Grade, vom Amtsrichter angefangen bis hinauf zum Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn, 20, Rechtsanwälte 16, Redakteure 12, Beamte 12, Handwerker 8, Rentiers 5, Professoren 3, Lehrer, Verbandssekretäre, Gewerkschaftsbeamte, Kaufleute und Fabrikbesitzer je 2. Ferner

je ein General a. D., Arzt, Bibliothekar, Bürgermeister, Mühlenbesitzer und Maler (Antifemil Bindewald).

Betrachtet man sich das Bild nach den Titeln der Erbschaftsteuergegner, so findet man dieses Resultat: ein Herzog, drei Fürsten, neun Grafen, sechs Freiherrn und dreißig von ganz gewöhnlichem Adel.

Die Mehrheit der Gegner der Erbschaftsteuer besteht somit vornehmlich aus Junkern.

Gegen den Arbeitszwang in Preußen.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, haben die Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhaus über die Behandlung der österreichischen Arbeiter in Preußen eine Interpellation eingebracht. Dem jetzt vorliegenden Wortlaut entnehmen wir folgende Stellen:

Die Gefertigten haben schon wiederholt die Intervention der österreichischen Regierung zum Schutze der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reiche, insbesondere in Preußen, verlangt und darauf hingewiesen, daß die Verordnung der preussischen Regierung, durch welche den österreichischen Arbeitern die Pflicht auferlegt wurde, gegen Ertrag einer Steuer von 2 Mark sich eine Ausweislarze zu verschaffen, und die Praxis der preussischen Verwaltungsbehörden, die jeden österreichischen Arbeiter ausweisen, der nach ihrer Ansicht kontraktbrüchig wird, dem Handelsvertrag zwischen Oesterreich, Ungarn und dem Deutschen Reiche widerspricht.

Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin hat mehrere in Berlin wohnende Schweizer Bürger angewiesen, sich dem Legitimationszwang nicht zu unterwerfen und das Weitere abzuwarten.

In den letzten Tagen ist dieselbe Angelegenheit von dem Abgeordneten Turati in der italienischen Kammer zur Sprache gebracht worden. Der italienische Minister des Aeußern, Herr Tittoni, teilte mit, daß die italienische Regierung bereits ihrem Votschaffer in Berlin den Auftrag gegeben hat, Verwahrung gegen diese Verordnung einzulegen. Tittoni erklärte, seiner Meinung nach sei die Forderung einer Steuer von 2 M. und die Vollziehung der Ausweisung, die den kontraktbrüchigen Arbeitern angedroht ist, vertragswidrig. Die Regierungen des Deutschen Reiches hätten kein Recht, gegen ausländische Arbeiter Maßregeln anzuwenden, die die inländischen Arbeiter nicht treffen. Die italienische Regierung plane, die Angelegenheit, falls sie durch die Verhandlungen mit den Regierungen des Deutschen Reiches nicht geordnet werden könne, einem Schiedsgericht vorzulegen.

Die österreichischen Arbeiter sind durch die vertragswidrige Verordnung der preussischen Regierung in demselben Maße getroffen wie die reichsitalienischen. Die Gefertigten verlangen daher, daß die österreichische Regierung nicht minder energisch als die italienische die Interessen der österreichischen Staatsbürger, die im Deutschen Reiche Arbeit suchen, vertrete.

Aus diesen Gründen stellen die Gefertigten die Frage: Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhaus mitzuteilen, welche Maßregeln sie zum Schutze der österreichischen Arbeiter in Preußen bisher getroffen hat und was sie zu tun gedenkt, um die preussische Regierung zur Einhaltung des Handelsvertrages zu veranlassen?

So bringt die Gefügigkeit der preussischen Regierung auch gegen die rechtswidrigen Wünsche der Agrarier Deutschland im Auslande nur Schande und Schaden.

Ein Massenmishandlungsprozess.

befähigte am Montag das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Unter der Anklage der fortgesetzten Mißhandlung seiner Untergebenen hatte sich der Sergeant Riehmle von der 2. Kompagnie des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments zu verantworten. Die Anklage nahm mindestens 195 Fälle von Mißhandlungen, begangen im Dienste und teilweise unter Mißbrauch der Waffe, an. Monate hindurch hat der Angeklagte seine Untergebenen zum Teil in der rohsten Weise mishandelt. Fast sämtliche Leute der Korporalschaft hatten unter dem Vorgehen des Sergeanten zu leiden. Einer der Grenadiere, Schwedehagen, wollte die Mißhandlungen nicht mehr länger ertragen und in den Tod gehen. Er wurde eines Tages fahnenflüchtig und wollte sich erhängen, um auf diese Weise den Ausstreitungen seines Vorgesetzten zu entgehen. Er wurde aber wieder ergriffen und wegen Fahnenflucht abgeurteilt. Erst durch diese Affäre kamen die Mißhandlungen ans Tageslicht. Keiner der Geschlagenen hatte es gewagt, sich zu beschweren. Sie alle glaubten, daß es ihnen dann nur noch schlimmer ergehen werde und so schwiegen sie sämtlich. Tagtäglich schlug Riehmle! Er traktierte die Leute mit Ohrfeigen, Faustschlägen, mit Fußtritten, Säbelhieben usw. Das, was ihm zunächst lag, benutzte er zur Ausföhrung seiner Mißhandlungen. Die Feststellung der einzelnen Fälle war gar nicht mehr möglich. Es mußten Rindställe angenommen werden. Am meisten hatten die Grenadiere Schwedehagen und Reier zu leiden. Bei dem letzteren nahm die Anklage mindestens 60-80 Fälle an. Schwedehagen wurde etwa 16 Wochen hindurch wöchentl. drei- bis viermal mishandelt. Er erhielt Schläge ins Gesicht mit dem Pantoffel, Stöße vor die Brust usw.

Von besonderer Rohheit zeugt ein Fall, der den Grenadier Deide betrifft. Riehmle befahl dem Deide, sich auf dem Schmel niederzulegen. Als sich Deide sträubte, legte Riehmle ihn über den Schmel und schlug ihn mit dem Seitengewehr. Ein anderes Mal berichte er dem Deide, der infolge Ueberanstrengung im Dienst mit den Knien gezittert hatte, einen Faustschlag ins Gesicht, daß das Blut aus der Nase floß. Einer der Zeugen bekundete, daß der Angeklagte kaltblütig zugeschlagen habe. Dagegen sagten einige als Entlastungszeugen vernommene Unteroffiziere aus, daß der Angeklagte sehr nervös gewesen sei. Der frühere Unteroffizier Steinke hatte öfter Gelegenheit, die Mißhandlungen des Sergeanten zu beobachten. In einem Falle sah er, wie sich ein Grenadier

vor Schmerz krümmte.

Steinke vermochte die Mißhandlungen nicht mehr mit anzusehen und verließ das Zimmer. Die Angabe des Angeklagten, daß der Feldwebel ihn zum Schleifen der Leute aufgefordert habe, sei unrichtig. Der Feldwebel habe gesagt, die Mannschaften sollten etwas härter herangegenommen werden, weil die Korporalschaft zu schlapp sei. Vergeblich hatte der Zeuge den Angeklagten ermahnt, die Mißhandlungen zu unterlassen. Auch der als Zeuge vernommene Feldwebel bekundete, daß er immer wieder die Unteroffiziere ermahnt habe, die Leute nicht zu schlagen. Er habe den Angeklagten wohl angehalten, wieder Zucht und Ordnung in seine verlorren Korporalschaft zu bringen, aber niemals habe er ihm gesagt, die Untergebenen zu schleifen oder gar zu schlagen. Während der Vernehmung der Grenadiere kamen noch weitere Mißhandlungsfälle ans Tageslicht. Fast alle Grenadiere bekundeten übereinstimmend, daß sie

aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen

keine Anzeige erstatteten. Als einer der Soldaten eines Tages nach einer Mißhandlung einem Gefreiten gegenüber äußerte, er werde es jetzt zur Meldung bringen, erfuhr dies der Angeklagte. Er suchte den Grenadier auf und schlug ihm ins Gesicht. In den meisten Fällen hat der Angeklagte ohne jeden Grund auf die Leute los-

geschlagen. Die Mannschaften wählten gar nicht, weshalb sie von dem Vorgesetzten mißhandelt wurden. Das Oberkriegsgericht erkannte auf eine Strafe von einem Jahr Gefängnis sowie auf Degradation! —

Also auch hier brachte nur ein Zufall die Standalösen Massenführer an den Tag. Wie lange soll da noch die Reform des Beschwörerechts auf sich warten lassen?!

Nach Lehmann Oriola.

Auch der heftige Graf Oriola hat jetzt seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei erklärt. Er motiviert seinen Austritt damit, daß er sich der durch Realisationsbeschlüsse erfolgten Bindung in Fragen der Reichsfinanzreform mit Rücksicht auf die seinen Wählern gegebenen Versprechungen nicht unterwerfen könne. Zudem sei ihm mitgeteilt worden, daß sein Verbleiben als Landesvorsitzender des Bundes der Landwirte für Hessen der Fraktion als unvereinbar mit seiner Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei erweise. Vor der Entlassung gestellt, gebe er der Zugehörigkeit zum Bund der Landwirte den Vorzug.

Zum Austritt der Abgg. Oriola und Lehmann schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Wir finden den Austritt durchaus verständlich und es ehrt nur beide Herren, daß sie ihrer unwahren und falschen Lage ein Ende bereiten. Allerdings müßten sie noch einen Schritt weitergehen und ihr Mandat niederlegen. Sie sind als Mitglieder der nationalliberalen Partei gewählt, und es wäre daher nur angemessen, daß sie nach Austritt aus dieser Partei ihren Wählern die Frage vorlegen, ob sie unter den veränderten Verhältnissen noch ferner ihr Vertrauen besitzen, eine Frage, die nur durch eine Neuwahl beantwortet werden kann.“

Von der preussisch-deutschen Ausweisungspraxis.

In Neß wurde der Schreiner Runge, ein Oesterreicher, ausgewiesen. Er arbeitete seit fünf Jahren in Neß. Da wurde er drei Monate krank. Der Unternehmer gab ihm das Versprechen, daß er bei seiner Genesung wieder an seinen alten Platz gestellt werde. Der Unternehmer hielt aber das Versprechen nicht. Deshalb traten die Kollegen R.'s in den Ausstand, obwohl dieser gebeten hatte, seine Kollegen nicht zu unterstützen. Die Behörde aber sah in ihm den Heber und Aufwiegler und trotz seines Einspruchs wurde er ausgewiesen — binnen 24 Stunden mußte er Elß-Lothringen verlassen.

Frankreich.

Die französischen Sozialisten und der Zarenbesuch.

Paris, 3. Juli. (Sig. Ver.) Gestern führte Genosse Faure seine Rede über die allgemeine Regierungspolitik zu Ende und nahm hierbei die Gelegenheit wahr, die Meinung des französischen Proletariats über den bevorstehenden Zarenbesuch auszusprechen. Unser Genosse sprach in der Form sehr gemäßig, trotzdem wurde er vom Präsidenten, dem berühmten Republikaner Brisson, unterbrochen, und der Minister des Neuhens hielt sich für verpflichtet, durch einen müden Protest kundzutun, in welchem Verhältnis die Bourgeoisrepublik zum Zarismus geraten ist.

Genosse Faure erklärte zunächst, daß auch er das Prinzip der Nichtmischung in die innere Politik anderer Staaten anerkenne und daß er sich auch den Zusammenkünften der Staatsoberhäupter, die der Festigung des Friedens dienen, nicht widersetze. Aber bei der Wahl des Augenblicks müsse man Rücksicht auf gewisse moralische Regeln nehmen, die man nicht ungestraft verletzen könne. Der Redner sagte darüber folgendes: „Darum waren meine Freunde und ich sehr erstaunt, als wir vor einigen Wochen erfuhr, daß der Präsident der französischen Republik die Verantwortung einer Reise nach Rußland auf sich nehme, in einem Augenblick, wo dort unten die Pelotonfeuer sich vervielfachten, die Galgen allenthalben sich erhoben und die edlen Söhne des russischen Volkes gemartert wurden, weil sie für die Freiheit gekämpft hatten. Sie haben uns oft die Arbeiterklasse Englands vorgehalten, als aus kühl bedächtigen Männern zusammengesetzt, die stets das nationale Interesse im Auge haben. Diese Leute aber haben sich in dem Fall, von dem ich spreche, nicht gefragt, ob es für England ein Interesse gebe, den offiziellen Repräsentanten Rußlands zu empfangen. Sie haben sich nur einer einzigen Sache erinnert: der Fäulnis und der Greuel, die dort unten begangen werden, und darum wird man ebensowenig wie in Cherbourg in Cowes den Zaren landen sehen. Das Schiff des mörderischen Zarismus wird gleich einem Strohalm umherstreichen.“ An dieser Stelle unterbrach wütendes Geschrei der bürgerlichen Abgeordneten den Redner. Brisson erklärte, diese Sprache sei gegenüber einem „Bundesgenossen“ unzulässig, und Herr Bisson versicherte, Frankreich sei glücklich, den Zaren zu empfangen, der nicht nur sein Freund sei, sondern auch wirksam für den internationalen Frieden arbeite. Faure erwiderte darauf nur kurz, daß die russischen Kämpfer und Märtyrer in Frankreich nicht minder als in den anderen Ländern leidenschaftliche Bewunderung erwecken.

Daß die radikalen Herren der Republik vor dem Zaren öffentlich sagbuden, könnte man am Ende noch, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch auf die mit politischer Unfähigkeit nicht selten verbundene „diplomatische“ Korrektheit zurückführen. Geradezu skandalös aber ist es, daß sie, statt bekümmert oder vorsichtig stillzuschweigen, sich noch anmaßen, ihre Würdelosigkeit als patriotisches Gesetz anzugeben. In der „Kurone“, die von der Regierung über Wasser gehalten wird, vermutlich, damit Clemenceau nach seinem Sturz wieder sein altes Organ parat finde, beklagt heute der Deputierte Chaigne den Zaren, der zu soviel Vorsichtsmahregeln gezwungen sei, weil seine Gegner vor Gewalt und Blut nicht zurückstehen. Gewiß, meint der edle Demokrat, könne man nicht alles, was in Rußland geschehe, billigen, aber man solle doch Nikolaus Bemühungen um den inneren und äußeren Frieden nicht verkennen und an die Errichtung der Duma und an die Haager Konferenz denken. Die „Nation“ billigt fast einstimmig die Erklärungen Bissons.

Man braucht diesen Auslassungen nichts hinzuzufügen. Sie enthüllen die ganze Verkommenheit des bürgerlichen Radikalismus.

Kulturkampf-Romödien.

Paris, 4. Juli. (Sig. Ver.) Seit einiger Zeit betreibt die bourgeoise-radikale Presse die Pfaffenfresserei wieder mit demonstrativem Eifer. Wenn man Blätter vom Schlag der „Lanterne“ liest, wäre man versucht zu glauben, die Republik sei von einer Revolte der Bischöfe bedroht und nur Gewaltmaßnahmen gegen die Geistlichen und der Zusammenschluß aller Republikaner ohne Unterschied der Klasse und der sozialen Anschauungen könnte sie aus dieser Gefahr retten. In Wirklichkeit besteht die „Revolte“ darin, daß die Kirche die ihr durch das Trennungsgesetz gewährte Freiheit anwendet, auf ihre Anhänger mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln des weltlichen Zwangs einzuwirken. Die Bischöfe „verdammten“ die antikirchliche Gesehung, sie bedrohen die Käufer von liquidierten Kirchengütern mit der Exkommunikation, „verbieten“ die Verwendung von Lehrbüchern, die ihnen mißfallen, in

den katholischen Familien usw. Einige von ihnen sind deshalb vor Gericht gestellt worden, mit verheerendem Resultat. Aber an diesen Verfolgungen kann nur die jacobinische Unbuddsamkeit Gefallen finden. Denn mag das Vorgehen der Bischöfe den Gegnern der Kirche noch so unwillkommen sein, so ist doch jedem, der das Prinzip der „freien Kirche im freien Staat“ anerkennt, klar, daß eine Bekämpfung des Einflusses der kirchlichen Oberen nur durch die fortschreitende Aufklärung der Massen möglich ist. Die Forderung nach gerichtlichem Einschreiten gegen die geistlichen Gegner der Trennungspolitik geht nicht selten von Leuten aus, die bei all ihren antikirchlichen Phrasen in der Tiefe ihres Gemütes oder doch in ihren gesellschaftlichen Konventionen von den kirchlichen Vorschriften abhängig geblieben sind und die Freidenkerei gerne mit dem Anspruch auf die „Enabennittel“ und die religiösen Zeremonien verbinden möchten. Im Grunde ist der Gedanke, daß man einen Bischof strafen solle, der jemandem die höllischen Strafen androht, nur bei einem Menschen möglich, dem diese Vorstellung wirklich eine gefährliche Drohung bedeutet.

Die französischen Sozialisten haben jedenfalls keine Lust, eine Politik mitzumachen, die die Volksmassen für die von der Regierung verübten zahllosen Bestenungsverfolgungen damit entschuldigen soll, daß diesen außer den Gegnern der bürgerlichen Gesellschaft auch ein paar Reaktionäre zum Opfer fallen. Dies haben insbesondere die Genossen Sembat und Brade in der „Humanité“ deutlich ausgesprochen. Den Radikalen möchte es ja sicherlich passen, wieder einmal das Volk in der antikirchlichen Politik festzuhalten, um sich der Einlösung ihrer sozialreformistischen Versprechungen zu entziehen, aber die Massen haben in den letzten Jahren Erfahrungen genug gesammelt, um zu wissen, daß es auch ein freidenkerisches Ciapopeia gibt, womit man „das Volk, den großen Lämmel“, einlullen möchte.

Neue Enthüllungen über russische Lockspiebel.

Paris, 6. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der „Humanité“ veröffentlicht der Sozialrevolutionär Burzew, dem die Entlarbung des Azew zu danken ist, einen Artikel, in dem er sich zu beweisen erbieht, daß der Chef der russischen Geheimpolizei in Paris, Harting, Ritter der Ehrenlegion, niemand anderes sei als ein gewisser Abraham Helfmann, der unter dem Namen Michael Vandesen vor 19 Jahren in Paris als Anführer eines dynamitattentates gegen den Zaren Alexander III. zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Vandesen, der damals als eifriger Revolutionär galt, hatte das Attentat vorbereitet und in Paris ein Laboratorium zur Anfertigung von Bomben eingerichtet. Die Pariser Polizei entdeckte „rechtzeitig“ das Attentat und arrezierte die Revolutionäre in ihrer Werkstatt. Aber Vandesen war verschwunden und wurde nur in contumaciam verurteilt. Burzew behauptet, auf Grund jahrelanger Untersuchungen nunmehr die Gewißheit gewonnen zu haben, daß Vandesen in Rußland unter dem Namen Harting zu dem orthodoxen Glauben übergetreten, in den Dienst der Polizei getreten und dem persönlichen Sicherheitsdienst des Zaren zugeteilt wurde. Dann wirkte er im Ausland, auch in Berlin, und schließlich als Chef der russischen Geheimpolizei in Paris. Als solcher erhielt er auch das Kreuz der Ehrenlegion. Burzew hat in einem Brief an den Justizminister eine Untersuchung und eventuell die Verhaftung Hartings verlangt. Clemenceau hat auf die Anzeige Burzews hin sich bereit erklärt, eine Untersuchung einzuleiten, und der „Temps“ erklärt, anscheinend offiziös, im Falle, daß Burzew seine Anklagen beweisen könne, werde die Regierung nicht zögern, Harting auszuweisen und den Lockspiegel aus den Risten der Ehrenlegion zu streichen.

Dieser neue Fall von russischer Korruption erregt hier großes Aufsehen und ist nicht gerade geeignet, die Stimmung für den bevorstehenden Zarenbesuch zu verbessern.

Deutsches Beispiel.

Die Schaumweinsteuer, die der schwarze Schnapsblod gestern angenommen hat, kam heute in der französischen Kammer zur Sprache. Bei Beratung des Zolltarifs erklärte der Präsident der Zollkommission Klotz gegen die geäußerten Versicherungen, daß Ausland werde gegen die erhöhten französischen Zölle Repräsentanten anwenden: „Frankreich habe keine Repräsentanten zu befürchten, denn es zeige sich gemäßigter, als andere Nationen. Besonders von seiten Deutschlands habe Frankreich keine Repräsentanten zu befürchten, da Frankreich bezüglich der Spezialsteuern nur dem Beispiele Deutschlands folge. Der Reichstag habe jedoch in zweiter Lesung neue Abgaben auf Cognac und Champagner genehmigt; er, Redner, hoffe aber, daß in der dritten Lesung diese Abgaben nicht aufrecht erhalten würden. Klotz erklärte schließlich, Frankreich beschränke sich darauf, das zu tun, was alle Welt schon früher getan habe.“ Man sieht, die Schutzöllner der verschiedenen Länder arbeiten sich gegenseitig in die Hände.

Spanien.

„Begnadigung“.

Gerecht und erblüht durch das Schredensregiment übermühter Kapitalisten, die Männer, Frauen und Kinder unsäglicher Vergewaltigungen aussetzten, eröffnete die spanische Arbeiterschaft vor sechs Jahren den berühmten Streik von Alcala del Valle ein, jenen Streik, der schließlich durch das Militär niedergestampelt wurde. Die Regierung hat damals fünf Mann ins Gefängnis geworfen. Am letzten Freitag endlich wurden die Opfer dieses tyrannischen Regierungssystems freigelassen, nachdem die eindringliche und energische Agitation der spanischen Arbeiterschaft zu gunsten der Einzelgelehrten jahrelang fruchtlos geblieben war. Von den fünf Gefangenen konnten nur noch vier der Königl. „Enabe“ teilhaftig werden — der fünfte, Salvador Masero mit Namen, ist vor einigen Wochen im Kerker gestorben. . . .

England.

Gegen den Zaren.

Gegen den Besuch des Zaren hat die Fabian Society in einer großen Versammlung in der Londoner Memorialhalle folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung bedauert den Entschluß, dem russischen Zaren bei Gelegenheit seines Besuches auf der Insel Wight irgend einen offiziellen Empfang oder eine öffentliche Anerkennung zu teil werden zu lassen, denn diese Veranstaltungen sind geeignet, die Gefühle des Abscheues zu verdunkeln oder zu maskieren, mit denen das blutige und tyrannische System des russischen Absolutismus in England betrachtet wird.“

Persien.

Zur Lage.

Ueber die neuesten Ereignisse liegen heute verschiedene Meldungen aus russischer Quelle vor. Danach rückte eine Abteilung der in Karidsh stehenden Kosakenbrigade am letzten Sonn-

abend aus taktischen Gründen nach Schahabad aus, wo sie von den Fidsais in ihrer Karanazeri angegriffen wurde. Wegen der hohen Mauern dieses Standquartiers konnten die Kosaken von ihrer Artillerie keinen Gebrauch machen. Als aber die Revolutionäre von einem nahegelegenen Turm das Feuer eröffneten, stellten die Kosaken Durchbrüche in der Mauer her und eröffneten ihrerseits ein Artilleriefeuer, durch das sie den Gegner nach siebenstündigem Kampfe in die Flucht schlugen. Die Verluste der Fidsais betragen 12 Tote und 19 Verwundete, auf seiten der Kosaken fielen 1 Offizier und 3 Mann. Die Fidsais konzentrierten sich in Karidsh, wohin sich Sipahdar begeben hat. Um den Vormarsch Sipahdars und seiner Wachtmänner aufzuhalten, hatten sich russische und englische Abgesandte in sein Lager begeben. Dieser versprach nur dann den Vormarsch einzustellen, wenn die Forderungen der Endschumen erfüllt würden. Diese laufen darauf hinaus, daß die Endschumen die ganze Macht an sich reißen wollen. Die Minister und Gouverneure sollen von ihnen ernannt, alle Arsenale und Truppen übergeben, alle Bürger mit Ausnahme der Fidsais entwaffnet werden und eine Wachtmännerabteilung und Fidsais in Teheran als Hüter der Konstitution verbleiben. Ferner fordern sie den Abzug der Russen und Auflösung der Kosakenbrigade.

In Teheran macht sich eine armenierfeindliche Bewegung bemerkbar. Der armenische Erzbischof rief die Unterstützung der russischen Gesandtschaft an. Die Panik in der Hauptstadt dauert an, die Basare sind noch immer geschlossen. Die Sommerfrischen in der Umgegend sind in Gefahr. Der Finanzminister Kowwan ed Daulch und der ehemalige Ministerpräsident Ruschir es Sultaney hielten türkische Flaggen und erklärten sich für türkische Untertanen.

Der Postverkehr auf der russischen Straße ist eingestellt.

Aus der Partei.

Zum fünften Mal.

Am Donnerstag stieg in Reisking bei Lübeck in der Gemeindevorstandswahl unser Genosse Struh mit 100 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten, der 16 Stimmen erhielt. Es ist dies die fünfte Gemeindevorstandswahl in Reisking die mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten endete. Bisher hat die Aufsichtsbehörde jedoch stets die Bestätigung verweigert.

Aus dem Wahlkreise Rülhausen i. Elß.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Rülhausen i. Elß, die am letzten Sonntag stattfand, beschloß einstimmig, das Behauern darüber auszusprechen, daß die vom Landesvorstande in Straßburg auf den 1. August dieses Jahres nach Colmar einberufene Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Elß-Lothringens nicht als öffentliche Versammlung einberufen worden ist, wie es die vorjährige Landesversammlung vorgeschlagen hatte.

Die Kreisversammlung beauftragte die Delegierten, auf der Landesversammlung mit aller Entschiedenheit für die volle Offenheit späterer Landesversammlungen einzutreten. Referent und Diskussionsredner vertraten übereinstimmend die Ansicht, daß gerade das, was als Grund gegen die öffentliche Verhandlung angeführt wird, nämlich der zum Teil unbefriedigende Stand der Organisations- und Kasienverhältnisse, für die öffentliche Erörterung spricht. Nur durch öffentliche Besprechung der Zustände könne die Gleichgültigkeit der großen Masse im Lande überwunden werden.

An den Bezirkstagswahlen im Herbst soll sich die Partei in allen Kantonen beteiligen, in denen die Arbeiterbevölkerung ernsthaft in Betracht kommt und die Organisation entsprechend stark ist. Das ist in fast allen elßfischen Kantonen der Fall. Während in Lothringen die Parteiorganisation noch auf allzu schwachen Füßen steht.

Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin.

Die Genossin Jettin wünscht zu wissen, welche Veranlassung zu unserer Erklärung in Nr. 149 des „Vorwärts“ vorgelegen hat. Sie wollten durch die Erklärung feststellen, daß, wenn in dieser Sache überhaupt ein Mißverständnis vorlag, es jedenfalls nicht uns zur Last fallen konnte. Da dies aus der in der „Gleichheit“ veröffentlichten Erklärung nicht mit genügender Deutlichkeit zu ersehen war, haben wir es ausdrücklich hervorgehoben.

Durchhandlung Vorwärts.

Der neue Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Da Keir Hardie, Ramsay, Macdonald, Phillip Snowden und Bruce Glasser ihre Ämter im Verwaltungsrat der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) niedergelegt haben, war eine Neuwahl erforderlich. Es wurden gewählt: B. C. Anderson mit 6481, Percy H. McArthur mit 6082, J. H. Clynes (Parlamentsmitglied) mit 4296 Stimmen und George Lansbury mit 4296 Stimmen.

Aus dem russischen Parteileben.

Vor kurzem fand eine Konferenz der Sozialdemokratie Lettlands statt, auf welcher fast sämtliche städtischen Organisationen des Lettischen Teiles der Ostseeprovinzen vertreten waren. Aus den Berichten der örtlichen Organisationen ist ersichtlich, daß sich die Bewegung erfreulicherweise fast allseitig festigt und ausbreitet. In den Städten werden annähernd 3000 und auf dem flachen Lande etwa 1800 organisierte Arbeiter gezählt, so daß die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratie Lettlands sich gegenwärtig fast auf 6000 beläuft.

Besondere Fortschritte hat die Parteiorganisation in Riga zu verzeichnen, wo die Zahl der Mitglieder die Höhe von 2500 erreicht hat. Die Organisation trägt trotz der unglaublich schwierigen politischen Verhältnisse einen weit demokratischeren Charakter, als das vor 1905 möglich war. Das leitende Organ ist die städtische Konferenz, die alle anderthalb Monate zusammentritt und deren Mitglieder von je 150 Mitgliedern der Organisation gewählt werden. Auf der Konferenz wird das städtische Parteikomitee gewählt, das die praktische Tätigkeit leitet und die Verfügungen der Konferenz ausführt. Die propagandistische Tätigkeit wird von einer besonderen Institution geleitet. In den Rayons wird die Propaganda fast ausschließlich von Arbeitern allein geführt. Auch die Einnahmen der Organisation (300 bis 400 Rubel im Monat) bestehen ausschließlich aus den Mitgliederbeiträgen der Arbeiter. Außer einer ganzen Reihe theoretischer Zirkeln, finden wöchentlich vier bis fünf größere Versammlungen organisierter Arbeiter statt, die insgesamt von 300 bis 400 Arbeitern besucht werden. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie Lettlands „Der Kampf“, wird in Riga in einer Anzahl von etwa 2 1/2 Tausend betrieben. Ferner wurden während der Berichtszeit etwa 80 000 Flugblätter in lettischer und etwa 15 000 in russischer Sprache verbreitet.

Aus den Berichten auf der Konferenz ist ferner hervorzuheben, daß das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands vom 1. Januar bis 1. Mai 280 000 Exemplare verschiedener Druckschriften in seiner Geheimdruckerei angefertigt hat, die sämtlich wohlbehalten verbreitet wurden. Die polizeiliche Aufhebung einer Geheimdruckerei hat die weitere Herausgabe von Druckschriften nicht verhindern können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine mißglückte Staatsaktion.

Genosse Stolt in Königsberg erhielt kürzlich vom Schöffengericht 14 Tage Gefängnis, weil er bei den Wahlrechtsdemonstrationen am Sonntag, den 31. Januar, die Schulleute beleidigt, einen „Gefangenen“ befreit und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet haben sollte. Die Berufungsinstanz sprach ihn am Montag von all diesen „Verbrechen“ frei und legte die Gerichtskosten der Staatskasse auf.

Gewerkchaftliches.

Zusammengeschmiedet!

Die Arbeiterschaft der badischen Staatsbahnen war bisher in zwei Lagern organisiert oder getrennt. Der „Süddeutsche E. Verband“ entsprach einer freien Gewerkschaft, der „Badische E. Verband“ entstand unter dem Protektorat des Zentrums oder der „Christlichen“ im allgemeinen. Beide bekämpften sich heftig und erleichterten deshalb der Regierung oder Generaldirektion ihre Maßnahmen gegen die Lohnbewegungen der Arbeiterschaft. Jetzt brach der Kampf ums Dasein unter den gegenwärtigen finanzpolitischen Akzenten auf die Lebensfähigkeit des Proletariats die bisher getrennten Organisationen einander näher und sogar so nahe, daß eine Fusion zur unterschiedslosen Klassenkampftruppe eine Folge der kürzlich in einer Doppelversammlung gepflogenen Aussprache sein wird. Es geschah dieses einigende Konzilium im Anschluß an eine dreitägige Unterhandlung, welche zu Karlsruhe zwischen der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen und den Arbeiterschüssen aller Bahnbauwerke vor sich ging. Die schroffe Abweisung der Arbeiterforderungen, insbesondere der gegen das schädliche Affordsystem gerichteten einstimmigen Anträge beider Organisationen, seitens der Staatsbehörde erschöpfte die Lammesgeduld der badischen Eisenbahner; sie entschlossen sich in Versammlungen zum gemeinsamen Kampfe für die längst erstrebte Werkstättenlohnordnung. Da die Generaldirektion ihr in der zweiten Kammer gegebenen Versprechen wieder nicht einlöste, unter Berufung auf die mangelhafte Finanzlage des Staates, erblidte die Bahnarbeiterschaft mit Recht in diesem neuesten Ausweichen eine Tendenz, das Einkommen der Arbeiter zu kürzen und so weiter Ersparnisse an den durch das bisherige Affordsystem in ihren rechtmäßigen Bezügen gekürzten Lohnarbeitern des Staates zu machen. Der Appell geht nun einstimmig an das Ministerium; hier wird die Generaldirektion angeschuldigt, daß sie durch erneutes Festhalten am Stücklohn eine große Anzahl Arbeiter an ihrem jetzigen Einkommen empfindlich schädige. Das Ministerium müsse dieser Schädigung die Zustimmung verweigern. Das reine Taglohnsystem sei für die Reparaturwerkstätten auch in technischer Hinsicht das vorteilhafteste. Gehe die Einführung nicht plötzlich, so müßte das neue Affordsystem nach den Anträgen der Arbeiterschüsse modifiziert werden.

Die Redner beider Organisationen fanden stürmische Zustimmung und es brauchte ein Jubel durch die Reihen, als unser Genosse Schwall, der Gauleiter des „Süddeutschen Verbandes“, die Arbeiter aufforderte, sich als eine geeinigte, festgeschlossene Klasse auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen. Auch die Finanzwucherer im Reichstage erhielten ihr Urteil, das dem Zentrum am wenigsten behagen wird. Mit dem Versprechen, fernerhin im großen Ziele einig zu sein, trennten sich die vielen Hunderte der beiden Versammlungen.

Schon seit 1902 kämpfte unsere sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen die Hartnäckigkeit der Staatsbehörde, die berechtigten Wünsche der Eisenbahner zu erfüllen. Im letzten Landtage ist zum Erstaunen der ganzen Kammer von unserer Seite der Nachweis erbracht worden, daß dieses angeblich verbesserte Lohnsystem in seiner Wirkung vielfach eine fiskalische Ausnützung nach sich zieht. Es ging nun so lange Zeit, bis endlich die Regierung bezw. Direktion sich zu einem Meinungsaustausch über die verhasste Affordmethode mit den Arbeiterschüssen einließ. Und sofort zeigte sich die schroffe Negation des Staates und die Machtlosigkeit dieser Delegationen von Arbeiterschüssen.

Bekanntlich wurde auf dem Nürnberger Parteitag bei der Befürwortung der Budgetbewilligung durch die badischen Genossen auch die entgegenkommende Stellung der badischen Regierung der Eisenbahner gegenüber ins Feld geführt; es sei dies „der Ausfluß der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklassen Gleichberechtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens fordert“. Es müßten mit der Budgetbewilligung Tausende von Eisenbahnarbeitern, die arme Teufel sind, gewonnen werden, da ihr Anteil am Gesamteinkommen des Landes erhöht worden sei.

Nun sind diese Tausende gewonnen, aber dadurch, daß sie zu der Erkenntnis gelangten, daß die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates auch durch ihre neuen Verordnungen in erster Reihe das fiskalische Interesse wahrte und den Arbeitern im Effekt unter der falschen Etikette eine Lohnverkürzung unterschob. Es würde also die frühere Ablehnungsmethode bei der Beratung des Finanzgesetzes auch im jetzigen Falle von der Arbeiterschaft wohl verstanden worden sein. Der badische Eisenbahnarbeiterschaft und ihren Führern kann man zu dieser Erkenntnis und zu der daraus gezogenen Konsequenz bestens gratulieren. Jetzt geht's voran.

Berlin und Umgegend.

Die Geldschrankschlosser

nahmen einen Bericht über den Stand ihrer Bewegung in einer stark besuchten Versammlung entgegen, die am Montagabend bei Franke in der Bahstraße stattfand. Otto Handke referierte. Mit der Vorlage der Geldschrankschlosser konnte sich die Kommission in ihren Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch nicht beschäftigen, weil die Beratungen über den § 2 der Vorlage nicht herausgekommen sind. In der Vorlage werden zuerst die Arbeitsverhältnisse der Schlosser behandelt. Der Tarif der Geldschrankschlosser soll sofort zur Beratung kommen, sobald die Gelegenheit dazu vorhanden ist. Handke gab eine Uebersicht über die Arbeiten der Kommission (siehe Versammlungsbericht in der Freitagnummer des „Vorwärts“), wie er sie schon in der Schlosserversammlung am letzten Mittwoch gegeben hatte. Er verlangte, daß die Geldschrankschlosser gemäß den Beschlüssen dieser Versammlung ebenfalls eine abwartende Haltung einnehmen sollten, bis ein Defizit der nach dem 19. Juli fortzuschickenden Verhandlungen der Kommission vorliegt.

In der Diskussion zeigte sich viel Ungebuld unter den Arbeitern über den langsamen Gang der Verhandlungen. Einige Redner gaben der Befürchtung Ausdruck, daß die Forderungen der Geldschrankschlosser zu lange zurückstehen und schließlich nicht die gebührende Berücksichtigung finden würden. Solche Befürchtungen erklärte Handke als unbegründet; in der Kommission seien auch die Geldschrankschlosser vertreten und man müsse nur etwas Geduld haben, bis die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. — Die Versammelten nahmen trotzdem mit großer Majorität eine Resolution an, in welcher sie die sofortige Einsetzung ihrer Tarifvorlage an die Arbeitgeber verlangten, damit diese in ihrer Generalversammlung dazu Stellung nehmen könnten. Ende Juli soll dann eine Versammlung der Geldschrankschlosser die eventuellen weiteren Maßnahmen beraten. Mit der Annahme dieser Resolution sollte, so wurde von mehreren Rednern hervorgehoben, der Kommission durchaus nicht ein Mißtrauensvotum ausgestellt werden. Man hoffe nur, daß der Lauf der Dinge zugunsten der Geldschrankschlosser beschleunigt werde, wenn den Arbeitgebern sofort die Tarifvorlage eingereicht wird.

Achtung, Metallarbeiter! Die Vertrauensleute des 7. Bezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß die heutige Konferenz nicht um 8 1/2 Uhr, sondern um 6 Uhr abends beginnt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, die betreffenden Vertrauensleute auf diese Notiz aufmerksam zu machen.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Rahmenvergoldler beschäftigten sich am Montag mit der Stellungnahme zum Vertragsablauf. Der jetzt bestehende Tarif läuft am 30. September d. J. ab. Es handelte sich somit um die Frage, ob dieser Tarif gekündigt werden oder weiterhin gelten sollte. Nach einer eingehenden Debatte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Rahmenvergoldlerbranche beschloß die Versammlung, die Angelegenheit vorläufig noch zu vertagen.

Deutsches Reich.

„Der Landarbeiter.“

Die erste Nummer des Organs des neugegründeten, mit dem 1. Juni in Aktion getretenen Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter verlief soeben die Druckerpresse, um nun in den nächsten Tagen die Mission der Aufklärung und Organisation unter den ländlichen Arbeitern zu vollziehen. Auf 8 Druckseiten bietet „Der Landarbeiter“ in populärer Sprache viel des Interessanten und Wissenswürdigen für den Arbeiter auf dem Lande, der meist vom starken Pulsschlag der Arbeiterbewegung unberührt, resigniert unter der Fron des Junkers und Bauern achzt. Hier wird ihm die frohe Botschaft verkündet, daß Gleichgesinnte im gemeinsamen Streben mit ihm, in einer Organisation vereint, gegen die durchgängig miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen ankämpfen wollen, daß gemeinsam Sturm gelaufen werden soll, um die an die Feudalzeiten erinnernden Gesindeordnungen zu beseitigen. Was der neugegründete Verband der Landarbeiter bietet, wird in einem besonderen Artikel behandelt und darin neben der Hilfe und Materalteilung bei Arbeitsverträgen und dem unentgeltlichen juristischen Rechtsschutz auch der Unterstützungsleistungen des Verbandes (Krankengeld und Sterbegeld) Erwähnung getan. Vom Arbeitsrecht lesen wir: Kurze Schilderungen über das Wohnungsleben der Landarbeiter zeigen uns, daß das Landproletariat in allen Gegenden Deutschlands in Räumen wohnen muß, die eigentlich nicht für menschliche Behausungen gelten können. — Von der Agitation in Mitteldeutschland und erfreulichen starken organisatorischen Ansätzen besonders in Süddeutschland wird berichtet und von den Lohnverhältnissen der Forstarbeiter in Bayern, die im bayerischen Landtage zur Sprache kamen anlässlich der Debatte über die Besoldungsverhältnisse der staatlichen Forstarbeiter. Ein Wort ist an die Stallschweizer besonders gerichtet, um auch sie für eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse durch eine gemeinsame Organisation zu interessieren. Der übrige Teil des „Landarbeiters“ ist der Unterhaltung gewidmet; er enthält ein stimmungsvolles Gedicht von Preegang und eine Erzählung aus dem Landarbeiterleben von Friedrich. Zum Schluß sind die Adressen der Angestellten des Verbandes angegeben, die auch Beitritts-erklärungen entgegennehmen. In der Liste sind an Georg Schmidt, Berlin SO.16, Reichsallee 1, 2 Treppen zu richten, für die Redaktion an Fritz Haack, ebendasselbst. Die Adressen der Gauvorstände sind: Alfred Hille, Roggenburg, Hofenpfortestr. 53, III. für Provinz Sachsen, Anhalt und die Thüringischen Staaten; M. Reibitzsch, München, Spitzwegstr. 10, 2 Treppen, für Bayern rechts des Rheines; J. Garber, Stuttgart, Kelterstr. 35, für das übrige Süddeutschland und Südwestdeutschland.

So möge denn dieser neue Streiter in der deutschen Arbeiterbewegung hinausgehen in alle Lande und den Enterteten und Entrechteten des Landproletariats die frohe Botschaft nicht unverhallt verkünden, daß organisatorischer Zusammenschluß, daß nur die Selbsthilfe der Arbeiterschaft zur Befreiung aus sozialer und politischer Knechtschaft führt! Unsere besten Glückwünsche begleiten ihn auf seinem mühevollen Wege!

Die Beschlagnahme der Streikpostenliste in Kiel.

wird in Kieler bürgerlichen Blättern, die von der Kieler Polizei inspiziert werden, sehr eigenartig begründet. Es sollen mit Hilfe dieser Listen, die angeblich die Namen der zur Anführung von Unruhen und Verletzungen der Arbeitswilligen abkommandierten Personen enthalten, die Anführer und Ausführende der auf die Arbeitswilligen verübten Anfälle festgestellt werden. Daß die Polizei bei dem gegenwärtigen großen Polizeiaufgebote in Kiel die Urheber der Straftaten nicht feststellen kann, ist um so merkwürdiger, als sie dieselben wenigstens in einem Falle in Gestalt von Arbeitswilligen in den Fingern hatte. In Wirklichkeit handelt es sich bei der Beschlagnahme der Listen um einen Eingriff in das durch Reichsgericht anerkannte Recht des Streikpostensiehens.

Der Porzellanarbeiterverband hat im vergangenen Jahre, wie der Jahresbericht für 1908 ausweist, eine schwere Zeit durchmachen müssen. Die Zahl der Mitglieder ging von 14 878 auf 11 240 zurück, die Zahlstellen verminderten sich um 2 und sind jetzt an 195 Orten vorhanden. — Die Gesamteinnahmen betragen 489 781,38 M., darunter an Beiträgen für den Verband und für die Krankengeldzuzusklasse 324 503,17 M. Den Einnahmen standen Ausgaben in Höhe von 435 244,98 M. gegenüber. Davon sind insbesondere hervorzuhellen die Unkosten für Arbeitslosenunterstützung 120 189,50 M., Streikunterstützung 92 432,44 M., Maßregelungsunterstützung 12 879,20 M. und Krankengeldzuzus 56 578,64 M. Unter Einzurechnung der Ausgaben für Fahr- und Umzugsgelder, Sterbegeld und Wöchnerinnen-Unterstützung wurden 1908 für Unterstützungs-zwecke 294 873,53 M. verausgabt. Für Verwaltungskosten wurden ausgeben 33 471,27 M. persönlicher Art und 10 802,11 M. sachlicher Art. Das Vermögen betrug Ende 1907 206 094,49 M. und am Schlusse des Berichtsjahres 107 022,62 M.

Die Ursachen für diese Erscheinungen, die zeigen, daß der Porzellanarbeiterverband unter allen Gewerkschaften am stärksten im Jahre 1908 gelitten hat, sind einmal in der wirtschaftlichen Krise und zum anderen in den weitgehenden Unterstützungs-einrichtungen zu suchen.

Die wirtschaftliche Depression machte sich in der Porzellanindustrie um so stärker geltend, als eine große Zahl von Porzellanfabriken auf den Export ihrer Erzeugnisse nach Nordamerika angewiesen sind. Als die nordamerikanische Krise einsetzte, wurden die Porzellanfabriken, die in den von einer sehr armen und schlecht entlohten Arbeiterschaft bewohnten Thüringer Gegenden liegen, stark in Mitleidenschaft gezogen. Das enorme Anwachsen der gezahlten Arbeitslosenunterstützungen von 34 467,91 M. im Vorjahre auf 120 189,50 M. im Berichtsjahre läßt das deutlich erkennen. Selbst in den Krisenjahren 1901 und 1902 entfielen auf den Kopf der Mitglieder nur 6,37 und 6,08 M. Arbeitslosenunterstützung; 1908 aber waren es 9,26 M.! Dagegen fiel die Streikunterstützung im Gesamtbetrage um 84 712,76 M., aber da der Krankengeldzuzus und die Maßregelungsunterstützung um 8089,15 M. und 3722,86 M. stiegen, ferner die Gesamteinnahmen um 6210,99 M. geringer als im Vorjahre waren, mußte ein Defizit entstehen.

Noch zum guten Teil ist diese Entwicklung der finanziellen Verhältnisse auch auf innere Zustände in dem Porzellanarbeiterverband zurückzuführen. Auch einem größeren Verbände würde

es nicht möglich sein, bei einem so stark ausgebildeten Unterstützungs-system Reserven hinterlegen zu können. So betragen für 1908 die Einnahmen aus Beiträgen pro Kopf der Mitglieder 20,22 M. Für Unterstützung wurden aber 22,71 M. pro Kopf ausgegeben, so daß zur Deckung anderer laufender Ausgaben, wie Verwaltung, Verbandsorgan, Agitation, Rechtsschutz usw. pro Kopf 3,51 M. übrig blieben. Die unverhältnismäßig hohe Unterstützungsquote wird aber einigermaßen verständlich, wenn man hört, daß die Arbeitslosenunterstützung, im Einzelfalle bis zu 17 M. pro Woche betragend, bis zu 14 Wochen gewährt wird. Krankengeldzuschuß wird im Einzelfalle — je nach der Krankenzustand und Beitragsstufe — auf 26 Wochen a 10 M. gezahlt. Die Streikunterstützung, für deren Bezug bis zum 1. Oktober 1908 keine Krankenzustand vorgesehen war, konnte im Einzelfalle bis zu 20 M. pro Woche betragen und nicht selten wurden die Unterstützungen bis zu einer Dauer von 47 Wochen gegeben. Daß bei einem solchen Unterstützungs-system ein kleinerer Verband, der von einer sehr gut organisierten Unternehmerverschaft mitunter arg bedrängt wird, auf die Dauer keine Reichtümer erwerben kann, dürfte erklärlich sein. Wenn er trotzdem sich aber so wader wie bisher behaupten konnte, so ist das ein Zeichen kräftiger Energie und leistungsfähiger Elastizität.

Wegen Verleumdung eines „Selben“ wurde der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Richter in Mainz vom dortigen Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Die Massenauflösungen in Schweden.

Die in der vorigen Woche angekündigte allgemeine Aussperrung in der schwedischen Papiermasseindustrie ist am Montag durchgeführt worden. Ungefähr 9000 Arbeiter, die teils dem Säge- und Holzindustriearbeiterverband, teils dem Grob- und Fabrikarbeiterverband angehören, sind an diesem Kampf beteiligt. Am selben Tage hat das Unternehmertum der Detailkonfektions- und Schneiderei Schwedens eine allgemeine Aussperrung veranstaltet, die 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt. Die Arbeiterschaft der Engroskonfektion ist bekanntlich schon seit einem Monat ausgesperrt. Die Aussperrung in den Brauereien und Mineralwasserfabriken von Ralmö sowie die in der Holzindustrie von Göteborg dauern ebenfalls noch an, und am nächsten Montag soll zu alledem die allgemeine Aussperrung im Wege- und Wasserbauwerke Schwedens kommen.

Soziales.

Vom Baugewerbe in Schlesisch-Posen.

Die Krisis im Baugewerbe machte sich im Bezirke der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft sehr deutlich bemerkbar. Die Zahl der verfallenen Betriebe hat sich nach dem uns vorliegenden Bericht dieser Vereinsgenossenschaft wohl von 8423 auf 6475 erhöht, dagegen ist die Zahl der verfallenen Arbeiter von 123 580 im Jahre 1907 auf 118 078 im Jahre 1908 zurückgegangen. Welche Hungerlöhne das Baugewerbe in diesen Gegenden Deutschlands noch zahlt und wie nötig dort die Organisation der Arbeiter ist, beweist uns folgende Stelle des Berichts:

Für die einzelnen Sektionen war im Jahre 1908 der Durchschnittslohn einer verfallenen Person in der Sektion I (Potsdam) 743,73 M., in Sektion II (Liegnitz) 681,83 M., in Sektion III (Oppeln) 628,62 M., in Sektion IV. (Posen), 662,64 M., in Sektion V (Gnesen) 701,01 M.

Die entsprechenden Zahlen in 1907 waren: 733,99 M., 666,53 M., 608,44 M., 666,78 M., 687,85 M.

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 4753 Unfälle gegen 5001 im Jahre 1907. In 1023 Fällen wurde jedoch nur eine Rente gewährt. Auf 1000 Versicherte kamen somit durchschnittlich 40,14 Unfallsanzeigen.

315 der entschädigten Unfälle sind durch Zusammenbruch, Einsturz, 213 durch Fall von Leitern, Treppen usw., 144 beim Auf- und Abladen eingetreten. Sehr lehrreich ist eine Zusammenstellung über die gemeldeten Unfälle, auf die einzelnen Branchen verteilt. Während z. B. auf 1000 Lazepierer durchschnittlich 19,14 Unfälle entfielen, kommen auf Maurer 39,50, auf Dachdecker 44,06, auf Fuhrwerk 103, auf Abbruchbetriebe gar 709 Unfälle.

Das Glück der Vereinsgenossenschaften im Verwaltungsverfahren zeigt uns auch dieser Bericht. Zu Gunsten der Vereinsgenossenschaft wurden 443 Berufungen und zu Gunsten der Verletzten nur 22 entschieden. Von den eigenen Rekursen der Verletzten wurden 129 abgewiesen und nur 10 zu Gunsten entschieden, während die Genossenschaft mit ihren Rekursen 5 Erfolge und 11 Mißerfolge hatte. Ein großes Verzeihnis führt die Arbeitgeber auf, die ihre Beiträge zu zahlen vergessen haben, unpfändbar waren. Die Vereinsgenossenschaft hat auf diesem Wege 36 228 M. verloren. Die Arbeiter und die Krankenkassen des Bezirkes werden demnach noch größere Verluste erlitten haben und die „Unternehmer“ Bauer doch lustig weiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schilfbürgerei — oder ...

Frankfurt a. M., 6. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß mit 39 gegen 13 Stimmen, die Beträge mit zwei Gasgesellschaften auf weitere 20 Jahre zu verlängern. Die sozialdemokratische Fraktion hatte die Errichtung eines eigenen Gaswerks beantragt.

Eine neue Talpferre.

Wormen, 6. Juli. (B. L. W.) Die Stadtverordneten bewilligten für den Bau einer neuen Talpferre im Aerspetal bei Marienheide zur Wasserversorgung Wormens 8 Millionen Mark. Die neue Talpferre umfaßt 28 Quadratkilometer Niederschlagsgebiet, der Steinhalt wird zirka 16 Millionen Kubikmeter fassen. Die Kosten sollen aus einer neu aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden.

Kalkulierte Grundsätze.

Brüssel, 6. Juli. Der Führer der katholischen Partei, Boesche, äußerte sich über die Stellung seiner Fraktion zum Armeereorganisationsentwurf der Regierung, seine Freunde würden den Entwurf gern prüfen, um zu einer Einigung zu gelangen, aber nur für den Fall, daß dadurch die Partei nicht Schaden bei den nächsten Wahlen erleiden würde. Sollten der Partei derartige Nachteile drohen, so würde die katholische Partei den Entwurf mit allen Mitteln bekämpfen.

Gefährliches Feuerwerk.

New York, 6. Juli. (Auf deutsch-amerikanischem Kabel.) Bei den Feuerwerken, die zur Feier des Unabhängigkeitstages im ganzen Lande stattfanden, sind gegen 45 Personen getötet und gegen 1575 verletzt worden.

Reichstag.

276. Sitzung vom Dienstag, den 6. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Sydow.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die zollwidrige Verwendung von Gerste.

Daneben wird verboten, Malz aus Gerste, die nach einem niedrigeren als dem Zollsatz für Malzgerste verzollt ist, zu Brauzwecken zu verwenden. Die Kommission hat hinzugefügt, daß die aus dem Ausland eingehende Gerste, auf welche der niedrigere Zollsatz Anwendung findet, kenntlich zu machen ist.

Abg. Dr. Sabelum (Soz.) beantragt, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen.

Der Antrag wird von der Schwachbesetzten Rechten und dem eben so schwach besetzten Zentrum mit großem Lärm aufgenommen, und es werden schärfste Voten ausgesandt, die noch fehlenden Konservativen und Zentrumsherren herbeizurufen. Dadurch gelingt es, den Antrag abzulehnen.

Abg. Speck (Str.) verzichtet aufs Wort.

Abg. Stolle (Soz.):

Mehrfach ist behauptet worden, daß in großem Umfange Gerste, die zu einem niedrigeren Zollsatz als Malzgerste verzollt ist, dennoch als Malzgerste verwendet wird, und weiter wurde behauptet, daß diese Verwendung niedrig verzollter Gerste durch das Verfahren bei der Zollobfertigung befördert werde. Die Beschwörden haben sich nicht als begründet erweisen lassen. (Hört! hört! links.)

In dem Entwurf wird verlangt, daß die Futtermittel kenntlich gemacht werden soll. Ein Antrag Speck ging noch viel weiter: er verlangte, sämtliche zu niedrigem Zollsatz eingeführte Gerste der Färbung zu unterwerfen! Schließlich aber hat man sich mit der Forderung der Kenntlichmachung begnügt. Es wird behauptet, daß ein Farbstoff gefunden sei, der diese Kenntlichmachung ermögliche. Die Regierung müßte aber selbst zugeben, daß das Verfahren sehr kostspielig ist. Es macht eine Ausgabe von etwa 3 Millionen Mark notwendig. Während wir hier Steuerobjekte suchen, um aus der Finanznot herauszukommen, sollen wieder ohne weiteres 3 Millionen ausgeben werden! Die Rotfärbung ist ohne weiteres ausgefallen. Rot wird ja im Königreich Sachsen für ein republikanisches Abzeichen betrachtet, und nach einem Erkenntnis des Dresdener Oberlandesgerichts kommt es bei Benutzung der roten Farbe wesentlich auf die Tendenz an. Danach kann es jemandem, der rotgefärbte Gerste feilhält, sehr leicht passieren, daß er deswegen als Revolutionär angesehen wird. (Hört! hört! links.)

Es ist bestritten worden, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Fassung der Landwirtschaft Schaden wird. Aber die Einführung der Futtermittel hat für die Landwirtschaft eine sehr große Bedeutung. Die Herren rechts und vom Zentrum werden nicht abstreiten können, daß es zur Erhaltung unseres Viehstandes notwendig ist, ein bedeutendes Quantum von Futtermitteln einzuführen. Deshalb ist ja auch die Rechte beim Zolltarif darauf ausgegangen, eine Anzahl von Futtermitteln zollfrei hereinzulassen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Landwirtschaft kann die notwendigen Futtermittel nicht selbst bauen. Das ergibt sich auch ganz deutlich aus der Erntestatistik. Trotzdem in den letzten Jahren die Roggenernte ausgezeichnet und auch die Getreiternte sehr annehmbar war, was es nicht möglich, auch nur die Hälfte der für den Viehstand notwendigen Futtermittel in Deutschland zu erzeugen. Von dem Augenblick an, wo sich der Viehstand vermehrt, hat auch die Einfuhr von Futtermitteln von Jahr zu Jahr zugenommen. Gerade die kleinen Landwirte aber sind nicht imstande, die notwendigen Futtermittel selbst zu produzieren, und gerade von den kleinen Bauern hören wir die Klagen, daß zwar die Getreidepreise hoch seien, daß aber die Futtermittel noch bedeutend höher im Preise gestiegen sind! Die Preise sind so hoch gegangen, sagen sie, daß sie kaum noch Vieh halten können. Der Großgrundbesitzer baut die notwendigen Futtermittel auf seinem eigenen Grund und Boden, der kleine Bauer aber kann das nicht. (Sie nach rechts)

Kleines feuilleton.

Auf dem Reichensfeld von Bagram. Eine ergreifende Schilderung von dem entsetzlichen Anblick, der sich nach der am 6. Juli 1809 geschlagenen Schlacht bei Bagram, in der Napoleon über die Oesterreicher siegte, auf dem ungelückten weiten Schlachtfeld dort, gibt der sächsische Offizier Müller von Wilkenhain in den Briefen an seine Schwester, die durch einen dantenswerten Neudruck in dem in Hamburg bei Gutenberg-Verlag erschienenen „Feldzugberichten aus dem Kriegsjahre 1809“ wieder zugänglich gemacht werden. „Denke Dir eine große, weitenweite Ebene mit dünnem Stroh und vielleicht 20 000 unbedingten Leichen bedeckt, die Dörfer in Stein- und Aschenhaufen verwandelt, alle Einwohner getötet, keinen Baum und kein Wasser weit und breit, in der glühenden Sonnenhitze der Hundstagszeit. Und mitten in dieser lübischen pestilenzhaften Wüste vielleicht ein paar hundert tödlich verwundete Menschen, seit drei Tagen in schmachlicher Einsamkeit und Hilflosigkeit versamlet, ohne Verband, ohne Speise und Trank, ohne einen menschlichen Laut als die entsetzten Jammerrufe gleicher Verzweiflung hingeworfener Brüder, und stalt der Hoffnung naher Rettung nichts als die gewisse Aussicht auf einen langsamen, elenden und qualreichen Tod.“ Mühselig unternimmt mit einigen Begleitern einen Samariterritt durch dies Gefild des Grauens. „Einer von den Verwundeten sah aufrecht in einer Furche, im Umkreise einer Armeslänge um sich herum alle Wurzeln ausgerupft; Durst und Hitze hatten ihn der Stimme und des Augenlichts beraubt. Wir redeten ihn in mehreren Sprachen an, er schien uns aber nicht zu verstehen, mit dem Kopfe schüttelnd deutete er bloß unter leisem Gemurmel auf den verdohtenen Mund, und als wir ihm zu trinken gelaßt, führte er das Gefäß mit großer Hastigkeit an die Lippen, aber soviel wir wahrnehmen konnten, vermochte er nichts mehr hinauszuschlingen. Andere lagen wohnige Schritte vom dem stumpsigen Bode, die leeren Scherben, welche ein mitleidiger Unglücksgefährte ihnen mochte zugezogen haben, zur Seite, aber unermüdet, auch nur diese geringe Strecke sich heranzuwälzen. Der großen Hitze wegen waren fast alle Wunden bereits brandig und mit Würmern angefüllt, und nur zu wahrheitsähnlich war alle Hilfe zu spät. Der kleine Vorrat an Lebensmitteln, den wir uns mitgenommen, war bald verteilt, wir vermochten den später Aufgefundenen nichts mitzutheilen als den leidigen Trost, daß man Anstalten treffen, sie abzuholen. An manchen Orten war der Versuch so unerträglich, daß wir uns eiligst davon machen mußten, und vielen konnten wir nur aus der Ferne durch Winke andeuten, daß ihre Erlösung nahe. Von den meisten wurden wir mit lautem Jubel bewillkommen,

geben vor, die Freunde der Bauern zu sein, dann mähnten Sie dafür sorgen, daß die Futtermittelpreise niedrig gestaltet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) haben es dahin gebracht, daß wir geradezu

horrende Fleisch- und Brotpreise

haben, trotz einer sehr reichen Ernte. Da können Sie also nicht sagen, daß die Landwirtschaft Not leidet. Der kleine Landwirt freilich, der nur wenig Getreide verkaufen kann, hat von den Jöllen gar keinen Nutzen, wohl aber Schaden durch die Verteuerung der Futtermittel. Wie können die Herren vom Zentrum, die doch angeblich ein Herz für den kleinen Mann haben und einen großen Teil ihrer Mandate Arbeiterstimmen verdanken, eine Gesetzgebung mitmachen, welche die Lebenshaltung für die Arbeiter und die Futtermittel für den kleinen Landwirt verteuert! Wir werden mit den Herren vom Zentrum dafür noch bei einer späteren Gelegenheit abrechnen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

An die Verbündeten Regierungen riß ich die Frage, wer denn die Kosten für die Kenntlichmachung der Gerste tragen soll, die Regierung oder die notleidenden kleinen Landwirte? Auf diese Frage erwarte ich eine Antwort von den Verbündeten Regierungen. Trägt die Regierung die Kosten, gleichgültig, ob die Gerste rot, blau oder schwarz gefärbt wird, so ist das eine neue Ausgabe, die uns bei der Finanzreform wieder in Rechnung gesetzt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Trägt die Regierung die Kosten aber nicht, ist es dann gerecht und billig, diese neue Ausgabe von drei Millionen den kleinen Bauern aufzuerlegen?

Ferner wünsche ich von den Verbündeten Regierungen eine Antwort auf die Frage, wieviel von jedem Doppelpennner Gerste gefärbt werden soll? Aus dem Gesetzentwurf geht das nicht klar hervor.

Eine dritte Frage ist, ob durch das Färben oder Kennzeichnen die Qualität der betreffenden Gerste nicht leidet. In der Kommission hat ein Herr aus dem Landwirtschaftsministerium sich bemüht, darzulegen, daß das Färben eine Beeinträchtigung des Futterwertes der Gerste nicht bedeutet, wenn der Farbstoff Cochin angewendet wird. Sachleute aber behaupten das Gegenteil.

Auch in seiner weiteren Ausgestaltung zeigt das Gesetz sehr erhebliche Mängel. So heißt es in § 3, daß eine Forderungsbefreiung angenommen wird, wenn Gerste, die nach dem niedrigeren Zollsatz verzollt worden ist, in die „Räume einer Brauerei“ eingebracht oder dort vorgefunden wird. Als ich in der Kommission fragte, was denn unter den „Räumen einer Brauerei“ zu verstehen ist, konnte mir eine klare Antwort nicht gegeben werden, sondern schließlich wurde gesagt, „das werden unsere Herren Beamten schon feststellen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind Brauereibetriebe vielfach mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch diese Bestimmung ist deshalb der Schilane Tor und Tür geöffnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle derartigen Bestimmungen gehen darauf hinaus, die Lage der kleinen Landwirte noch schwieriger zu gestalten. Deshalb kann ich nur sagen: geben Sie dem Gesetz Ihre Zustimmung nicht! Das liegt im Interesse der Gerechtigkeit und im Interesse der Menschlichkeit für die notleidenden kleinen Landwirte. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hausmann (natl.): Wir sind mit der Vorlage einverstanden. Der jetzige Zustand ist jedenfalls nicht vom Reichstag gewollt; daher hat der Reichstag die Pflicht, ihn zu beseitigen.

Abg. Hufnagel (L.): Nur der unehrliche Handel hat an der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes ein Interesse. Daher können wir die Vorlage nur mit Freuden begrüßen, wenn ich auch mit Herrn Stolle darin einverstanden bin, daß die Fassung des Gesetzes noch klarer und weitgehender sein könnte. (Bravo! rechts.)

Abg. Garthe (fr. Sp.): Das Gesetz bedeutet eine ungeheure Verschleuderung von Reichsmitteln. Die Regierung hat die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt in allen Lesungen der Kommission für unannehmbar erklärt. (Hört! hört! links.) Herr Stolle hat mit Recht betont, daß die Färbung dem Vieche ungeheure Kosten verursachen wird. Wir halten das Gesetz für einen hyperagrarischen Wechselbalg. (Unruhe rechts.) Die Herren rechts aber glauben offenbar das arme, kranke Regierungspferd schon so an der Kandare zu haben, daß sie die Gesehe ganz allein machen wollen! (Sehr gut! links.)

Direktor im Reichshofamt Kühn: Bei der Regierungsvorlage handelte es sich nicht um agrarische Interessen sondern lediglich um die Notwendigkeit, einer möglichen Umgehung des Zolltarifgesetzes entgegen zu begegnen. Was aber die Kommissionsbeschlüsse anlangt, so kann ich nur im Namen der Verbündeten Regierungen erklären, daß ihre Fassung mit den bestehenden Handelsverträgen nicht zu verträglich und daß die Regierung daher nicht in der Lage ist, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. (Hört! hört! und Bravo! links.)

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Sp.): Herr Stolle gab eine Entwidlungsgeschichte der Vorlage und kritisierte es, daß die Regierung

andere, weil sie uns nicht verstanden, oder wir ihnen nicht augenblicklich zu helfen vermochten, schädten die gräßlichsten Verwünschungen hinter uns her, pertrauten sich das Haar und verfluchten sich, ihr Schicksal und alle, die sie hergeföhrt.“

Was Polarexpeditionen einbringen. Die fähnen Erforscher der Eisregionen, die nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland mit Ehren überhäuft werden, finden bisweilen neben dem Bewußtsein, der Wissenschaft zu dienen, auch eine klingende Belohnung für die überstandenen Entbehrungen und Gefahren. Eine englische Zeitschrift gibt eine interessante Aufstellung von größeren Prämien, die erfolgreichsten Polarforschern gewährt worden sind. Die britische Regierung hatte z. B. für die Entdeckung der nordwestlichen Durchfahrt eine Belohnung von 400 000 M. ausgesetzt, die dann später auf 100 000 M. ermäßigt wurde. Die Prämie kam dann auch zur Auszahlung. Dasselbe Honorar empfing ein anderer Pionier im hohen Norden, der Kapitän Mc Clure, der mit seinem Schiffe, dem „Investigator“, zum ersten Male durch die Verringerstraße vom Polarmeere zur Behringinsel vordrang; in Anerkennung seiner fähnen Fahrt wurden ihm 100 000 M. ausgesetzt und die gleiche Summe kam unter der Mänschaft zur Verteilung. Als Franklin und seine Kameraden in den arktischen Regionen spurlos verschwanden, wurden von der Regierung 400 000 M. ausgesetzt für jeden, der den Forscher tatkräftige Hilfe bringen würde. Es gingen auch eine Reihe von Hilfeexpeditionen ab. Eine von ihnen wurde von Dr. Rae geleitet, der zwar Franklin nicht finden konnte, aber eine Reihe von Gegenständen mit heimbrachte, die er von Eskimos gekauft hatte, und die vordem Franklin und seinen Gefährten gehört hatten. Diese Reliquien wurden dann im Greenwich-Hospital niedergelegt; Dr. Rae und seine Gefährten erhielten 200 000 M. Belohnung. Ein ähnlicher Fall wiederholte sich einige Jahre später. Die Vereinigten Staaten setzten 100 000 M. aus für die Auffindung von Greely und seinen Genossen, die im Sommer 1881 zum Polarmeere aufgebrochen und verschollen waren. Unter dem Befehl des Kapitäns Schley ging dann auch eine Hilfeexpedition nordwärts, die schließlich Greely mit sechs Kameraden auffand. Sie waren die einzigen Überlebenden von 26; 20 waren bereits dem Hungertode anheimgefallen. Auch Ransen und seine Gefährten haben ihre fähne Fahrt nicht zu bereuen gehabt. Denn neben den großen Ehrentagen empfangen der Forscher und seine Gefährten von der norwegischen Regierung einen Geldpreis und sodann hat Ransen viele Tausende verdient durch den Verkauf seines Werkes „In Nacht und Eis“, das in fast alle Kultur Sprachen überetzt und eifrig gelesen wurde.

Die Verschönerung der deutschen Sprache. Die das geliebte Deutsch von den deutschen Behörden, insbesondere von den Ge-

dem fortgesetzten Drängen der Mehrheit dieses Hauses nachgegeben hat. Ein solches Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Wünschen des Reichstages sollte doch gerade Herr Stolle vom Standpunkte seiner Freunde aus begrüßen.

Abg. Göttsch (fr. Sp.): Herr Speck hat wohl nur deshalb aufs Wort verzichtet, um nach mir zu sprechen; er glaubt unbedingt, daß er recht hat, wenn er nur das letzte Wort hat. (Seiterkeit und Sehr gut! bei den Freisinnigen.) — Daß die Mehrheit mit leichtem Herzen Verstöße gegen die Handelsverträge erträgt, glaube ich gern; das leichte Herz hilft der Mehrheit über alles hinweg, z. B. auch über Abmachungen des Seniorenbüros! (Sehr gut! links.) — Daß die Regierung wieder einmal einen „Standpunkt“ (Lautes Rachen links) aufgibt, wundert uns auch weiter nicht. Tritt ein Bundesratsmitglied auf, denkt man gleich an Goethes Verse:

„Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten . . .“

(Große Seiterkeit links.) Von rechts wird gesagt: Die Regierung muß den Willen der Reichstagsmehrheit ausführen. Schade nur, daß dieser Grundsat immer nur aufgestellt wird, wenn es sich um agrarische Wünsche handelt. (Sehr wahr! links.) Wenn es sich um Wünsche einer anderen Reichstagsmehrheit handelt, zum Beispiel um das Koalitionsrecht der Landarbeiter, hat man konservativerseits gegen die Nichtberücksichtigung dieser Wünsche durch die Regierung nichts einzuwenden. (Abg. v. Heubrand nicht beständig.) — Die Agrarier verlangen von der Regierung Unerfüllbares — vorausgesetzt, daß es überhaupt etwas gibt, was die Regierung nicht erfüllt, wenn die Agrarier es verlangen. (Sehr gut! links.) Wir haben nichts gegen die Erfüllung der Mehrheitswünsche, aber dann möge die Mehrheit auch die Regierung aus ihren Reichen stellen und die volle Verantwortung vor dem Lande übernehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerialdirektor Kühn (im einzelnen unverständlich) schelm den Versuch zu machen, einen „Standpunkt“ der Regierung nachzuweisen.

Abg. Speck (Z.) bezeichnet die Kommissionsfassung als das Minimum dessen, was im Interesse der Gerstenbauer gefordert werden müsse. Für den von der Regierung als „unannehmbar“ bezeichneten Absatz des § 1 läßt sich vielleicht eine andere, für die Regierung annehmbare Fassung finden.

Ein Antrag Hufnagel (L.) auf namentliche Abstimmung findet genügende Unterstützung.

Sodann verliest der Vizepräsident Dr. Baasche einen konservativ-ultramontanen Schlußantrag Kormann-Gertling. (Stürmischer Widerspruch bei der Minderheit. Erregte heftige Zurufe bei Liberalen und Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Schlußantrag. (Unruhe rechts. Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Freisinnigen.)

Abg. Dr. Semler (natl.):

Ich konstatiere vor aller Öffentlichkeit: Eben war der konservative Graf Garmer bei mir und erklärte, man werde, wenn ich mich verpflichten wolle, nur 5 Minuten zu reden, mit dem Schlußantrag bis nach meiner Rede warten! (Stürmische Bewegung links. Lautes Whirr-Rufe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Unerhörte Geschäfts-Führung! bei den Liberalen.) Ich hoffe, daß mindestens das Zentrum diesen Versuch, eine ernste sachliche Debatte abzuwürgen, nicht mitmachen wird. (Stürmischer Beifall links.)

Der Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über den Schlußantrag wird von den Sozialdemokraten und den meisten Freisinnigen unterstützt.

Während der Abstimmung, die sich ungewöhnlich lange hinzieht, werden die zuletzt ihre Stimmzettel abgebenden Abgeordneten mit stürmischem Hasso begrüßt, namentlich die Abgg. v. Röcher (L.) und Ledebour (Soz.).

Der Schluß der Debatte

wird mit 184 gegen 149 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. (Stürmische erregte Hui-Rufe links. Gegenrufe rechts und im Zentrum. Wilde Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Semler (natl.) (zur persönlichen Bemerkung) wiederholt unter Verufung auf den hinter ihm stehenden Abg. Prinz Carolath, daß Graf Garmer ihm gesagt hat, falls er nur fünf Minuten reden wolle, werde er mit dem Schlußantrage noch warten.

Abg. Graf Garmer (L.): Die fünf Minuten waren natürlich nicht so richtig gemeint. (Rachen links.)

Abg. Semler (natl.): Ich lasse mir von niemand vorschreiben, wie lange ich reden will. (Lachen rechts; lebhafter Zustimmung links.)

§ 1 wird in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 85 Stimmen und einer Stimmenthaltung angenommen.

§ 2 bestimmt, daß der Goldfabrikation schuldig ist, wer Malz aus Gerste, die zum niedrigeren Zollsatz eingeführt ist, zu Brau-

richten, mißhandelt wird, ist allbekannt. Bisher beschränkten sich aber derlei Untaten meist auf groteske Sachbildungen, Zueinander-schachteln von Sägen usw. Es scheint nun, daß die bekannte oberflächliche Bildung des Durchschnittsstudenten gerade bei Juristen mehr und mehr zu einem empfindlichen Mangel an Sprachgefühl und selbst zu groben Verstößen gegen die Vortelle führt. In der soeben veröffentlichten Begründung des Urteils, das die Klage der Kadob-Bitwen abweist, findet sich am Schluß der Satz: „In hiernach ein selbständiges Klagered für die Klägerinnen nicht gegeben, so erübrigt sich nur die Abweisung der Klage“. Der wahre Sinn davon ist der, daß die Abweisung der Klage nicht zu erfolgen habe! Das Veriaht meint aber das Gegenteil. Der Ausdruck „sich erübrigen“ bedeutet „nicht nötig sein“. Die Richter wollten natürlich sagen: „es bleibt nichts anderes übrig als die Abweisung der Klage“. Dann hätten sie allenfalls das wenig gebräuchliche „erübrigen“ (ohne das Reflexivum „sich“) anwenden können: „so erübrigt nur die Abweisung der Klage“. — Deutsche Urteile sind ohnehin oft schwer verständlich (auch im sprachlichen Sinne). Kommen noch grobe Verstöße gegen die Vortelle im entscheidenden Teile eines Urteils hinzu, so wird die deutsche Rechtsprechung keineswegs klarer. Ein Valen-gericht würde derartige Fehler schon deswegen nicht begehen, weil seine Mitglieder reden würden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist.

Notizen.

Ueber die Verbreitung des Volkshadewesens im Deutschen Reich gibt eine Statistik interessante Aufschlüsse, die wir der „Mischen“ entnehmen. Danach gibt es in Deutschland 2347 öffentliche Badeanstalten, so daß auf je 21 000 Einwohner eine Badeanstalt kommt. Dabei sind die Kurstädter und die Bade-einrichtungen industrieller Anlagen nicht einberechnet. Die wenigsten Badewannen, 20 auf 100 000, hat Schannburg-Weiß, die meisten Bremen, 88,4. Dann folgen Württemberg mit 58,8, Sachsen mit 58,3 und Baden mit 51,9 Badewannen auf je 100 000 Einwohner. In Anhalt sind die Brausen besonders beliebt; man zählte 71 auf je 100 000 Einwohner, während Lübeck z. B. nur 6,6 zählt.

Der Dohnsig der George Sand, das Schloß Rahant, ist von der Enkelin der Dichterin der französischen Akademie vererbt worden, mit der Bestimmung, es dauernd in dem Zustand zu erhalten, worin es seit der Zeit der George Sand vor deren Nachkommen bewohnt worden ist. Zu diesem Zweck hat die Erblässerin rund 100 000 Fr. gestiftet. Hoffentlich findet die Akademie die Möglichkeit, den ländlichen Besitz auch zu einem anderen Zwecke zu benutzen, als zur Einrichtung eines Provinzmuseums, das wohl wenig Leute besuchen werden.

zwecken verwendet oder wer solche Gerste ohne ausdrücklichen Hinweis auf ihre niedrigere Vergütung in Verkehr bringt.

Abg. Stolte (Soz.):

Mir ist borgezogen worden, ich sei hier als Vertreter des Auslandes aufgetreten. Ich weise das mit Entschiedenheit zurück. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir lassen uns von ernstlichen sachlichen Erwägungen leiten, wir wollen die kleine Landwirtschaft schützen und den Arbeiterstand, der auch in Mitleidenschaft gezogen wird. Für die Behauptung, daß wir damit den Interessen des Auslandes dienen, fehlt mir der parlamentarische Ausdruck. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Herr Bogt meinte, ich hätte der Regierung dankbar sein müssen, daß sie dem Wunsche des Reichstages entspreche, dieses Gesetz vorgelegt hat. Merklichigerweise gibt die Regierung immer nur den Wünschen der Regierungspartei nach, sonst werden die Beschlüsse des Reichstages in den Papierkorb geworfen. Ich erinnere nun an die Beschlüsse auf Aufhebung des Jesuitengesetzes. Erst als das Zentrum Regierungspartei geworden war, wurde der Wunsch des Zentrums erfüllt. Warum kommt die Regierung nicht dem Wunsche des Reichstages auf Vorlegung eines Reichsberggesetzes nach? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da ich schweigen Sie (nach rechts), da drängen Sie die Regierung nicht. Aber hier, wo es sich um agrarische Interessen handelt, ist es freilich etwas anderes.

Weiter sagte Herr Bogt, das Gesetz treffe ja gar nicht die kleinen Landwirte, der kleine Landwirt bringe die Kosten nicht zu tragen. Meine Frage an die Vertreter der Regierung, wer die Kosten zu tragen hat, ist bisher noch nicht beantwortet worden. Ich wiederhole sie daher und betone noch einmal: Wenn das Reich die Kosten trägt, wird hier eine Ausgabe von drei Millionen bewilligt zu derselben Zeit, wo Sie geradezu mit der Lupe nach neuen Steuern suchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch in § 2 ist wieder lediglich die Rede von Kennzeichen gemacht. Wie diese Kennzeichen sind, ist nicht näher bestimmt, wie sie festgestellt werden. Es muß also auch hier wieder gefragt werden, ob diese Kennzeichnung nicht einen schädlichen Einfluß auf die Qualität der Gerste ausübt. Auch auf diese Frage haben die Herren vom Bundesrat noch nicht geantwortet, und ich wiederhole sie daher ebenfalls. Das Gesetz ist unannehmbar, es ist geradezu ein Verbrechen an der kleinen Landwirtschaft und dem Handel. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor für Reichsschatzamt Kühn: Die Frage, ob ein ausreichendes Verfahren zur Kennzeichnung der Gerste existiert, ist in der Kommission eingehend behandelt worden. Was schließlich die Frage nach den Kosten betrifft, so ist sie dahin zu beantworten, daß das Reich sie trägt.

Damit schließt die Diskussion. § 2 wird angenommen und debattiert die folgenden Paragraphen.

§ 5 lautet: Das Gesetz tritt am 1. September 1909 in Kraft. Hierzu beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.), gleichzeitig mit diesem Gesetz die Aufhebung der Einfuhrsperre in Kraft treten zu lassen.

Abg. Dr. Sadekum (Soz.):

Den Herren Agrariern schien offenbar die Gelegenheit günstig zu sein, zwischen Für und Angel noch einen kleinen Extraprofit einzuhaken. Man hat ja aus den Zeitungen erfahren, daß heute morgen die Finanzminister der Einzelstaaten hier zusammengetreten sind, um die Eröffnungen der Führer der neuen Blockmehrheit für die Erbschaftsteuer entgegenzunehmen. (Sehr gut! links.) Was da herauskommen wird, weiß man im Augenblick noch nicht, vorläufig sind nur die Finanzminister wieder herangekommen! (Heiterkeit.) Den Führern des neuen Blocks schien offenbar die Weiterberatung der Finanzreform nicht tunlich, bevor irgendein Kompromiß zustande gebracht war. Daher wurde diese Beratung eingeschoben. Solange die Sitzung der Finanzminister dauert, gestatten Sie, daß auch Gegner dieses Gesetzes ihre Ansicht vortragen, in dem Augenblick aber, als die Finanzminister fertig waren mit ihren Beratungen oder diese mindestens einfließen, abgebrochen wurden, kam auch hier ein Schlussantrag!

Der Sinn dieser

ist weiter nichts als eine Verteuerung der Gerste und daß die Vorlage Gesetz werden wird, ist mir in hohem Maße wahrscheinlich, nachdem die Regierung sie für „unannehmbar“ erklärt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Um nun ein Gegengewicht gegen diese Belastung zu schaffen, beantragen meine Freunde, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes gleichzeitig die Einfuhrsperre aufzuheben, d. h. also: hinfort nicht mehr den volksschädlichen Export deutschen Getreides und die dadurch herbeigeführte künstliche Verteuerung des Getreides in Deutschland zu dulden. Wenn man heute uns etwa wieder wie neulich entgegenhalten sollte, der Zolltarif sei ein in sich geschlossenes Gefüge, aus dem man keinen Stein herausnehmen dürfe, so kann man bei dieser Gelegenheit mit diesem Argument nicht auf Erfolg rechnen, denn gerade die Leg Speck rüttelt ja an dem Gefüge unseres heutigen Zollwesens, und was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Das richtigste wäre freilich, sich mit dieser bescheidenen Forderung nicht zu begnügen, sondern eine Suspension der Getreidezölle vorzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls aber ersuche ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (Z.): Daß die kleinen Bauern und Arbeiter auf Verkauf von Futtermitteln angewiesen sind, gebe ich Herrn Stolte zu, und es wäre zu bedauern, wenn dieses Futtermittel verteuert würde. Aber ich glaube, daß Herr Stolte und Herr Dr. Sadekum trotz ihrer intimen Verbindung mit der Landwirtschaft (Heiterkeit rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten) sich in dieser Annahme irren.

Abg. Bassermann (natl.) erklärt, daß seine Freunde dem sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen können, da sie erst die von der Regierung in dieser Frage verlangte Denkschrift abwarten wollten.

Abg. Carstens (fr. Sp.) gibt dieselbe Erklärung für seine Freunde ab.

Der Antrag Albrecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, § 5 angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Hierauf wird das Elektrizitäts- und Gassteuergesetz nach dem Beschluß der Kommission ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die

Veratung des Anzeigensteuergesetzes.

Abg. Diez (Soz.):

Es ist festzustellen, daß die Belastung der einzelnen Zeitungen mit dieser Steuer 5000 M. ausmacht, wenn es ihnen nicht gelingt, die Steuer wenigstens zur Hälfte auf die Inserenten abzumwälzen. Es wird aber in den meisten Fällen nicht gelingen. Die Presse wird vielmehr die Steuer selbst tragen müssen. Es ist zugunsten, daß unsere Fachpresse in Deutschland im Aufblühen ist. Das ist aber auch notwendig, denn gerade sie ermöglicht den kleinen Fabrikanten und Gewerbetreibenden die Ueberricht auch über die neuesten Erfindungen. Sie erfüllt einen Kulturzweck zum Nutzen von Gewerbe, Handel und Industrie, und nun sollte hier für die Fachpresse eine Art Erdrosselungssteuer geschaffen werden. Mit Recht hat daher die Kommission die Anzeigensteuer glatt abgelehnt, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen. Wäre sie Gesetz geworden, so hätte die Steuer keineswegs den in der Vorlage angegebenen Betrag gebracht. Zweifellos wäre eine große Zahl von Betrieben gezwungen gewesen, den Betrieb einzustellen. Ich kann Sie nur bitten, sich dem Beschluß der Kommission anzuschließen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Arath (L.): Wir bedauern, daß der Entwurf lang- und langsam in den Delfus geschickt ist, ohne daß der Versuch gemacht

ist, ihn zu verbessern. Man versteht im Volke nicht, warum nicht wenigstens die Plakatssteuer angenommen ist.

Abg. Diez (Soz.): Die Plakatssteuer ist abgelehnt, weil die Regierung ausdrücklich erklärt hat, ohne die Inseratensteuer würde sie die Plakatssteuer nicht annehmen.

Abg. Wiener (fr. Sp.): Wegen die Plakatssteuer sprechen wichtige sachliche Bedenken, und sie ist daher mit Recht in den Delfus geworfen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Gesekentwurf wird in allen Teilen abgelehnt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichssteuergesetzes.

Abg. Graf v. Westarp (L. zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf gegenwärtig schwebende Verhandlungen beantrage ich die Ablegung dieses Punktes von der Tagesordnung. (Aha! links.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich protestiere gegen die Art, wie dem Volke das Fell über die Ohren gezogen werden soll. Gestern haben die Herren vom neuen Block die Minorität mit Hilfe von Wortklauberien verewaltigt.

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen nicht sagen, daß Parteien Wort klauen. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Singer (fortfahrend): Es besteht doch ein selbstamer Widerspruch in dem Verfahren der Herren von der Mehrheit. Wenn Sie in Ihren Beschlüssen mit der Regierung einig sind, kann Ihnen die Beratung nicht schnell genug gehen. Wenn Sie aber die Wünsche haben, von der Regierung noch etwas mehr für die Agrarier herauszuschlagen, so spielen ein paar Tage mehr bei Ihnen gar keine Rolle. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Art von Steuermaximierung kann gar nicht oft genug vor dem Volke gebrauchmarkt werden. (Lebhafte Weisfall links, Unruhe rechts.) Eine Situation wie die gegenwärtige ist im Reichstag noch nicht dagewesen. Selbst der Zolltarif hat nicht gewagt, in dieser Weise vorzugehen. Der Reichstag ist jetzt keine parlamentarische Körperschaft mehr, sondern einfach

eine Abstimmungsmaschine.

deren Mäder in jeder Minute geschmiert sind, um jederzeit in Funktion zu treten. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Von einer wirklichen Beratung ist gar keine Rede mehr. Ich möchte Ihnen einen anderen Vorschlag machen, nachdem festgestellt, daß nichts weiter in Frage kommt als der Umstand, daß die Agrarier des neuen Blocks von der Regierung gestützt nach Hause geschickt werden. Um das zu erreichen, wäre es besser, Sie sagten sich: wir wollen und einige Tage Zeit nehmen, und können dann wieder hierher und sagten: So! Jetzt sind wir fertig und wollen die Beschlüsse machen! (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.) Das gegenwärtige Schauspiel weiter fortzuführen, ist nach meiner Meinung durchaus unwürdig. Im Volke hat man schon lange die Meinung, daß hier die parlamentarischen Geschäfte in einer Art abgewidelt werden, die stark nach der

Moral der Rostkäufer

aussteht. (Wilder Lärm rechts, lebhafte Zustimmung links.)

Präsident Graf Stolberg: Dieser Ausdruck ist unzulässig.

Abg. Singer (Soz.): Ich glaube also, daß der Versuch, diesen Gegenstand jetzt von der Tagesordnung abzuweichen, keinen anderen Zweck hat, als daß die Herren von der Mehrheit inwischen mit der Regierung das fertig machen wollen (Erneuter großer Lärm rechts), was an die Stelle der von der Regierung abgelehnten Kottierungssteuer gesetzt werden soll. (Zurufe rechts.) Sie haben ja auch dafür schon den Namen „Lalonssteuer“ erfunden. Hierzu mußwirken hat die Minorität gar keine Veranlassung. Die Mehrheit kann sich gar nicht noch mehr distanzieren, als sie es nach ihrem Verfahren bereits getan hat. (Andauernder Lärm rechts, Zustimmung links.) Wenn die Steuermajorität aber im Volke noch niedriger eingeschätzt werden soll, als es jetzt schon der Fall ist, so fahren Sie nur so fort! Sehen Sie nur weiter irgend einen Punkt auf die Tagesordnung, dann, wenn Sie glauben, Sie können noch etwas herausdrücken, legen Sie ihn wieder ab und drücken Sie so dem Reichstag immer mehr den Stempel einer

Schacherstunde

auf. (Andauernder Lärm rechts und im Zentrum, lebhafte Zustimmung links.)

Präsident Graf Stolberg: Ich rufe den Abg. Singer wegen seiner letzten Aeußerung zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Der Antrag des Grafen Westarp wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Um den Herren Gelegenheit zu geben, noch mehr Zeit für ihre Handelsgeschäfte mit der Regierung zu haben, beantrage ich jetzt die Vertagung des Hauses. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Finanzgesetzes.

Die Beratung beginnt bei Artikel VI:

Besteuerung der Hündwaren.

Abg. Osann (natl.): Wir beantragen, die Schachteln statt mit 1/2, nur mit 1 Pf. zu besteuern. Dagegen wünschen wir den Zoll für Hündhölzer und Hündstäbchen aus Pappe von 20 M. auf 30 M. zu erhöhen, um unsere Fabrikanten gegen die Konkurrenz aus England und Belgien zu schützen. Wenn wir auch das ganze Gesetz ablehnen, hoffen wir doch, daß unsere Anregungen und Anträge auch von der Mehrheit angenommen werden. (Bravo! bei den Nationaliberalen.)

Abg. Barenhorst (Sp.): Wir stehen dem Gesekentwurf wohlwollend gegenüber; er wird das Publikum nicht schädigen, denn jetzt wird mit den Hündhölzern verhältnismäßig umgegangen. Den Antrag, den Zoll auf Hündhölzer und Hündstäbchen aus Pappe auf 30 Mark zu erhöhen, unterstützen wir.

Abg. Rommelen (fr. Sp.): Bisher haben wir irgend eine Erklärung der Regierung zu diesem Antrag der Mehrheit der Kommission noch nicht gehört. (Sehr richtig! links.) Es liegt noch keinerlei amtliche Begründung zu der Vorlage vor. In der Begründung des Grafen Westarp heißt es, der Konsumrückgang würde nur 25 Proz. betragen. Daß dabei eine große Anzahl Arbeiter brotlos werden und eine Reihe Fabriken zugrunde gehen, kümmert die Herren nicht. (Sehr gut! links.) Weiter spricht diese Begründung von einer Belastung von „nur“ 40 Pf. pro Kopf, 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung nur für Streichhölzer! Dabei sträuben sich die Bundesstaaten aufs Äußerste dagegen, 40 Pf. mehr Matrixalbeiträge pro Kopf zu erheben! Diese Hündhölzersteuer wird das beste Agitationsmittel für die Sozialdemokratie sein. (Bravo! links.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Soweit ich unterrichtet bin, werden die Verbündeten der Regierung gegen diese Steuer, wenn sie angenommen wird, nichts einzuwenden haben. (Hört! hört! und Gelächter links.) Eine Einschränkung der sachlichen Verwendung von Streichhölzern durch die Steuer wäre wohl außerdem am Plage. (Heiterkeit links.)

Abg. Schwarz (Soz.):

Die Vorlage ist durchaus volksschädlich, weil sie einen unentbehrlichen Haushaltsgegenstand, den jeder erwachsene Mensch in der Stadt wie auf dem Lande in der Tasche trägt, verteuert. Die Vorlage ist volksschädlich, weil sie einen Konsumrückgang zur Folge haben wird, der bedeutend größer sein wird, als 25 Proz. und unzweifelhaft die Entlassung von Hunderten von Arbeitern nach sich ziehen wird, noch dazu meist Frauen und Mädchen. Die Vorlage ist auch volksschädlich, weil sie der Bildung von Trusts und Syndikaten Vorschub leistet. Wir sollten uns schämen, daß wir mit unserem Volke in Deutschland soweit gekommen sind, daß wir uns nur noch mit der Besteuerung der Hündhölzer helfen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Normalzahl der Streichhölzer soll nach der Vorlage mit 1 1/2 Pf., d. h. mit 150 Proz. des Wertes besteuert werden. Das ist eine geradezu ungeheuerliche Besteuerung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Rechnet man

dazu, daß auch die Händler noch ihren Aufschlag nehmen werden, so muß man damit rechnen, daß die Schachtel Streichhölzer nicht mehr 1 Pf., sondern 3 Pf. kosten wird! Dabei ist schon vorgeesehen, daß auch die Taschenfeuerzeuge noch bedeutend verteuert werden sollen!

Es ist ausgeführt worden, daß die Streichhölzer zu billig sind. Ich habe das noch gar nicht gefunden. (Heiterkeit.) Denn ich muß zu meiner Schande bekennen, daß ich am Tage eine Schachtel voll brauche. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Ueber eins möchte ich von der Regierung Klärung haben: Ich vermute in dem Entwurf eine Bestimmung darüber, was man, wenn nun die Steuer in Kraft getreten ist, nachher mit der Druckware anfängt, ob man die bis 60 Stück sammelt, dann an der Steuererhebungsstelle abliefern und 1 1/2 Pf. zurückerlangen kann. (Heiterkeit.) Diese Bestimmung müßte unbedingt vorhanden sein, denn ich glaube doch nicht, daß sich das Deutsche Reich an Druckware bereichern (Heiterkeit) und für nicht brauchbare Ware eine Steuer verlangen will. Man kann doch von den Konsumenten nicht verlangen, daß sie sich beim Kaufen immer erst ansehen, was in den Schachteln drin ist. (Heiterkeit.)

Aus verschiedenen Zeitungen habe ich festgestellt, daß in Deutschland täglich sechs Streichhölzer pro Kopf gebraucht werden, in Belgien neun, in England acht und in Frankreich sechs. Genaue Feststellungen kann man nur bei Ländern machen, die heute schon ein Monopol oder Steuern haben. Es hat sich weiter gezeigt, daß in Deutschland schon vor einigen Jahren ein ganz bedeutender Rückgang im Konsum der Streichhölzer von 12 auf 6 stattgefunden hat. Das ist erklärlich infolge der zunehmenden Fabrikation von Taschenfeuerzeugen, Elektrizität und Gasleuchtendern und dergleichen mehr. Deshalb glaube ich, daß die Herren mit ihrem Steuersekretariat ins Wasser fallen. Ich bin überzeugt, daß, wenn man auf dem platten Lande eine so ungeheure Besteuerung des notwendigsten Gebrauchsgegenstandes vornehmen will, das auf die Vertreter der Majorität zurückfallen wird, die heute diesem Gesetz ihre Zustimmung geben. Wenn wir hochhaft sein wollten, könnten wir nur sagen: Immer zu auf diesem Wege, Sie leiten uns Wasser auf unsere Mühlen. Aber wir sind nicht hochhaft genug, um der minderbemittelten Bevölkerung eine so ungeheure Preissteigerung eines notwendigen Bedarfsartikels zu wünschen. Wir lehnen deshalb diesen ganzen Gesekentwurf mit den Anträgen ab. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sirr (Z.) wünscht, daß bei den Uebergangbestimmungen auf den Kleinhandel Rücksicht genommen und daß eine Differenzierung in der Steuer für Streichhölzer aus billigerem und besserem Holze eingeführt wird.

Abg. Dr. Müller-Meininger (fr. Sp.): Der Wortredner verlangt gewissermaßen eine Wertsteuer. Ob sie durchführbar ist, begreife ich; jedenfalls zeigt jene Rede, daß dem Zentrum, mit Rücksicht auf gewisse Kreise seiner Wähler, angst wird vor dieser Gesetzesmacherel. Es muß festgestellt werden, daß gerade das Zentrum es ist, das diese immens mittelstandsfeindliche Steuer in den Vordergrund geschoben hat. (Sehr wahr! links.) Herr Schwarz hat sehr geschickt mit den Milliarden von Streichhölzern operiert; vielleicht kommt er demnächst für das Reichsschatzamt in Betracht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wenn die Hündhölzersteuer die Brandsiftungen einschränken soll, so erwarten Sie wohl bei dem vorausgesetzten Konsumrückgang von 25 Proz. auch eine Einschränkung der Brandsiftungen um 25 Proz. (Große Heiterkeit.) Wenn man neben die 185 Milliarden jährlich verbrauchter Hündhölzer die Zahl derjenigen stellt, die eine Brandsiftung verursachen, so sieht man erst, was für ein ungefährliches Ding ein Hündholz ist. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Am 23. April 1909 hat der Reichstag eine Resolution angenommen, der Bundesrat möge geeignete Maßregeln ergreifen, um den durch das Verbot der Verwendung weihen Phosphors betroffenen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Was ist in dieser Richtung geschehen und wie soll für die Arbeiter gesorgt werden, die infolge dieses Gesetzes, von dem seine Urheber selbst einen Konsumrückgang von 25 Prozent erwarten, arbeitslos werden? Hier muß das Verhalten des Zentrums gebrandmarkt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Lande spielt es die Partei der Arbeiterfreunde. Aber seine ganze Sozialpolitik besteht nur darin, hinter uns herzulaufen und wenn wir einen Antrag einbringen, sofort einen abstoßenden einzubringen. Als wir beim Tabaksteuergesetz einen Antrag auf Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter einbrachten, schwächte das Zentrum ihn sofort ab. Hier erwarten Sie einen Rückgang der Produktion um 25 Proz., Sie wissen also, daß Tausende von Arbeitern brotlos werden, und zwar von den ärmsten und der Phosphorkonkurrenz ausgelegten Arbeitern! Wir haben hier keinen Entschädigungsantrag eingebracht, weil wir vor dem Lande zeigen wollten, wie sich das Zentrum benimmt. Wir wollten feststellen, daß das Zentrum bewußt arme Arbeiter arbeitslos macht und an eine Entschädigung gar nicht denkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem dieser Zweck erfüllt ist, stellen wir nunmehr den Antrag, daß die durch dieses Gesetz arbeitslos werdenden Arbeiter aus den Erträgen der Steuer entschädigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Zugleich beantragen wir hierüber namentliche Abstimmung.

Abg. Erzberger (Z.): Wir glauben für die mit Phosphor arbeitenden Arbeiter durch Einschränkung der Produktion besser zu sorgen. (Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Mollenhuth wird in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 142 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Pulslose bei den Sozialdemokraten.)

§ 1 des Gesetzes wird in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 165 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen sowie der Rest des Gesetzes debattiert.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag durch Hammelsprung mit 185 gegen 163 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Stolberg schlägt vor, die nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr anzusetzen.

Abg. Normann (L.) beantragt, die Sitzung schon auf 12 Uhr anzusetzen.

Abg. Singer (Soz.): Um 12 werden die Herren wohl noch nicht einig sein. (Sehr gut! links.) Außerdem hat die Budgetkommission die Beamtensoldenborlage zu erledigen.

Es wird beschlossen, die nächste Sitzung Mittwoch um 12 Uhr abzuhalten. (Finanzgesetz, Reichssteuergesetz, vorher kleinere Vorlagen.)

Der Maifelderfonds.

In der Nr. 40 der „Neuen Zeit“ schreibt Karl Rautsky:

Man muß zugeben, daß der Nürnberger Beschluß nicht sehr glücklich gefaßt ist, da er fordert, ein Tagesordnungsamt sei an die Partei- und Gewerkschaftskasse abzuliefern. Eine Kasse, die Partei- und Gewerkschaftskasse gleichzeitig wäre, gibt es nicht. Es müßte zum mindesten heißen: an die Partei- oder Gewerkschaftskasse. Im Interesse der Einheitslichkeit und der Kontrolle läge es aber, nur eine Kasse zu bezeichnen, an die der Tagesverdienst abzuliefern wäre, und zwar, da ein Parteibuch vorliegt, der die Parteigenossen bindet, wäre es am zweckmäßigsten, die Parteikasse dazu zu bestimmen. Sollten den Gewerkschaften aus der Parteikasse finanzielle Opfer erwachsen, steht es ja der Parteiorganisation frei, den Parteifonds zur Teilnahme an diesen Opfern heranzuziehen. Haben doch die Buchdrucker bei ihrem letzten großen Streik (1893) auch an die finanzielle Hilfe der Partei appelliert — mit Recht und mit Erfolg.

Es wäre vielleicht auch angebracht, den Zweck zu nennen, dem der Fonds zu dienen hat: in erster Linie wohl die Unterstützung der wegen der Arbeitsruhe Gemahregelten, in zweiter Linie, wenn solche nicht da sein sollten, zur Propaganda für die Idee der Maifester.

Wenn die Nürnberger Resolution über den Maifeierfonds in Leipzig nochmals zur Sprache kommen und angegriffen werden sollte, dann ließe sich über ihre bessere Fassung sicher reden.

Aber darum handelt es sich bei den meisten Genossen nicht, die sich gegen den Beschluß wenden. Nicht seine Fassung geniert sie, sondern seine Tendenz; sie wenden sich gegen jene nur, weil sie ihnen eine bequeme Handhabung zu bieten scheint, diese zu bekämpfen.

Und das ist in der ganzen betrüblichen Affäre der Maifeier in Deutschland vielleicht die betäubendste Erscheinung.

Man sollte meinen, daß es genügen müßte, die Parteigenossen, für die der Beschluß gilt, auf ihn aufmerksam zu machen, in welcher Form immer, um es jedem als eine Ehrensache, ja als eine einfache Forderung des Anstandes erscheinen zu lassen, ihm ohne Weigerung, ja freudig nachzukommen. Statt dessen erregt er so sehr die Entrüstung mancher Genossen, daß sie darob zum offenen Bruch der Parteidisziplin schreiten.

Aber freilich, sie suchen diesen Bruch durch höhere Interessen zu rechtfertigen. Nicht deshalb weigern sie sich, dem Parteitag-Beschluß nachzukommen, weil es ihnen nicht paßt, der Partei einen Beitrag abzuliefern, sondern deshalb, weil der Beschluß insofern unzulässig, undemokratisch ist, den Idealismus ertötet. Sie brechen die Parteidisziplin, weil ihnen die Logik, die Demokratie, die selbstlose Hingabe höher steht als ein Parteitag.

Es ist in der Tat nichts Erhebenderes denkbar. Die Verletzung der Konsequenz und der Demokratie soll darin liegen, daß der Beschluß ein Ausnahmengesetz für eine besondere Kategorie von Genossen darstellt, für diese ein ungleiches Recht bildet. Der Idealismus wird aber dadurch geschädigt, daß man durch Sammlung eines Fonds die Unterjüngungsfrage in den Vordergrund schiebt.

Es ist überflüssig, die ganze Besorgnis für die Selbstlosigkeit der anderen, die um der Betätigung ihrer Ueberzeugung willen auf Pflichten getrieben werden, zu kritisieren jenen Idealismus, der es erfordert, daß die dem Kampfe gemächlich Zusehenden jede Verpflichtung ablehnen, die Kämpfer und die Opfer des Kampfes zu unterstützen.

Aber ebenso windig sieht es mit der Gleichheit aus, für die die Gegner des Nürnberger Beschlusses so entschieden eintreten.

In Wirklichkeit wird nicht durch den Nürnberger Beschluß eine Ungleichheit geschaffen, sie ist vielmehr dort vorhanden, wo er nicht durchgeführt wird.

Am 1. Mai haben wir drei Kategorien von Genossen. Erstens solche, die feiern, ihren Tagesverdienst opfern und noch die Gefahr einer Maßregelung auf sich nehmen — um der großen Idee willen, für die durch die Maifeier demonstriert wird. Dann solche, die aus Furchtsamkeit oder wegen unüberwindlicher Hindernisse nicht feiern. Endlich jene, die für uns hier in Frage kommen, die feiern, aber ihren Lohn fortbezogen.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese dritte Kategorie nicht durch den Nürnberger Beschluß in eine Ausnahmestellung versetzt wird, sondern ohne ihn von vornherein sich in einer solchen befindet. Vor den anderen Feiernden haben die Angehörigen dieser Kategorie den Bezug ihres Lohnes vorzuziehen, vor den Nichtfeiernden den Genuß des freien Tages. Diese dritte Kategorie befindet sich am 1. Mai in einer privilegierten Stellung, sie steht besser da als alle anderen Arbeiter. Die Maifeier bietet ihnen, und nur ihnen, bloß Vorteile ohne irgendwelchen Nachteil.

Der Nürnberger Beschluß schafft keine Ungleichheit, sondern beseitigt eine, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, wenn er fordert, daß die Feiernden der dritten Kategorie ebensogut wie alle anderen Feiernden an diesem Tage keinen Lohn für sich behalten. Die dritte Kategorie kommt dabei immer noch besser weg als viele der anderen Feiernden, weil sie nicht das geringste Risiko einer Maßregelung oder Scharfenerkung wegen des Feierns läuft.

Mit dem Protest gegen die Ungleichheit ist also hier kein Staat zu machen.

In der Verlegenheit rettet man sich zu einem anderen Argument; der Beschluß schaffe einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft. Ein solcher Gegensatz könnte aber in Wirklichkeit durch den Nürnberger Beschluß nur dann entstehen, wenn eine Gewerkschaft der Arbeitssuche am 1. Mai unter allen Umständen, auch dort, wo sie ohne jede Schädigung durchführbar ist, feindselig gegenüberstände. Woher sollte denn sonst daraus ein Gegensatz kommen?

Wir werden auf die Buchdrucker hingewiesen, die „laut Tarif für angeordnete Feiertage den Lohn zu verlangen haben“.

Darauf ist zu bemerken, daß der Beschluß durchaus nicht hindert, daß die Buchdrucker ihren Lohn verlangen und beziehen. Er verlangt nicht, daß die betreffenden Betriebe den entfallenden Tagelohn für sich behalten. Er zeigt bloß, was die feiernden Parteigenossen mit dem Lohne anfangen sollen, den sie bezogen haben, oder vielmehr, um ganz genau zu sein, er verlangt von den betreffenden Genossen eine Besteuerung in der Höhe eines Tagesverdienstes. Woher sie diese Besteuerung nehmen, ob vom Lohne des 1. Mai oder eines des 1. April, das ist der Partei gleich.

In der Verwendung des bezogenen Lohnes hat sich aber kein Tarif einzumischen. Auch der Buchdrucker tarif verbietet bis jetzt noch nicht, daß die Buchdrucker den empfangenen Lohn für Parteizwecke verwenden. Reghäuser mag ja darin eine Schädigung des Verbandes erblicken.

In dem Hinweis auf den Buchdrucker tarif bekundet indes noch eines: der Hinweis auf den „angeordneten“, offenbar „vom Geschäft angeordneten“ Feiertag. Seit wann gehört der 1. Mai zu den „angeordneten“, also von den Unternehmern den Arbeitern verordneten Feiertagen? Soweit er ein Feiertag ist, haben ihn die Arbeiter genommen, die Arbeiter verlangen ihn und haben ihn auf Parteibeschluß überall zu verlangen, wo seine Durchführung ohne schwere Schädigung der Bewegung möglich ist.

Was soll es da heißen, daß die Feiertage des 1. Mai in jenen Betrieben, die sie abgelehnt haben und dabei den entfallenden Tagelohn bezogen, als eine von oben „angeordnete“, den Arbeitern aufzuzwingende betrachtet wird?

Worauf läuft aber die Weigerung der Feiernden hinaus, den Tagelohn an eine Partei- oder Gewerkschaftskasse abzuliefern? Wie die Dinge in Deutschland liegen, sind es wohl ausschließlich Betriebe der Partei oder der Gewerkschaften — Kontore, Redaktionen, Druckereien, Buchhandlungen — oder Betriebe im Besitz von Parteigenossen und seien es einzelne oder Genossenschaften —, die feiern und auch Lohn zahlen. Die Weigerung, diesen Lohn der Partei oder Gewerkschaft zur Verfügung zu stellen, läuft also schließlich auf die Forderung hinaus, die Partei oder die Gewerkschaften oder einzelne Parteigenossen sollten ihren Angestellten die Teilnahme an einer allgemeinen Demonstration bezahlen, die andere Arbeiter unter Preisgabe ihres Tagelohnes, oft unter noch größeren Opfern, betätigen.

Besonders erhebt sich diese Weigerung dann, wenn es Vertrauensmänner des Proletariats, Vorkämpfer sind, die für sich das Recht auf Bezahlung ihrer Demonstration durch Organisationen des Proletariats in Anspruch nehmen.

In der Tat, wer es fertig bringt, um einer dextartigen Forderung willen einen Parteitag-Beschluß zu brechen, der begeugt, daß ihm die elementarsten Bedingungen abgehen, die erforderlich sind für die wirksame Bekämpfung eines Vertrauenssamtes im Dienste des kämpfenden Proletariats.

Aus Industrie und Handel.

Helden der Selbstlosigkeit.

Das führende Agrarierblatt findet erneut Veranlassung, selbstlos nationale Interessen zu vertreten. Weil während der Verhandlungen über die Reorganisation des Reichsausschusses einige Werke freihändig bedeutende Abschlässe mit ausländischen Abnehmern vollzogen haben, wird ein Kalkulationszoll verlangt. Nicht gemüßwillig schreibt das Blatt:

Einige gewinnthätige Werke haben die kleine Spanne Zeit, die ihnen in der vierteljährigen Pause in den Erneuerungsver-

handlungen nach Mitternacht zur Verfügung stand, dazu benutzt, außerordentlich große, langer Hand für diese Minute vorbereitete Verkäufe nach dem Auslande zu machen. . . Die Regierungen täten daher gut, schon jetzt ihr Augenmerk auf die möglicherweise zum Schutze der heimischen Bodenschätze notwendig werdende Einführung eines Kalkulationszolls zu richten!

Diese Sorge für die heimischen Schätze wirkt geradezu lähmend. Um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Agrarier — deutsches Getreide in das Ausland werfen, natürlich nicht aus Gewinnlust, sondern nur, um mit der Ausfuhrprämie die Reichskasse zu plündern, damit sie erwünschte Gelegenheiten bekommen, das nach neuen Steuern hungernde Volk mit noch weiteren indirekten Abgaben zu bepaden. Daß ein Kalkulationszoll, genau so wie ein Kohlenausfuhrzoll, dem direkten Interesse der Junker dient, ist selbstverständlich reiner Zufall, aber beileibe nicht das Motiv des Antrages. Die Agrarier schätzen ja auch das nationale Schwein nicht, damit die Preise steigen, sondern nur aus Sorge um die Gesundheit des armen Mannes. Aber auf der pfäfflich-junkerlichen Politik ruht offenbar der Segen Gottes, denn alles was die feudale-meritale Herrschaft aus „idealen“ Gründen zum Wohle der Nation unternimmt, hat immer die eigenartige materielle Wirkung: die Tischen der arbeitenden Bevölkerung werden leer, die der Wohlthäter mehr und mehr gefüllt! Und darum wird man von dieser Seite noch mehr Proben selbstlosen Heldentums zu kosten bekommen.

Grundstückspekulationen. Unter der Firma Friedrichseld-Lichtenberg Terrain-Aktiengesellschaft zu Berlin ist eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Hauptgründer ist der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, der Grundbesitz im Preise von 2.830.648 M. in die Gesellschaft einbringt, ebenso Hypotheken im Werte von 236.874 M. Wenn nachher die Gesellschaft nur normale Ausbeuten verteilt, dann werden gewisse Schlaumeier daraus folgern — für die Dummen — bei den Grundstückspekulationen sei nicht viel zu holen. Daß die Bank bei der Preisfestlegung des von ihr eingebrachten Terrains das Hauptgeschäft macht, davon erzählt man natürlich nichts.

Nahrungsmittelaufwand.

Berechnen wir für 55 deutsche Städte mit einer Gesamtbevölkerung von 10,6 Millionen Menschen nach den amtlichen Preisermittlungen für den Detailverkehr und auf der Basis der Nahrungsmittelration des deutschen Marinesoldaten den wöchentlichen Kostenbetrag für die Ernährung einer vierköpfigen Familie, so erhalten wir für die einzelnen Monate des laufenden Jahres nachstehende Generalstandardziffer in Mark:

Januar	Februar	März	April	Mai
22,46	22,87	22,47	22,59	22,87

Nach einer Ermäßigung im Februar setzte der Aufstieg im April ein und machte im Mai einen nennenswerten Fortschritt. Von April auf Mai beträgt der Aufschlag 0,28 M., von Januar auf Mai aber schon 0,41. Das sind 1,23 Proz. Steigerung gegen April und beinahe 2 Proz. gegen Januar. Im Mai ist es aber ganz deutlich die Erhöhung der Brot- und Mehlpreise, die die Steigerung des Aufwandes für Nahrungsmittel herbeiführt hat. Nur teilweise hat auch die Steigerung des Preises für Rindfleisch verteuern auf die Kosten der Ernährung eingewirkt.

Entwicklung der Braunkohlenindustrie. Ein Bild von der Entwicklung der Braunkohlenindustrie bietet der letzte Bericht des Braunkohlen-Erziehungsvereins, Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Köln, dessen Geschäftsjahr am 1. April schließt. Aus den Angaben entnehmen wir, daß der Absatz, der im Jahre 1902/03 erst 1.821.424 Tonnen betrug, im Jahre 1906/07 auf 2.435.986 Tonnen, im nächsten Jahre auf 2.820.978 Tonnen angewachsen war und im Reizjahre 1908/09 sogar weiter stieg und zwar auf 3.148.188 Tonnen. Der Auslandsverkauf ist seit 1906/07 von 378.608 Tonnen auf 424.111 Tonnen hinausgegangen.

Gründungen im Terraingeschäft. Im ersten Halbjahre 1909 wurden 853 neue Bau- und Terraingesellschaften in das Handelsregister eingetragen. Im ersten Semester 1908 waren es nur 235, in derselben Zeit 1907 sogar nur 159 und 1906 endlich nicht mehr als 110 gewesen. Es fehlt also nicht viel, daß die Zahl der neuen Bau- und Terraingesellschaften sich gegen damals verdreifacht hat. Vor allem ist die Zahl der neuen Gesellschaften m. b. H. gestiegen; es wurden im ersten Semester dieses Jahres 370 neue Bau- und Terraingesellschaften in der Form von Gesellschaften m. b. H. gegründet. Im Durchschnitt kam auf eine Terraingesellschaft m. b. H. in diesem Jahre ein Stammkapital von 60.000 M., während das durchschnittliche Stammkapital im Jahre 1908 124.000 M., also mehr als doppelt so viel betragen hatte. Bei den neu gegründeten Aktiengesellschaften im Bau- und Terrainwesen dagegen übersteigt das in diesem Jahre zu Neugründungen angeforderte Kapital das Vorjahr bei weitem; es wurden nämlich im ersten Semester 18 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 14,33 Millionen Mark neu gegründet gegen nur 2 Gesellschaften mit einem Aktientapital von 6,8 Millionen im ersten Semester 1908. 1907 hatte das in neuen Aktiengesellschaften investierte Kapital 5,87, 1906 3,56 Millionen Mark betragen.

Soziales.

Sozialdemokratie und Schulvorstand.

Der Steinfelder Ernst Dedow, welcher schon seit fünf Jahren Gemeindevorsteher in Richendorf ist, wurde im Frühjahr 1908 von der Gemeindevorstellung einstimmig in den Schulvorstand von Richendorf gewählt. Er wurde auch bestätigt. Er übte dieses Amt etwa 1/2 Jahr hindurch aus, bis ihn plötzlich durch Verfügung vom 28. November 1908 die Regierung in Potsdam von der Zugehörigkeit zum Schulvorstande ausschloß, weil er einer den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckenden Partei angehöre und sich dadurch des Vertrauens unwürdig gemacht habe, welches die Zugehörigkeit zu einem Schulvorstande erfordere, dessen vornehmste Aufgabe die Pflege einer vaterländischen und gottesfürchtigen Bestimmung innerhalb der Schuljugend sein solle.

Dedow erhob gegen diese Verfügung Klage im Verwaltungsverfahren. Er beantragte bei dem Kreis-Ausschuß des Kreises Zauch-Belzig die Aufhebung der angefochtenen Verfügung. Er bekannte sich offen zur sozialdemokratischen Partei, bestritt aber, daß ein Angehöriger der Sozialdemokratie ungeeignet sei, einem Schulvorstande anzugehören.

Der Kreis-Ausschuß wies die Klage ab, indem er erklärte: Die Sozialdemokratie ist, was offenkundig sei, nicht auf dem Boden der Liebe zum angestammten Herrscherhause. Sie pflege auch nicht vaterländische Gesinnung und Religion. Ihre Mitglieder seien nicht geeignet, einem Schulvorstande anzugehören, weil von ihnen eine Förderung der dem Schulvorstande zufallenden Aufgaben nicht erwartet werden könne, vielmehr befürchtet werden müsse, daß sie das Amt dazu benutzen würden, ihren parteipolitischen Zwecken zu dienen und so zum Schaden des Staates zu wirken.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung vor dem Bezirks-Ausschuß in Potsdam rügte Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter Dedows in erster Linie, daß Artikel 4 der preussischen Verfassung, nach der alle Preußen vor dem Gesetze gleich seien, verletzt würde, wenn der Bezirks-Ausschuß sich auf den Standpunkt des Kreis-Ausschusses stellen würde. Die politische Betätigung sozialdemokratischer Ansichten sei ebenso gestattet, wie die Befolgung zu anderen politischen Parteien, da nach

dem Falle des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Partei als gleichberechtigte Partei angesehen werden müsse. Die sozialdemokratische Partei erstrebe allerdings die Umgestaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, aber auch die anderen Parteien seien bestrebt, den Staat in ihrem Sinne umzugestalten. Selbst Fürst Bülow habe bei den Beratungen der Reichsfinanzreform erklärt, daß er bereit sei, mit der äußersten Linken zusammenzuarbeiten, und es sei daher unverständlich, wenn die Potsdamer Regierung jeden Sozialdemokraten sogar schon von der Mitwirkung im Schulvorstande ausschließen wolle. In den letzten Jahren bemühe man sich mehr und mehr, Arbeiter zu Schöpfen und Beschäftigten heranzuziehen; in anderen Staaten seien Sozialdemokraten sogar Minister und in Preußen sollten sie nicht einmal Mitglieder des Schulvorstandes sein? In diesem Falle sei der Standpunkt des Kreis-Ausschusses um so weniger haltbar, als der Kläger schon 1/2 Jahr Mitglied des Schulvorstandes war, ohne sein Amt zu parteipolitischen Zwecken auszunutzen, als er ferner sogar mit Zustimmung des Gemeindevorstehers zum Schulvorstandsmitglied gewählt worden sei, und vor allem auch deshalb weil Dedow der einzige gewesen sei, der im Schulvorstand für das Verlangen der Potsdamer Regierung eingetreten sei, einen dritten Lehrer in Richendorf einzustellen.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses richtete an den Kläger die Frage, ob er der evangelischen Religionsgemeinschaft angehöre, ob er seine Kinder habe taufen lassen, ob er sie am Religionsunterricht teilnehmen lasse und ob er selbst kirchlich getraut sei. Alle diese Fragen konnte Dedow bejahen. Trotzdem wurde die Berufung zurückgewiesen. Eine Begründung wurde dem Urteil nicht gegeben, sondern auf die schriftliche Ausfertigung des Urteils verwiesen.

Die Abhebung des Dedow von seinem Amt im Schulvorstand ist eine nicht minder starke Verletzung der Selbstverwaltung wie des Grundgesetzes der Gleichberechtigung in der Verfassung, die zu halten dieselben Beamten geschworen haben, die diese rechtswidrige Maßregel der Potsdamer Regierung billigten. Fühlen die Herren, die so durch Verwaltungsmaßnahmen die Sozialdemokratie außerhalb des Gesetzes stellen, nicht, daß sie damit als Voraussetzung für ihr eigenes Wirken und das der Mitglieder der Selbstverwaltungskörper Gesinnungslosigkeit proklamieren?

Der Reichsverband deutscher Ärzte gegen den Deutschen Kerztage.

Der kürzlich ins Leben getretene Reichsverband deutscher Ärzte erklärt angesichts der Verhandlungen des Deutschen Kerztages in Lübeck eine Erklärung, die deshalb bemerkenswert erscheint, weil darin kommt zum Ausdruck, daß die volle Einmütigkeit der deutschen Ärzteschaft in dieser Frage nicht vorhanden ist. Die Erklärung lautet:

„Entgegen der Darstellung des Lübecker Kerztages, daß die ganze deutsche Ärzteschaft in der Billigung seiner Beschlüsse einig sei, muß erneut und mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß dies keineswegs der Fall ist.“

In Uebereinstimmung mit dem vom Reichsverband deutscher Ärzte aufgestellten Programm lehnen wir die Kerztage nach wie vor die gesetzliche Einführung der sogenannten freien Arztwahl ab, woran aber der Kerztage trotz aller Verlautbarungen unentwegt festhält. Einen Generalsynodus sämtlicher Krankenkassen mißbilligen diese differenzierenden Kerzte grundständig, weil sie ihn unter allen Umständen für ein des Kerztages unwürdiges Kampfmittel halten. Den vom Kerztage empfohlenen Weg müssen wir natürlich um so entschiedener verwerfen, weil er im menschlichen nur dem Erzwingen des gedachten Arztsystems dienen soll.

In der Reichsregierung schweben Erwägungen darüber, ob auf den vor 1882 bestandenen Zustand zurückgegriffen werden soll, an Stelle ärztlicher Behandlung doppeltes Krankengeld zu gewähren oder ob ein Kurierzwang eingeführt werden soll. Das letztere ist im Interesse der Kranken vorzuziehen. Etwas Ähnliches besteht in dem Zwang der Rechtsanwältel, Parteien, denen das Armenrecht bewilligt ist, oder die keine Vertretung finden, zu vertreten. Der auf Grund des Armenrechts beigeordnete Anwalt muß seine Tätigkeit sogar unentgeltlich ausüben.

Eine Mutterschaftskasse.

Ist in Karlsruhe i. B. von einer Gesellschaft gegründet worden, in der auch Arbeitervertreter sitzen. Der Zweck der Kasse ist Schutze der Mutter bei der Entbindung, durch Gewährung von kleinen Geldprämien und Ausdehnung des Stillens. Die der Krankenkasse angehörenden Frauen erhalten bei einem Monatsbeitrag von 50 Pf. im Falle einer Entbindung nach einjähriger Mitgliedschaft 20 M., nach 2 Jahren 30 M., nach 3 Jahren 40 M. Bei Zwillingsgeburten erhält die Wöchnerin einen Zuschlag von 10 M. Rücker, die sechs Wochen stillen, bekommen 3 M.; die 3 Monate stillen 6 M. Die badische Landesversicherungsanstalt hat 100 M. als erste Rate, der Karlsruher Stadtrat 1000 M. geschenkt. Die Einrichtung ist hauptsächlich für jene Frauen geschaffen, die nicht in Fabriken oder sonstwie gewerblich tätig sind, bei vorkommender Entbindung aber finanzielle Hilfe sehr gut gebrauchen können; kann sich die Mutter schonen, ist zur Verhütung der vielen Unterleibsleiden schon etwas getan. Natürlich können auch sonst beschäftigte und versicherungspflichtige Frauen der Kasse beitreten, wenn das Gesamteinkommen der Familie 3000 M. nicht übersteigt. Das Unternehmen ist auf Karlsruhe beschränkt.

Som Rationenstellen.

Kürzlich hatte sich das Kaufmannsgericht aus Anlaß einer Klage der W.ichen Eheleute gegen das Spezial-Einrichtungshaus kompletter Zigarren-Geschäfte „Tabaco“, G. m. b. H., wieder mit Engagementverträge zu beschaffigen, wie sie von den Unternehmern der Art der W.ilagten leider noch häufig genug abgeschlossen werden, weil diejenigen, auf die dabei spekuliert wird, nun einmal nicht alle werden wollen. Das Unternehmen der Gesellschaft wird von dem Kaufmann J. Barinisch in der Mendelssohnstr. 5 geführt.

Durch einen mit den Klägern am 21. Februar abgeschlossenen Vertrag wurde ihnen die Leitung einer Filiale, die erst am 1. April eröffnet und auf Rechnung der Gesellschaft betrieben werden sollte, übertragen. Dafür hinterlegten die Kläger beim Vertragsabschluss eine Kaution von 600 M. Als am 1. April die Filiale nicht eröffnet wurde und auf wiederholte Anfragen die Kläger eine zufriedenstellende Mitteilung nicht erhielten, wurden sie erst gewahrt, daß ihnen durch den verlodenden Engagementsvertrag kein Vorteil zugefallen sei, sondern, daß sie im Gegenteil um die gefestete Kaution fürchten mußten. Am 20. April, als die Filiale noch immer nicht eröffnet war, erklärten sie der Gesellschaft ihren Austritt vom Vertrage. Die Kaution war aber nicht ohne weiteres zu erhalten. Es mußte das Gericht in Anspruch genommen werden. Da sich nun die besagte Gesellschaft als äußerst zweifelhaft gezeigt hatte, wurde die Klage gleichzeitig gegen die einzelnen Gesellschaftler: Barinisch, Steinborn, Friedrich und Frau Simonson gerichtet. Die Sache endete schließlich mit einem Vergleich, nach dem den Klägern die Kaution zurückgezahlt werden soll, diese aber innerhalb fünf Tagen nach erfolgter Zahlung die ihnen überlassene Wohnung zu räumen oder aber eine Vertragsstrafe von 100 M. zu zahlen haben.

Amthlicher Marktbericht der holländischen Marktballen-Direktion über den Grobhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zucker genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Kuhzucht mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zucht mäßig, Geschäft schleppend, Preise behauptet. Fische: Zucht mäßig, Geschäft reger, Preise für flüssigkeitsbetrieblend, für Gerichte wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zucht genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Vom Elend der Ziegeleiarbeiter.

Das fast völlige Daniederliegen des Baumarktes in Deutschland hatte zur Folge, daß der Absatz an Ziegelfabrikaten um ein Bedeutendes zurückging. So wurden viele Betriebe gezwungen, ihre Produktion einzuschränken und die Zahl ihrer Arbeiter zu vermindern, andere Unternehmer stellten den Betrieb überhaupt ein. So meldet uns der neueste Bericht der Ziegelei-Verufsgenossenschaft über das Geschäftsjahr 1908. Die armen Ziegeleiarbeiter haben natürlich in erster Linie die Zeche zahlen müssen. Im Jahre 1907 waren noch 11 692 Betriebe mit 293 072 Arbeiter versichert, im Jahre 1908 dagegen nur noch 11 561 Betriebe mit 277 907 Arbeitern. Am Schlusse des Berichtsjahres war der Bestand an Betrieben um weitere 233 zurückgegangen. Gegen das Jahr 1907 wurden also 16 175 Arbeiter weniger beschäftigt.

Dies hatte ein beträchtliches Sinken der herausgabten Lohnsummen, wie der Bericht selbst bestätigt, zur Folge. Rechnet man die angeführten Lohnsummen pro Kopf der beschäftigten Arbeiter aus, so ergibt sich ein Durchschnittslohn von 713 M. im Jahre 1907, 669 M. im Jahre 1908. Die Löhne sind also tatsächlich ganz beträchtlich gesunken, unter 700 M. pro Kopf und Jahr schon herunter gegangen. Zieht man in Betracht, daß auch der allgemeine Arbeitsmarkt sehr ungünstig war, so wird man das Elend der Ziegeleiarbeiter begreifen.

Die Zahl der Unfälle ist entsprechend der Beschäftigung auch etwas zurückgegangen und betrug im Berichtsjahre: 6464 gegen 7073 im Jahre 1907.

Man wird nun bei der Berechnung der Löhne einwenden, daß die Ziegeleien nur einige Monate im Jahre in Betrieb sich befinden, im Winter ganz stille stehen. Ein Blick auf die Statistik der Unfälle beweist uns aber, daß wohl im Sommer naturgemäß die größte Produktion stattfindet, im Winterhalbjahre aber auch nach den Unfallziffern weiter gearbeitet wird.

Welchen Anteil die Krankenlasten an der Heilung der Unfälle haben, zeigt uns die Zusammenstellung des Berichtes:

Von den angemeldeten 6464 Unfällen haben ihre Erledigung gefunden: 1. durch Heilung innerhalb der ersten dreizehn Wochen 3806, 2. durch Entschädigungsfeststellung 1479, 3. durch Ablehnung der erhobenen Ansprüche 785 Fälle, im ganzen 6150 Fälle.

Die Verhandlungen oder Heilprozesse waren noch nicht abgeschlossen in 305 Fällen, entschädigt wurden 1824 Unfälle, das ist 28 Proz. der gemeldeten Fälle. Die Statistik über die Ursachen dieser Unfälle ist etwas objektiver als die der übrigen Berufsgenossenschaften, die schlankweg alle Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen suchen. Es wird angeführt, daß 1025 dieser Unfälle auf insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen zurückzuführen waren, 102 auf mangelhafte Betriebseinrichtungen, 348 auf Unachtsamkeit der Arbeiter usw.

Riemlich deutlich werden die Auffassungen der Berufsgenossenschaft in ihren Schilderungen der Arbeitsverhältnisse in unseren modernen Ziegeleien, und lassen wir der Einfachheit halber ihre bezüglichen Ausführungen folgen. Großbetriebe seien im allgemeinen im Unfallschutz voran, zumal die dort beschäftigten Ingenieure sich ebenfalls mit der Konstruktion und Anbringung geeigneter Schutzvorrichtungen befassen.

Am häufigsten geben die mittleren Betriebe zu Klagen Anlaß. Hier wirkt vor allem das Affordwesen un günstig auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. Vielfach wurde in Tongruben, in denen die Arbeiter das Tongruben in Afford übernehmen hatten, unvorschriftsmäßiger Abbau angetroffen. Um sich die Arbeit zu erleichtern, lassen die Arbeiter jede Gefahr außer acht und bringen die Grabenwände durch Unterhöhlen oder unvorschriftsmäßiges Abteufen zu Fall. Der Ziegeleimeister, der meistens auch die Aufsicht in der Gräberei hat, verbietet wohl diesen Abbau, sobald er jedoch den Rücken gewandt hat, wird die gefährliche Arbeitsweise fortgesetzt. In vielen Fällen hat der Ziegeleimeister die ganze Herstellung der Ziegel in Afford übernommen. Dann hat auch er ein persönliches Interesse daran, daß viel geschafft wird, und er kümmert sich wenig darum, ob die oft als lästig empfundenen Vorschriften befolgt werden. Unternehmer kleiner Betriebe wollen häufig die Notwendigkeit von Schutzvorrichtungen in ihren Betrieben nicht anerkennen, mit dem Hinweis darauf, daß seit Jahren kein Unfall bei ihnen vorgekommen sei. Bei den wenigen beschäftigten Arbeitern kommen Unfälle zwar absolut in geringerer Anzahl vor, verhältnismäßig aber ebenso häufig als in großen Betrieben. Weit verbreitet ist bei diesen Unternehmern die irrtümliche Ansicht, daß sie die Rentenlast der Unfälle aus Großbetrieben zu tragen hätten.

Gefragt wird auch, daß viele Arbeiter, um Bequemlichkeit, Vorteil und Erleichterung zu haben, gegen die gegebenen Anweisungen auch handeln und angebrachte Schutzvorrichtungen entfernen. Stark übertrieben und die Energie der armen Ziegeleiarbeiter überschätzend aber sind folgende Ausführungen:

Die Unternehmer stellen den Arbeitern hier machtlos gegenüber. Bei den geringsten Vorkäufen oder bei der Verhängung von den in der Arbeitsordnung angeordneten Strafen legen jene die Arbeit nieder. Der Verlust von Arbeitskräften ist aber bei dem großen Arbeitermangel auf dem Lande, vor allem in den von größeren Städten entfernt liegenden Betrieben schwer zu ersetzen.

Wir wollten, es wäre so, wie der Beamte hier berichtet, daß sich die armen Ziegeleiarbeiter endlich auf ihre Klassenlage besonnen hätten und empfindlicher geworden wären. Leider ist aber das Gegenteil der Fall, und hätten die Beamten nicht so sehr auf die faulen Ausreden des Unternehmertums Wert legen sollen, wenn sie Entschuldigungen für ihre Betriebe vorbrachten. Sie haben sich ja sonst nicht täuschen lassen, sobald sie sich selbst von den Umständen überzeugen konnten, denn sie berichten über die Wohnungsverhältnisse der armen Ziegeleiarbeiter, vor denen sich die „günstigsten“ Unternehmer so „fürchten“, wie folgt:

Von anderen Mängeln, die nicht die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften betreffen, aber auch häufig angetroffen wurden, ist der unsaubere Zustand der Schlaf- und Schlafräume zu erwähnen. Behältnisse für Kleider wurden nur selten angetroffen, meistens hingen die Sachen frei an den Wänden des Schlafrumes umher. Die Betten waren oft nicht geordnet und die Fenster auch an warmen Sommerlagen meistens geschlossen, so daß ein unangenehmer Geruch in den Räumen herrschte. Die meist getrennt liegenden Wohnräume der Meister machen hiervon keine Ausnahme. Auch hier lagen die Betten manchmal am Nachmittage noch ebenso, wie sie morgens verlassen waren, und auf den Tischen lagen Speisereste, Eierhälften und dergleichen umher. In einem Betriebe nahmen polnische Arbeiter kein warmes Mittagbrot zu sich, weil ihnen der vom Meister geforderte Preis von 40 Pf. zu hoch erschien. Diefelben Arbeiter wurden in der Tongrube dabei betrogen, wie sie das angejamerte gelbe Schmutzwasser in Flaschen füllten und tranken. Vielfach ist auch beobachtet worden, daß in größeren Betrieben mit guten Unterkunftsbedingungen, Hochgelegenen, guten Bänken und Tischen die Arbeiter diese Einrichtungen nicht benutzen, weil sie Widerwillen gegen gemeinschaftliche Aufenthaltsräume empfinden. Lieber legen sie sich oben auf dem Ringofen auf Brettern zum Mittagesseln nieder, oder man findet sie während der Betriebspausen in den zugigen Trodenhuppen liegen. In einem Betriebe hielten Arbeiterinnen ihren Mittagsschlaf oben auf den Etagenwägen. Auch über die Nachlässigkeit gegen den Brauch des Zusammenwohnens weiblicher Personen in einem Bett wurde stellenweise Klage geführt.

In Ziegeleibetrieben finden jugendliche und weibliche Arbeiter vielfach Verwendung. Die Beschäftigung an gefährlichen Maschinen oder mit besonders gefährlichen Arbeiten wurde aber nur in ganz vereinzelten Fällen beobachtet. So wurden in Sand- und Kiesgruben, sowie beim Arbeiten im Ringofen weiblichen Frauen oder jugendliche Arbeiter angetroffen. Auch zum Verschicken des obersten Walzwerkes wurden in einem Betriebe Frauen verwendet.

Gesundheitsbeschädigungen wurden bei Arbeitern festgestellt, die längere Zeit im Entwicklungsraum von Aethylengasapparaten gearbeitet hatten. Die Wirkung des Einatmens von Gas stellte sich erst nach dem Verlassen des Raumes in der freien Luft ein und äußerte sich in langandauernden Ohnmachten und Gehör- schwächung in der Folgezeit. Die zur ausgiebigen Lüftung des Entwicklungsraumes angeordneten Öffnungen werden meistens bei eintretendem Frost zugestellt, damit ein Einfrieren der Apparate vermieden wird. Heizung mit Dampf läßt sich oft nicht durchführen, solche mit offenem Feuer ist wegen Brand- und Explosions- gefahr nicht zulässig.

Die Versicherten verhalten sich meistens gleichgültig, wenn nicht gar ablehnend gegen die getroffenen Schutzmaßnahmen. Es wäre sonst nicht möglich, daß ein großer Prozentsatz der Unfälle auf Fahrlässigkeit und groben Reichtum, ein anderer Teil auf Entfernung von Schutzvorrichtungen zurückgeführt werden kann. Hierbei sind ausländische Arbeiter besonders beteiligt. Ein großer Teil der Verantwortung fällt aber auch auf solche Meister, Aufseher und Vorarbeiter zurück, die bei der Beaufsichtigung der ihnen unterstellten Versicherten ihre Pflicht vernachlässigen. Es wurde sehr häufig beobachtet, daß Arbeiter wiederholt Gleiswagen ohne sicheren Stand sogar auf abschüssigem Gelände zur Mitfahrt benutzten. Auch wurden sie häufig beim Reinigen, Putzen und Schmieren bewegter Maschinenteile überfahren. Oft griffen sie mit den Händen in rotierende Walzen hinein, um störende Gegenstände ohne Benutzung geeigneter Geräte zu entfernen. Bei besonders groben Verstößen wurde Verstrafung der Versicherten beantragt. In einigen Fällen wurde die Verstrafung vom Unternehmer sogar gewünscht, mit der Begründung, daß, wenn er die Arbeiter selber bestrafe, sie ihm dankbar seien. Vielfach war es den Unternehmern nicht bekannt, daß sie Arbeiter wegen grober Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften bei der Berufsgenossenschaft zwecks Verstrafung zur Anzeige bringen können.

Auf die Anzahl der Unfälle wirkt auch der Umstand ungünstig ein, daß in Ziegeleien viele ungebildete, zum Teil minderwertige Arbeitskräfte verwendet werden, die durch Unachtsamkeit, Ungeschicklichkeit und Nachlässigkeit manchen Unfall herbeiführen. Galizier, Ruthenen und russische Polen werden in großer Anzahl beschäftigt und diese, oft dem Trunke ergebenen Ausländer erliegen infolge ihrer Gleichgültigkeit gegen alle Vorsichtsmahregeln den Betriebsgefahren nur zu leicht.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen uns neu zur Verfügung: In Rüdersdorf-Kalkberge: „Glück auf“, Inh. E. Köppen, Schulstraße 18; in Conradshöhe, Bez. Tegel: „Oberhavel“, Inhaber Köhne.

Auf Wunsch der Bernsdorfer Genossen teilen wir mit, daß das dortige Lokal „Zur Friedenseiche“ streng zu meiden ist. — In Mariendorf sind die Lokale: „Grahl (fr. „Zum alten Kollaner“), Chausseestra. 805 und „Hierod, „Zum Feldschloßchen“, Kurfürstenstraße 44 gesperrt, alle übrigen Lokale sind für den Verkehr freigegeben.

Der „Verein selbständiger Schuhmacher von Roabit und Umgegend“ veranstaltet am 19. ds. Mts. eine Dampferpartie nach Redlich bei Potsdam. Da man versucht, hierzu Willets auch in Arbeiterkreisen abzufragen, weisen wir darauf hin, daß in Redlich sämtliche Lokale gesperrt sind.

Alle Vereine, welche Spreewaldpartien zu unternehmen beabsichtigen, ersuchen wir, sich vorher mit dem Genossen G. Hingz, Lübbenau, Redlinstraße in Verbindung setzen zu wollen.

Die Lokalkommission.

Steglit. Sonntag, den 11. Juli, findet ein Ausflug der Genossen nebst Familien nach Schöngard (Schöngard) statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Wannsee-Bahnhof, für Nachzügler von 1/4 Uhr ab im Schöngard.

Der Bildungsausschuß.

Berliner Nachrichten.

Die Gemeindevählerlisten für die bevorstehenden Stadtberordneterwahlen sind fertiggestellt. Sie werden vom 15. d. M. an öffentlich ausliegen, und zwar nicht nur im städtischen Wahlbureau in der Poststraße 16, sondern auch an folgenden fünf Stellen: in den städtischen Turnhallen Hagelbergerstr. 34, Waldemarstraße 77, Straußberger Straße 9, Oderberger Straße 57 und Ravenöstr. 12.

Welches sind die Aufgaben der Wobnarmee?

Uns wird geschrieben: Am Sonntag wurde ich ungewollter Zeuge folgenden Vorganges:

Die Königsheide entlang, allem Anscheine nach aus Nizdorf kommend, bewegte sich ein Zug junger Ausflügler beiderlei Geschlechtes.

Arbeiterkinder waren es, man sah es an der durchweg einfachen aber sauberen Kleidung und auch an den blauen, schon von der Rot der Lebens zeugenden Wangen. Sie waren mindestens der reinen, frischen Luft ebenso bedürftig wie diejenigen, die im Wagen einem Erholungsorte zustrebten und mittelbig auf die Ausflügler zu Fuß herabschauten. Aus den Augen der jugendlichen leuchtete Lebenslust und fröhlicher Gesang ertönte durch den Wald. Turnerlieder erschollen, allem Anscheine nach waren Turner bei der Partie. In musterhafter Ordnung bewegte sich der Zug vorwärts. Aus hin und wieder aufgefangenen Worten höre ich, daß das Ziel Adershof ist.

An meinem geistigen Auge zieht meine eigene düstere Kindheit und freudlose Jugend vorüber, und ein Gefühl der Freude bewegt mich, daß man der jetzigen Jugend mehr Gelegenheit für freie Bewegung gönnt wie früher. Wie erzieherisch diese Bewegungsfreiheit wirkt, zeigen diese Jugendlichen, die von keinem kommandiert ihre Straße ziehen. Da werden meine frieblichen Betrachtungen durch einen Vorgang unterbrochen, der mich obige Frage aufwerfen läßt.

Bei dem Einbliegen in die Chaussee kommt mit großen wichtigen Schritten, wie sie eben nur einem preussischen Beamten bei nicht wichtigen Anlässen eigen sind, ein Gendarm gelaufen. Er geht nicht den Ausflügler aus dem Wege, so etwas tut nur das zivile Volk, sondern mitten durch die Ausflügler schar auf einen jungen Mann zu und greift ihn am Jockel: der junge Mann trug nämlich ein einer Hohnenlange ähnelndes Stück Holz, aber eine Bohne

war nicht zu sehen. Natürlich bemächtigt sich der Anwesenden eine gewisse Erregung. Sollte man jetzt den Raubmörder gefaßt haben? — O nein, bei dem bekannten, nicht von überschüssiger Intelligenz zeugenden Mißgeschick hat man nur einen Lehrling gefaßt, dessen Beruf es sehr notwendig macht, die Lunge in reiner frischer Luft zu baden. Nach diesem Stück geht es weiter — aber: der Ausflügler denkt und die heilige Hermandad lenkt! Kaum sind die Ausflügler 5 Minuten gegangen, ertönt der Ruf mehrerer Gendarmen: Auseinandergehen! Auseinandergehen! Nun können sich selbstverständlich 50—60 Personen nicht sofort unsichtbar machen dadurch, daß sie auseinandergehen. Naturgemäß finden sich die Angehörigen wieder zusammen und benutzen auch den Bürgersteig. Mir entgegen kommt ein Gendarm, ich höre Worte, die ich so verstand: „Die Hunde müßte man doch von dem Bürgersteig...“ Da, ein Gendarm hoch zu Ross auf dem Bürgersteig in einer Schar junger Mädchen; eines kommt dabei zu Fall, andere stürzen in ein Lokal, einen Hausflur usw. Das Pferd tat das vernünftigste, was es tun konnte: der Bürgersteig war ihm zu glatt, es rutschte aus und der Reiter machte ungewollt Bekanntschaft mit dem Pflaster. Ein Weilschen dauerte es, ehe der Reiter wieder in seinem Sattel saß; er hatte einen Erfolg zu verzeichnen, hatte er doch den Staat retten helfen, daß er die Ausflügler in Unordnung, pardon, ich wollte sagen: in Ordnung hatte bringen helfen. Aber ein Schreden überkommt einem doch bei ruhigem Nachdenken.

Seit wann ist es verboten, Spaziergänge zu machen? Die großstädtische Bevölkerung hat es doch gewiß notwendig, sich zu erholen. Sind die Beamten durch Ueberarbeitung so nervös, daß der Anblick roter Rosen sie irritiert, dann schade man die Kranke ins Bad. Betont muß noch einmal werden, daß die jungen Leute weder Lärm gemacht, noch Unfug verübt haben, wie ihn sehr oft hundertbemühte Herren ausüben.

Von anderer Seite wird uns berichtet, daß sich gegen Abend um 1/2 7 Uhr die jungen Leute, die an dem Adershofer Ausflug der Jugendlichen teilgenommen hatten und nach Nizdorf wollten, zusammenfanden, um den Heimweg anzutreten. Es waren etwa 30 junge Mädchen und 120 junge Leute männlichen Geschlechts. Als sie Adershof verlassen wollten und das Vieh: „Spiele sind aus“ fangen, wurden sie von berittenen Gendarmen aufgehalten, die in die Menschen hineinritten. Das wiederholte sich auf dem Wege nach Nizdorf noch zweimal. Verschiedene junge Mädchen stürzten dabei in den Graben, weil sie den Hufen der Pferde ausweichen wollten. Eine große Aufregung und großer Unwillen bemächtigte sich der jungen Leute, denen durch dieses Verhalten der Polizei in der unglücklichsten Weise mitgespielt wurde. Man schloß sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich: Ist das die Aufgabe unserer Polizei? Sollte es nicht nützlichere Aufgaben für die Polizei geben, als Erholungsbedürftige und Erholungsuchende in solcher Weise zu „beschützen“? So wird schon unseren jungen Leuten die Mut und die Erbitterung eingemipft gegen ein Staatswesen, das durch seine Organe jedes freie Wort ersticken, jeden Schritt überwachend will. Diese Saat wird aufgehen und Früchte tragen, an denen die Säemannern keine Freude erleben werden.

Die Teltower Kreis-Industriebahn wird am 21. d. Mts. dem Verkehr übergeben. Gleichzeitig stellt die Kreisstrassenbahn Groß-Ziherfeld (Ost), Seehof und Teltow die Beförderung von Gütern ein. Die neue Kreisbahn übernimmt die Beförderung von Frachtgütern jeder Art. Die Ver- oder Entladung von Sprengstoffen sowie die Annahme und Ablieferung von schwerwiegenden Gegenständen, zu deren Verladung eine Kopp- oder Seitenrampe erforderlich wäre, ist indessen ausgeschlossen.

Hingerichtet wurde gestern morgen um 6 Uhr auf dem Hofe des Strafgefängnisses zu Köhlfensee der 28 Jahre alte Glashüttenarbeiter Rudolf König, der im September v. J. im Walde bei Warnitz seinen Freund, Arbeits- und Altersgenossen Albert Fiebelhorn hintertäuscht mit einem Messer erschlug und um seinen Lohn von 17 M. beraubte. Der Mörder wurde im Januar d. J. vom Schourgericht zu Potsdam zum Tode verurteilt und vor vierzehn Tagen von Potsdam nach dem Untersuchungsgefängnis in Roabit übergeführt. Weil der König in diesem Falle von dem Rechte der Vergnügung keinen Gebrauch machte, so wurde gestern morgen das Todesurteil durch den Scharfrichter Groebler aus Magdeburg vollstreckt.

Zu einer Panik gab am Sonntag, wie nachträglich berichtet wird, folgender Unfall Veranlassung: Nach dem Bahnhof Lehnitz, der zwischen Wirlenwerder und Oranienburg gelegenen Station der Nordbahn, kam wenige Minuten vor 1/10 Uhr abends ein aus mehreren Hundert Personen bestehender Kriegerverein mit Gefang heranzugschreitend. Die Barrieren zu dem Bahnübergang waren heruntergelassen, weil ein Vorortzug nach Oranienburg, der um 9.36 Uhr fällig war, jeden Augenblick erwartet wurde. Einige ange-trunkene Ausflügler machten sich nun den Scherz, die rechtsseitige Barriere hochzuheben und nun ergoß sich die Menschenmasse, gestoben und geschoben von den Nachfolgenden, auf den Bahnkörper. In diesem Augenblicke brauste der Zug heran und fuhr in die Station ein. Die wenigen Beamten, die auf dem Bahnhof Lehnitz stationiert sind, waren der Menge gegenüber machtlos. Sie wußten sich keinen Rat und vermochten keine Ordnung zu schaffen. Nur der Stationsvorsteher, Herr Wendlandt, hatte die Geistesgegenwart, mit der brennenden Laterne auf die Menschenmenge loszufürzen und unter lauten Zurufen auf die Leute einzuschlagen und sie so mit Mühe und unter eigener Lebensgefahr von den Gleisen herunterzubringen, so daß der Train, der auf Station Lehnitz nicht hielt, hart an den Ausflüglern vorbeifuhr. Die Szenen, die sich während der wenigen entsetzlichen Augenblicke abspielten, waren unbeschreiblich. Zahlreiche Frauen fielen in Ohnmacht oder in Weinkrämpfe. Leider konnten die übermütigen Ausflügler, welche die Schranken emporgehoben hatten, nicht ermittelt werden.

Auf der Unfallstation verstorben ist gestern vormittag gegen 10 Uhr eine etwa 24jährige, anscheinend den besseren Ständen angehörende Frau, deren Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten. Die Unbekannte hatte in der Volkshausanstalt im Inselpark fast gebadet und sich dann auf einer Bank in den Anlagen niedergesetzt, wo sie von Unwohlsein befallen wurde. Durch einen Schuttmann wurde die Erkrankte mittels Droschke nach der Unfallstation am Spittelmarkt gebracht, wo sie unmittelbar nach ihrer Einlieferung infolge Herzschlages verstarb. Bekleidet war die Tote mit schwarzem gestreiftem Rock, weißer Bluse, Maum Hut; sie hat blondes Haar, blaßes hübsches Gesicht und trug einen Sonnenschirm bei sich. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt.

Der Verein für Kinder-Volksschulen hat in der Zeit vom 1. April 1909 bis 1. Juli 1909 an bedürftige Schulfinder 338 820 Portionen Mittagessen verteilt. Ferner sind von dem Verein auf Veranlassung der Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke, der städtischen Säuglingsfürsorgestellen und anderer Wohltätigkeitsvereine 84 703 Portionen Mittagessen an nichtschulpflichtige Kinder verabreicht worden, welche von den bedürftigen Familien nach Hause geholt wurden.

Wegen einer Gasvergiftung wurde gestern früh um 8 Uhr die Feuerweh nach der Havelberger Straße 4 alarmiert. Dort hatte sich die Frau Witwe Küstow mit ihren Kindern, einer Tochter

und einem Sohn mittels Gas vergiftet. Die am schwersten vergiftete Tochter wurde mit einem Bratschen Sauerstoffapparat erfolgreich behandelt. Alle drei wurden dann auf ärztliche Anordnung nach dem städtischen Krankenhaus in Moabit gebracht. Das Motiv zur Tat ist nicht bekannt. Nur dem Umstand, daß Hausbesitzer durch den Gasgeruch beunruhigt wurden, sofort die Feuerwehr alarmierten und diese gleich mit Rettungsapparaten erschien, ist die Rettung der Familie zu verdanken.

Ein Waldbrand verursachte gestern nachmittags im Forst bei Friedrichshagen nicht unerheblichen Schaden. Nicht weit von der Station Friedrichshagen kam das Feuer zum Ausbruch. Die alarmierte Friedrichshagener Feuerwehr hatte längere Zeit mit dem Löschen des Brandes zu tun. Wahrscheinlich liegt fahrlässige Brandstiftung vor. Das Feuer dürfte durch ein achilles fortgeworfenes brennendes Streichholz hervorgerufen worden sein.

Ein Bodenbrand kam gestern in dem Hinterhaus Lindenstr. 99 (Vormwärts-Gebäude) aus nicht ermittelter Ursache aus. Das hier lagernde, in Brand geratenes Papier verbreitete einen solchen Qualm, daß die sofort herbeigerufenen Feuerwehr zunächst mit dem Rauchhelm nach dem Brandherd vordringen mußte. Die Gefahr war bald beseitigt. Vernichtet sind zahlreiche Abdrücke für die Wochenchrift „In freien Stunden“. Ein Feuerwehrmann war vom Rauch sehr mitgenommen, erholt sich aber in der frischen Luft bald wieder.

Das Walthalla-Variété-Theater feht auch in den Hundstagen seine Vorstellungen fort. Das neue Programm enthält eine Reihe recht guter Nummern. Als leistungsfähige Gesangs-Duettsisten erweisen sich Leopold und Golloni. Auf dem Gebiete der Gymnastik betätigt sich das Trio Bernhardt und die Chinesinnen Li Chon Fou und Wangte, letztere in geradezu formvollendeter Weise. Besonders hervorzuheben seien die Leistungen von Gerhardt Mohr als Springer. Dieser junge Mann springt mit Leichtigkeit über 19 hintereinander mit aufgestellten Knieen aufgestellten Solbaten hinweg. Von Interesse ist die im Garten erfolgende Vorführung eines von einer Dame gerittenen, gut dressierten Stieres.

Im Apollotheater bilden nach wie vor Hartstein in seiner Verwechslungskomödie: Er oder Er und der Dummkopf Jean Paul mit seinen Schlegelern den Clou des Abends. Daneben sind aber auch noch einige andere tüchtige Stücke tätig. Herr Schindler leistet auf musikalischem Gebiete vorzügliches. Mit Hilfe ganz einfacher Klavierharmonikas spielt der Künstler die schwierigsten Konzertsätze. Die Ducas produzieren sich als elegante Handstandkünstler, wobei die Dame Kräfte entwickelt, die die Redensart von dem schwachen Geschlecht zu schanden machen.

Wer ist der Tote? Am 2. Juli cr. ist im Grunewald-Forst, Jagd 75, in der Nähe des Freibades ein etwa 40 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden worden. Die Leiche war bereits stark verwest, das Gesicht unkenntlich. Sie mag annähernd zehn Wochen dort gelegen haben. Der Mann ist etwa 1,70 Meter groß, die Zähne sind vorn vollständig. Bekleidung: Schwarzes Hemd, grau ausgetrennte Weste und Jackett, grauer Sommerüberzieher, graue Strümpfe, Zugschuhe mit zerissenen Sohlen, grüner Schlapphut, graues Knieband, weißes Hemd, schwarze Kette, schwarze Schleife. Anscheinend handelt es sich um einen Berliner. Vorgefunden hat man bei der Leiche einen Revolver, runden Taschenspiegel, kleines Taschenmesser mit Perlmuttergehäuse, weißes Taschentuch ohne Zeichen. Die Leiche befindet sich in der Reichenhülle Schildhorn. Eventuelle Nachrichten über die Persönlichkeit des Toten werden zu 2590. IV 16. 09 an das Polizeipräsidium erbeten.

Ein braunes Lederportemonnaie mit Inhalt ist gestern gefunden worden. Da der Inhalt daraus schließen läßt, daß ein armer Teufel der Berliner war, möchte der Finder dem Verlierer wieder zu seinem Eigentum verhelfen und soll sich der letztere bei Döbling, Grunewaldstr. 79 melden. Ein gleicher Fund wurde auf einem Sandhaufen am Nordufer gemacht. Dieser Verlierer soll sich im Hause Buchstr. 6 melden.

Arbeiter-Samariterkolonne. Mittwoch, abends 9 Uhr, Vortrag über Verbrennungen — Erfrierungen — Hitzschlag — Mischschlag — Beschädigungen durch Elektrizität. Daran anschließend praktische Übungen. Donnerstag, abends, 8. Abteilung in Schöneberg bei Bielach, Grunewaldstr. 110. Es spricht Herr Dr. Max Grohmann, Speierstr. 1, über Herzkrankheiten.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.

Durch einen Radsfahrer um sein Leben gekommen ist der 41 Jahre alte Kaufmann Paul Schmidt aus der Hermannstraße 64 zu Nixdorf. Der Mann wurde am Sonntag vormittags um 10 Uhr auf dem Hermannsplatz von dem 18 Jahre alten Gymnasialisten Wolfgang B. so unglücklich angefahren, daß er hinfällig und bewegungslos liegen blieb. In seiner Wohnung starb er an einem Schädelbruch und Bluterguß in das Gehirn. Die Leiche wurde bejehlagnahmt.

Sonderbare Ferienkolonien. Aus Nixdorf wird und geschrieben: „Mein Junge ist Ostern in Nixdorf eingeschult. Kurz vor den großen Ferien, Anfang voriger Woche, wurde in der Klasse bekanntgemacht, daß sich jedes Kind, welches an der Kolonie teilnehmen will, mit 1,50 M. für eine Woche oder 6 M. für die ganze Zeit Montag früh 8 Uhr in der Lessingstraße im Schulhof einzufinden habe. Jedes Kind sollte täglich 2 Liter Milch erhalten und unter Aufsicht bis 2 Uhr nachmittags sitzen. Um die Milch was es mir nicht zu tun, — das starke Quantum kam mir bei den berühmten sozialen Verhältnissen Nixdorfs schon verdächtig vor, — sondern, daß der Junge unter Aufsicht an die Luft kam. Außerdem war noch gesagt, daß vom zweiten Tage an die Kinder sich bezugsweise verhalten sollten. Nach alledem mußte man annehmen, daß Ausmarsch und Spiele im Freien geplant waren. Es kam anders. Groß und Klein wurde auf den Schulhof gesperrt. Die größeren Kinder vergnügten sich mit Fußball, die kleineren sahen trübselig da, erhielten einen Wecker und konnten sich über die tüchtige pädagogische Kraft, die mit einem Hochstod bewaffnet unter den Kindern umherführt, amüfieren. Das nannte sich Ferienkolonie. Mein Junge, der sehr gut erzogen und in der Klasse der beste Schüler ist, ging mit einem anderen Leidensgefährten aus Verzweiflung und Langeweile vom Schulhof herunter. Der andere Junge wohnte in der Nähe, fand sich also nach Hause. Meiner jedoch terte in Nixdorf weinend umher, bis ihn eine mitleidige Frau per Omnibus nach Hause expedierte. Und für diesen Tag bezahlte ich 1,50 M. Kann man vom Nixdorfer Magistrat auch kein soziales Verständnis verlangen, so muß doch gefordert werden, daß in Zukunft wenigstens solche skandalösen Vorfälle unterbleiben.“

Es ist dringend erforderlich, daß sich die zuständigen Stellen über diese sonderbare Ferienkolonie äußern.

Lichtenberg.

Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die Zahl der im Jahre 1908 eingegangenen Klagen belief sich auf 365, gegenüber dem Jahre 1907 ein Mehr von 59. Aus dem Vorjahre muhten noch 17 Klagen übernommen werden. 878 der Kläger waren Arbeitnehmer und 4 der Kläger Arbeitgeber. 340 Kläger waren männlichen, 43 weiblichen Geschlechts, während in 18 Fällen mehrere Kläger gemeinschaftlich klagten. Mehr als zwei Drittel aller Kläger (272) klagten wegen rückständigen Lohnes. Weiter klagten 93 Kläger auf Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung, während im Vorjahre nur 51 solcher Klagen angestrengt wurden, also eine Zunahme von 90 Proz. — Das höchste Klageobjekt war die Summe von 518,70 M., während das niedrigste 0,45 M. betrug. Wald die Hälfte (187) der Klagen wurden durch Vergleich erledigt, ein zweiter Teil (70) schied wegen nicht Erhaltenes resp. nicht Verhandels aus, während 67 Ver-

urteilurteile gefällt wurden. 5 Klagen wurden durch Anerkenntnisurteil erledigt, 12 der Klagen erledigt mit der Beurteilung nach dem Lagetrage und 8 derselben mit teilweiser Beurteilung. 89 Kläger wurden gänzlich abgewiesen. Von den 133 Sitzungstagen des Gerichts fanden 112 ohne und 21 mit Beisitzern statt. In den Sitzungen ohne Beisitzer fanden im Durchschnitt 4 Klagen zur Verhandlung. In den Sitzungen ohne Beisitzer fanden im Durchschnitt 4 Klagen zur Verhandlung, in den Sitzungen mit Beisitzern 7 1/2 Klagen. Das Baugewerbe stellte 149 Kläger, 33 waren Fuhrleute, 89 Fabrikarbeiter und 81 Schneider, Schuhmacher, Käferinnen. 198 Klagen wurden in einer Woche erledigt, 73 in 1—2 und 61 in 2—3 Wochen.

In 109 Fällen fand nur ein Termin statt, in 235 Fällen zwei Termine, in fünf Fällen fünf Termine und mehr.

Das Kaufmannsgericht hatte 43 Sachen zu erledigen, das höchste Objekt betrug 3211,40 M., das niedrigste 2,07 M. 89 Kläger verlangten Provision oder rückständiges Gehalt. 46 Gerichtstage waren notwendig, wovon nur fünf mit Beisitzern.

Gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen der Arbeitgeber im Februar 1908 im 4. Bezirk wurde Beschwerde erhoben, diese aber vom Bezirksauschuss in Potsdam abgewiesen.

Auf der Verhandlungsversammlung deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte am 27., 28. und 29. August in Jena war das berichtende Gericht mit vier Personen vertreten.

Von dem Gerichtskosten von 175,15 M. wurden nur 71 M. bezahlt, 45,75 M. konnten nicht beigetrieben werden und 68,40 M. standen am Schlusse des Berichtsjahres noch aus.

Steglitz.

Mit der Gewerbegerichts Wahl besetzt sich am Donnerstag, abends 8 Uhr, eine von der Gewerkschaftskommission nach dem Verzeichnis der einderufenen Versammlung.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Wählervereinsversammlung referierte Genosse Ritter. Leider entpoch der Besuch keineswegs den Wünschen. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch in Zukunft die Versammlungen unter „Parteiwohnen“ im „Vormwärts“ bekanntgegeben werden. Die Genossen werden gebeten, darauf zu achten, daß die Mitgliederversammlungen regelmäßig am letzten Dienstag des Monats stattfinden und daß die Hinzukommen am Sonntag vorher im „Vormwärts“ erfolgen.

Zehlendorf.

Eine sehr gutbesuchte Volksversammlung fand am Sonnabend im Wesschen Lokal statt. Genosse Jubell hatte das Referat über „Volksauswanderung und Weltmarktpolitik“ abgenommen. Mit regem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, der in seinem zweifelhafte Vortrag die Haltung der herrschenden Parteien, insbesondere der Linken und des Zentrums geißelte. Am Schlus der Versammlung liehen sich eine größere Anzahl Parteigenossen in die Organisation aufzunehmen.

Oranienburg.

Ein eisener Koffer, bei welchem ein Kind den Tod fand, trug sich gestern am hiesigen Orte zu. Die dort in der Berliner Straße 57 wohnenden Vierfacher Rogge'schen Eheleute waren vormittags fortgegangen, um einige Besorgungen zu machen und hatten ihre zwölfjährige Tochter allein in der Wohnung zurückgelassen, die das Mittagessen bereiten sollte. Um schneller Feuer zu erhalten, goh das Mädchen Petroleum aus einer Kanne auf, wobei letztere explodierte. Die Kleider der Kleinen zugen Feuer und im Ra stand die Bedauerndwerte in dichten Flammen. Als auf die Hüferte der Unglücklichen Nachbarn herbeieilten, lag die A. über und über mit Brandwunden bedekt bestunungslos auf dem Fußboden. Ein sofort herbeigerufener Arzt ordnete die Ueberführung der Schwerverletzten nach dem Krankenhaus an, wo das Mädchen unter entsetzlichen Schmerzen nach einigen Stunden verstarb.

Karlberge-Flüßersdorf.

In einer gut besuchten Versammlung, die am Sonntag im Gesellschaftshause „Glückauf“ tagte, sprach Genosse Düweli über „Die Armen und die Reichen“. Dem sehr heifällig aufgenommenen Referat, in dem die verschiedenen Formen der Ausbeutung und der Reichtumsaufhäufung in den verschiedenen Gesellschaftsperioden Skizzierung erfuhren, folgte eine interessante Diskussion. Mehrere Herren von der freisinnigen Vereinigung hatten sich eingefunden, und sah sich der Führer, mehrfacher Aufforderung zufolge, schließlich veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Von der Ausschaltung des Kapitalismus aus dem Wirtschaftsprozess und vom Sozialismus wollte er natürlich nichts wissen. Ohne Kapital läme überhaupt nicht produziert werden. Wenn das Kapital sich gang zurückziehe, müße der Arbeiter verhungern, meinte der sehr redgewandte Herr, aber im übrigen sei er mit den Darlegungen des Referenten wohl einverstanden. Nur einen Vorwurf müße er zurückschicken. Der Referent habe gesagt, ein Kleinunternehmer, und das sei der Handwerker, erziele ein Einkommen von 6000 M. Das gebe es gar nicht. Unter Beizeitung der Versammlung wies Genosse Düweli nach, daß der Diszussionsredner gerade in dem einen Punkte sehr begriffstübig sei. Er (Redner) habe hypothetisch davon gesprochen, daß, wenn ein Kleinunternehmer, der selber einen Betrieb leite, ein Einkommen von 6000 M. erziele, das wohl als Entgelt für wirklich geleistete Arbeit angesehen werden könne, aber das sei ausgeschlossen bei den Dividendeneinkommen, denen keine Spur von körperlicher oder geistiger Arbeitsleistung für das in Betracht kommende Unternehmen gegenüberstehe. Der Vertum des Vornedners sei nur möglich geworden, weil ihm das Wesen des Kapitalismus noch völlig fremd geblieben und er noch nicht erkannt habe, daß der mit Beizgeld arbeitende Handwerker dem Kapital gerade so gut tributpflichtig sei wie jeder andere Arbeiter. Der Aufforderung des Referenten, durch Eintritt in die Reihen der modernen Arbeiterbewegung kräftig mitzuarbeiten zur Herbeiführung einer vernünftigen Gesellschaftsordnung, folgte begeisterte Zustimmung. Der ausgearbeitete Verlauf der Versammlung rechtfertigt wohl die Erwartung, daß ihr gute Erfolge für unsere Bewegung erwachsen werden.

Ober-Schöneweide.

Amts- und Gemeindevorsteher Eckardt sollte nach einer und zugegangenen Meldung im Disziplinarverfahren in letzter Instanz freigesprochen worden sein. Die „Vossische Zeitung“ wird um Aufnahme der Mitteilung ersucht, daß ein Termin in dem Disziplinarverfahren, das in zweiter und letzter Instanz bei dem genannten Gericht anhängig ist, noch nicht stattgefunden hat. Eine Entscheidung des Obergerichtes liegt noch nicht vor.

Klein-Schönebeck-Nichtenan.

Der Kampf gegen den Gemeindevorsteher Wittstod wird von den Grundstüchdetalanten ohne Ermüdung weitergeführt. Nach dem Prinzip „es bleibt doch etwas hängen“, werden immer neue Fäden gesponnen. Jetzt muß die „Wahrheit“ des Herrn Wilhelm Wuhn herhalten. Unter der Spitzmarke „Gemeinde-Juwel“ bringt sie in ihrer letzten Sonnabendnummer eine Notiz, in der die Wahrheit mit der Dichtung vereint auf den Gemeindevorsteher losgelassen und dieser jetzt u. a. als „antinationale“ demunziert wird. Es heißt dort: „Die erbitterte Stimmung in der Gemeinde (d. i. ein Bäderbezirk, vor deren Vertommnisse die Gemeindevorstellung nicht in Ehrfurcht ersterden will) wird noch dadurch gesteigert, daß der Gemeindevorsteher Wittstod mit dem Bürgerverein Nichtenan, in dem sich vielfach politische radikale Elemente betätigen, in einem recht freundschaftlichen Verhältnis steht, während er mit dem Grundbesitzerverein, zu dem nur gut nationale Elemente gehören, in einem weniger guten Einvernehmen lebt.“ Der Bürgerverein, der keine Sozialdemokraten in sich duldet — ist politisch radikal! Derselbe Bürgerverein, dessen Leiter auch im Arbeiterverein die Führung haben, die in Hurrafreien bei allen möglichen und unmöglichen mordpatriotischen Feiern den Befehl drücken, die mit durchgedrängten Anien bei Sedanfeiern etc. Straßenpflaster ranmen — politisch radikale Elemente! Man sieht, auf dem Gebiete der poli-

schen Jurisge gelten alle Mittel. Ist auch die Qualität gleich Null, die Masse muß es bringen, sagen sich die Gegner des Gemeindevorsteher Wittstod.

Gerichts-Zeitung.

Der Geheimratsprozess.

Der Prozess gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Hammann, den Leiter des offiziellen Preßbüreaus, wegen Meineid erndete gestern mit Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft hatte Verneinung der Schuldfrage beantragt. Der Vertreter des Prof. Schmitz, Justizrat Bernstein, plädierte auf Verjahung der Schuldfrage.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuldig. Das Gericht sprach darauf den Angeklagten frei und legte auf Grund der §§ 503, 504 der Strafprozessordnung die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen Auslagen dem Privatkläger Professor Bruno Schmitz auf.

Damit ist die schmutzige Affäre in erster Instanz beendet.

Wie leichtfertig mitunter mit dem Zeugeneide umgegangen wird, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, mit der sich gestern unter Vorstch des Landgerichtsdirektors Rechenow die 3. Strafkammer des Landgerichts III zu beschäftigen hatte. Unter der Anklage der Verleitung zum Meineid mußte sich der Kaufmann Emil Seloman aus Reinickendorf verantworten, während die Ehefrau Helene S. wegen fahrlässigen Hausbrandes angeklagt war. Der Angeklagte war schon einmal verheiratet. Die Ehe war nicht glücklich, so daß die Eheleute sich schließlich trennten. Während das Ehescheidungsverfahren schwebte, lernte S. seine jetzige Frau aus eins etwas „romantische“ Weise kennen. Bei einem Spaziergang im Walde bei Tegel machte er die Bekanntschaft einer jungen Dame namens Helene Buchholz, die gerade nichts geringeres vor hatte, als sich aus Schmerz über die Treulosigkeit ihres Geliebten das Leben nehmen zu wollen. Der Angeklagte erwiderte sich als ein guter Tröster, denn das damalige Fräulein B. zog schon nach drei Tagen als Witwenschaft zu ihm. Die erste Frau gab später die B. als Reagin in ihrem Ehescheidungsprozess an. Diese sagte u. a. unter ihrem Eide aus, daß sie sich mit Saloman nie „geduzt“ habe. Diese Angabe soll nach Behauptung der Anklage unwahr sein. In der gestrigen Verhandlung traten auch zahlreiche Zeugen auf, die behaupteten, daß die B. sich mit ihrem jetzigen Ehemann stets geduzt hatte. Der Ehemann S. wurde ferner beschuldigt, eine Frau Hausen zu einem Meineid angestiftet zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehemann S. 1 Jahr Zuchthaus, gegen die Frau 2 Monate Gefängnis. Das Gericht hielt bezüglich des Ehemannes zwar einen dringenden Verdacht für vorliegend, kam jedoch mangels genügender Aufklärung zu einer Freisprechung. Bezüglich der Ehefrau erklärte sich die Strafkammer für unschuldig, da diese dringend des wissenschaftlichen Meineides verdächtig erschien. Die Verhandlung gegen sie wurde dem Schwurgericht überwiesen.

Ausweisung.

Welche Annull in der preussischen Ausweisungspraxis liegt, zeigte eine dieser Tage vom Obergerichtspräsidenten entschiedene Klage. Der Bankbeamte Müller, der in Siedersdorf lebte, war am 26. Februar mit einer Ausweisungsverfügung bedacht worden. Bis zum 31. März sollte er Preußen verlassen, weil er sich lästig gemacht habe. Es wurde angenommen, daß er kein Preuße sei, obwohl er im preussischen Nordschleswig geboren und erzogen ist, Preußen auch nie auf längere Zeit verlassen hat. Nach ergebenen Beschwerden beim Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten klagte Müller beim Obergerichtspräsidenten. Er machte geltend, daß er durch Abstammung Preuße sei. Sein im Reichs Haderleben 1846 geborener Vater habe zwar für Dänemark optiert, nachdem Schleswig zu Preußen gekommen war, die Option sei aber nicht rechtswirksam geworden, weil sein Vater sich nicht nach Dänemark zurückgezogen habe. Allerdings sei der Vater eine Zeitlang in Dänemark gewesen. Dort hätte er jedoch nur eine landwirtschaftliche Schule besucht. 1871 sei er wieder zurückgekehrt. Der Vater sei dann auch wegen Desertation bestraft worden. Im März 1871 habe man ihn jedoch für untauglich befunden. Sein Vater sei später auch Gemeindevorsteher gewesen und als solcher vereidigt worden. — Der Kläger selber sei als Einjährig-Freiwilliger beim Seebataillon gewesen; erst gegen Ende der Dienstzeit habe man ihn allerdings entlassen, indem man ihn nicht als Inländer anerkannte.

Das Obergerichtspräsidenten wies die Klage ab. Es führte aus: Die entscheidende Frage sei: Wie waren die Verhältnisse des Vaters mit Bezug auf die Staatszugehörigkeit? Da steht fest, daß er für Dänemark nach dem Wiener Frieden optiert habe. Die Option werde erst wirksam, wenn ein Auswanderer nach Dänemark zurückgekehrt sei. Das sei aber anzunehmen. Vor dem Kriege mit Frankreich habe sich der Vater nach Dänemark begeben. Wenn er auch nachher zurückkam, läge doch ein Auswandern vor. Aus der Tatsache, daß ihm die dänische Regierung ausdrücklich aus der dänischen Staatszugehörigkeit entliehe, gehe hervor, daß auch dänischerseits ein Einwandern angenommen wurde. In Betracht kommen könnte noch die Apenrader Konvention von 1872, welche die Optanten behandle, die aus Anlaß des Ausbruchs des Krieges nach Dänemark gegangen und später zurückgekehrt sind. Diese sehe fest, daß indiduell bestimmte Personen in den preussischen Staatsverband zurücktreten. Die betreffende Liste führe den Vater des Klägers nicht auf. Alle andern angeführten Momente seien unerheblich. Es stehe fest, daß Müller Vater die preussische Staatszugehörigkeit verloren habe, aus der dänischen entlassen war und die preussische nicht wieder erworben hatte. Demnach sei der Sohn nicht Preuße, sondern Ausländer, und habe als solcher überhaupt nicht das Recht, zu klagen.

Zur Schadenerschaftspflicht des Automobilführers.

Als der Kläger am 11. Oktober 1907 die Alleestraße in Düsseldorf, eine verkehrsreiche Straße, überschreiten wollte, suchte er sich Dedung zu verschaffen, indem er neben einem Straßenbahnzuge, der aus einem Motorwagen und einem Anhängerwagen bestand, herfschritt. Das Auto des Beklagten fuhr in raschem Tempo, wie das Oberlandesgericht feststellt, die Alleestraße entlang, bog etwas seitwärts und fuhr um den Anhängerwagen herum, diesen fast streifend. Hierbei überfuhr es den Kläger, der am Ende des Wagens ging und infolge des Ueberfahrens erhebliche Verletzungen erlitt.

Wegen zu schnellem Fahren wurde der Automobilist mit einer Geldstrafe von 300 M. bedacht. Die später vom Kläger erhobenen Schadenerschaftsprüche wurden vom Gericht in allen drei Instanzen dem Grunde nach als gerechtfertigt erklärt. Das Oberlandesgericht erblidte in dem Verhalten des Beklagten ein grobes Verschulden. Angesichts des die Fahrbahn verbedenden Straßenbahnzuges hätte er damit rechnen müssen, daß hinter dem Straßenbahnwagen Leute herkommen, die er nicht rechtzeitig sehen konnte. Infolgedessen hätte er nicht so hart hinter dem Straßenbahnzug die Gleise schneiden dürfen. Wenn er vor dem Zuge nicht mehr hinüber kam, so hätte er so langsam fahren müssen, daß er das Auto sofort zum Stehen bringen konnte, falls sich Gefahr für irgend jemand zeigte. Es liege also Verletzung des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor. Den Kläger treffe ein Mitverschulden an dem Unfalle nicht. Dieser habe annehmen dürfen, daß er im Schutz des in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnzuges den Fahrbaum werde ungehindert überschreiten können. Damit, daß ein Automobil so schnell hinter dem Straßenbahnwagen herumsahen werde, habe der Kläger nicht zu rechnen brauchen. Er habe sich vielmehr darauf verlassen können, daß ein Automobil anhalten oder langsam fahren werde, um die Fußgänger nicht zu gefährden. Das Verhalten des Klägers unmittelbar vorher, ehe ihn das Automobil niederrück, habe darauf hingedeutet, daß er das Gefühl hatte, von dieser Seite her könne

ihm keine Gefahr drohen, weil ihn der Stahnenbahnwagen wie ein Schild bedeckt. Im weiteren legt das Verurteilungsgericht noch dar, daß die Feststellung, daß der Beklagte Zeichen mit der Hupe gegeben habe, die Schadenerschuld nicht ausschließt.

Das Reichsgericht verwarf die gegen das Urteil des Oberlandesgerichts eingelegte Revision.

Inlautere Konkurrenz.

Einen Sieg erzielte am Montag vor dem 6. Zivilsenat des Reichsgerichts die Konfektionsfirma Weiser in Berlin gegen die Konkurrenzfirma Kugath in Berlin, in einer Schadenerschuld in Höhe von 12 000 Mark. Die beklagte Firma soll der anderen die Arbeit nebst 26 Schneidern abspenstig gemacht haben, die sich bei 500 M. Konventionalstrafe durch Weiser verpflichtet hatten, auf längere Zeit für einen von der Firma Weiser zu Kugath übergegangenen Konfektionsbetrieb zu arbeiten, wenn letzterer aus jenem Geschäft ausscheidet. Das erstinstanzliche Urteil hatte die klägerische Firma abgewiesen, da solche Abmachungen gegen die guten Sitten verstößen und die Schneider als freie Gewerbetreibende immer für verschiedene Firmen gearbeitet haben. Das Berufungsgericht traf gegenseitige Restitutions- und Gewinn- und Lieberzeugung, daß gerade in der Saison und in Anbetracht der großen Zahl Arbeitskräfte die Klägerin sehr wohl schwer geschädigt werden mußte, wenn auch nicht direkt nachgewiesen sei, daß Weiser die Leute wegbrachte, um Konkurrenz zu machen. Der Verdacht wäre vorhanden gewesen und Notwehr geboten. Die ganze Erstinstanz des Klägers sei geschädigt worden, dazu komme, daß der Konfektionsbetrieb die Seele des Betriebes ist und er sein Vertragsverhältnis vorzeitig gelöst hat. — Das Reichsgericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß die Konkurrenzfirma in Verletzung der Abmachung war und sich durch die angewendeten Mittel in den Grenzen des Erlaubten gehalten habe.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstimmrecht vor dem preussischen Junkerparlament.

Wie tief das preussische Dreiklassenhaus in der Reaktion steht, erweist wieder einmal jene Debatte, in welcher kürzlich im Vorberathen die Frage der politischen Gleichberechtigung der Frau berührt wurde.

Ein im Herbst vergangenen Jahres von dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung abgehaltene Volksversammlung hatte Frau Cauer beauftragt, dem Landtage eine Petition zu überreichen, in der die Einführung fortschrittlicher Neuerungen auf dem Gebiete der Schule und Sozialpolitik, außerdem aber auch die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes und die Erreichung desselben durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter gefordert wurde. Diese Petition stand in der 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Diskussion. Der freikonservative Abgeordnete Dr. Wagner trat als Berichterstatter der Kommission für Uebergang zur Tagesordnung ein, um damit kundzugeben, daß er sich die überwiegende Mehrheit des Hauses nicht bereit sein will, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, wie es für den Reichstag besteht, für Preußen zu empfehlen; zweitens aber, um durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu befunden, daß sie ebenfalls für das Frauenstimmrecht zu haben sein wird, soweit es die Vertretung im Parlament betrifft.

Das hohe Haus vermochte dem Gegenstande nur geringes Interesse entgegenzubringen. Sehr begrifflich handelte es sich doch diesmal nicht um Fragen der Jagd oder der Hochverjudung, die an dieser Stelle immer des liebevollsten Verständnisses, das sich in lang ausgeprägten Debatten dokumentiert, fähig sind. Nationalliberale, Freikonservative und Zentrum begnügten sich mit wenigen kurzen Bemerkungen, ihre energische Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht zu erklären. Um so gewundener waren die Erklärungen, mit denen der freisinnige Abgeordnete Rosenow sich namens seiner Partei aus der Affäre zu ziehen versuchte. Der Freisinn hat die Forderung des Bürgerrechts der Frau bekanntlich immer noch nicht für würdig erachtet, um sie seinem Programm einzubereiten. Wohlwollende, aber unerbittliche Nebenbuhler einiger Führer waren bestensfalls alles, was man auf freisinniger Seite für die politischen Emanzipationsbestrebungen der Frauen bisher übrig hatte. Dem Gros der Freisinnigen ist das Frauenwahlrecht heilig. Wo sich bisher in den Parlamenten eine Gelegenheit bot, haben die Abgeordneten des Freisinns stets das Unzeitgemäße der Bürgerrechtsforderungen der Frauen betont und die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen schände im Stiche gelassen. So geschah es auch diesmal im preussischen Abgeordnetenhause. Der Freisinnsmann erklärte, daß seine Fraktion einem sozialdemokratischen Antrage, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht zustimmen könne. „Wir wollen nicht erkennen lassen, daß wir auch für diese Forderung sehr ohne weiteres eintreten,“ heißt es wörtlich im stenographischen Bericht. Für absehbare Zeit sei sie doch nicht erreichbar. Deshalb sollte man sich also in Anstößen stützen um einer Sache willen, die noch in so weitem Felde liegt? Es charakterisiert die Wertschätzung der politischen Frauen seitens

der freisinnigen Volksparteier, daß ihnen die schlichte Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung als Material angemessen schien.

Welche neue, grausame Enttäuschung für alle die im Heerhann des Liberalismus einherziehenden Frauenrechtlerinnen, die trotz aller energischen Schritte von dieser Seite doch immer noch auf Gegenliebe vom Freisinn hoffen!

Es erübrigt sich zu betonen, daß die kleine sozialdemokratische Fraktion des Dreiklassenhauses dem Parteiprogramm getreu ungeschwächt für die Forderung der frauenrechtlichen Petition eintrat, wie sie dies in dem erwähnten Antrage bereits bekundet hatte. Die reaktionäre Mehrheit brachte ihn bei der Abstimmung zu Fall und drückte ihre Nichtachtung gegenüber der demokratischen Wahlrechtsforderung für beide Geschlechter in der Annahme des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung aus.

Nach einmal wurde die Frage des Frauenstimmrechts in derselben Sitzung gestreift, als die Petition eines Herrn v. Deutsch-Traubenberg zur Debatte stand, der nichts Besseres auf dem Herzen hatte, als die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes und seinen Ersatz durch ein bis in die reaktionärsten Konsequenzen entwickeltes Pluralwahlrecht, in dem auch der Frauen gedacht ist. Aber wie! Erst nach dem Schwaabener, mit dem 45. Jahre, soll die politische Reife der Frau beginnen und mit dem 60. Jahre wieder erlöschen. Vor dem 45. Jahre soll der Mann für seine Frau stimmen dürfen. Ueber 60 Jahre hinaus wären die Damen nicht mehr so recht in der Lage, politische Ansichten mit Erfolg vertreten zu können. Der Redner der Sozialdemokratie, Dr. Karl Liebknecht, trat den Nagel auf den Kopf, als er diesen Vorschlag als ein ganz groteskes Gebilde einer naiven, mittelalterspolitischen Phantasie kennzeichnete und Uebergang zur Tagesordnung beantragte. Tat nichts! Gerade um seiner gegen das Dreiklassenwahlrecht gerichteten Tendenz willen beschloßen Junker und Junkerengenossen seine Ueberweisung an die Staatsregierung als Material.

So geigte diese merkwürdige Sitzung des Abgeordnetenhauses klar und deutlich alle Arten von offener und versteckter Gegnerschaft, die innerhalb der bürgerlichen Parteien den ihre politische Mündigkeitserklärung verlangenden Frauen gegenüber vorhanden sind, vor der einfachen, brutalen Ablehnung ihrer Forderungen durch konservative, Nationalliberale und Zentrum, von der offenbaren Verhöhnung der Frauenforderungen in dem posthastigen Einfall des Edlen von Deutsch-Traubenberg bis zu der feigen Trübsalerei der Freisinnigen. Die Eroberung des Frauenstimmrechts auf der Basis des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts kann und wird auch allein nur geschehen durch die Sozialdemokratie.

Es stimmt nicht!

Wie wenig zuverlässig bürgerliche Blätter informieren, beweist ein Artikel im „Praktischen Ratgeber für jede Familie“ über die Blumenarbeiterin. Es heißt da unter anderem: „Es hat sich in den Großstädten aller zivilisierten Länder eine große und rentable Industrie entwickelt, in welcher Tausende von Blumenarbeiterinnen ihre auskömmliche (1) Erziehung finden.“ Und weiter: „Erlernt werden kann die Blumenarbeit gegen ein entsprechendes Lehrgeld in den einschlägigen Ateliers. Die Bezahlung erfolgt nach etwa ein- bis anderthalbjähriger Lehrzeit, je nach Leistungen. Im Durchschnitt verdient eine Blumenarbeiterin beispielsweise in Berlin etwa 18 bis 20 M. wöchentlich. Etwas mehr verdienen diejenigen Arbeiterinnen, welche besondere Geschicklichkeit im Arrangieren von Bouquets für Basen und dergleichen besitzen.“ Wer in der Blumenindustrie auch nur oberflächlich orientiert ist und diese Stellen liest, der staunt über solche Behauptungen. Man könnte annehmen, die Notiz stamme aus Unternehmerkreisen, die an der Verschleierung der wahren Tatsachen interessiert sind. Tatsächlich herrscht fast in keiner anderen Branche so bitteres Elend, wie gerade in der Blumenindustrie. Schon daß dieser Erwerbsgewinn in hohem Maße von der Saison abhängt, macht die Lage der in ihr Beschäftigten nicht zur rosigsten. Nach den Feststellungen des Berliner Heimarbeiterskongresses gibt es in Deutschland circa 10 000 Arbeiterinnen und 1000 Arbeiter in Blumenfabriken. Ferner 20-25 000 Heimarbeitern dieser Branche. In seinem Begründungsbericht an den Kongress wies Legien auf die tiefste Lage hin, daß Arbeiterinnen, die künstliche Blumen herstellen, 5-10 Pf. pro Stunde verdienen. Ob das als „auskömmliche“ Erziehung angesehen wird? Die Saison in dem Verufe umfaßt ungefähr 7 Monate des Jahres. In der Zwischenzeit ist die Mehrzahl der Arbeiterinnen brotlos, nur die besten Kräfte haben etwas Arbeit. Jedoch bekommen sie nur sogenannte „Sommerlöhne“, die 15-20 Brod weniger betragen als die in der Saison üblichen. 8-9 Stunden beträgt in der guten Konjunktur die Arbeitszeit in der Fabrik, jedoch wird zu Hause noch bis in die stinkende Nacht weitergeschuftet. Diese Arbeit nach Feierabend wird wiederum weit niedriger bezahlt als die in der Fabrik hergestellte. 30, 40 bis 50 M. wurden damals als Monatslohn einer Blumenarbeiterin angegeben, deren Lage sich bis zum heutigen Tage nicht wesentlich verändert hat. Noch erschreckender sind die Zustände auf dem Lande, wo bei unendlich ausgedehnter Arbeitszeit Wochenlohn von 2 M. an zu verzeichnen sind. So sehen in Wirklichkeit die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Blumenindustrie aus.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verband der Hausangestellten. Mittwoch, den 7. Juli, 8 1/2 Uhr: Dienstbotenversammlung in den „Augusta Victoria-Sälen“, Luisenstraße 81/82. Tagesordnung: Die Rechtlosigkeit der Dienstboten. Referent Herr Adolf Ritter. Freie Jugendorganisation. Abteilung Lichterberg-Rummelsburg. Heute Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr, bei Seeband, Gesehestr. 9: Versammlung. Vortrag, Kollege Heimgelmann: „Leben und Tod“.

Eingegangene Druckschriften.

Rechtsprozeß der Krankenversicherung. Band 1. Entscheidungen 1906-1907. Von Dr. jur. u. Rechts. — Band 2. Entscheidungen 1908. — Krankenlohn-Bibliothek. Teil 8. Anleitung für Krankenärzte. Von Dr. A. Wed. — Coblenz. Ein freies Wort an die deutsche Ärzteschaft. Von Dr. H. Böhrig. Verlag: Dr. G. Schnapper, Frankfurt a. M. Die Rauchscheuer als Erzieherin. Von H. Heile. Sonderabzug aus dem Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Von G. Schmoller. Verlag: Duncker u. Humblot in Leipzig. Die Seelenkranke von Redwitz. Eine Krankenfall für vermehrte Studien. Von Dr. G. Adel-Hausgrabe. 1 M. Neuer Franzischer Verlag, Frankfurt a. M. Rathgeber über die Sicherung der Bauforderungen. Vom 1. Juni 1909. Kommentiert und mit Einleitung von Rechtsanwalt Dr. Ernst Nagelberg. Verlag J. Bohn, Berlin W., Linienstraße 10. Geb. 1,50 M. Was sind die österreichisch-ungarischen Seeinteressen an der Ostsee? Von Dr. Schloß. 40 Seiten. — Aus d. Roman von Maria von Brühl. 121 Seiten. — Blätter für Zwangsversteigerung und Pfandrecht. 6. Band. 1. Heft. Verlag von G. Konig (E. Stämpgen), Wien. Wissenschaft und Bildung. Band 49. Der Tierkörper, seine Form und sein Bau unter dem Einfluß der äußeren Lebensbedingungen. Von Geheimrat Dr. Reeger. — Band 51. Die Volkswirtschaften und ihre Bekämpfung. Von Dr. W. Kollmann. — Band 52. Kulturgeschichte Rom. Gesammelte Essays von Professor Dr. Th. Mommsen. — Band 53. Kollmann und Gies. Von Dr. H. Sing. Einzelband geb. 1 M., geb. 1,25 M. Duncker u. Humblot, Leipzig. Landesrat der Provinz Brandenburg. Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute herausgegeben von Ernst Friedel und Robert Wille. 5 starke Bände zu je 400 Seiten mit etwa 1000 Abbildungen, zahlreichen Spezialtabellen und der großen stiftungsreichen Karte der Provinz Brandenburg 1:200 000. Preis broschiert 20.— M., elegant in Leinwand gebunden 25.— M. Dietrich Reimer (E. Bohn), Berlin SW. 48. Jahresbericht des Arbeitersekretariats des Gewerkschaftsverbandes Straßburg i. Elz. 1907/08. 104 Seiten. Gewerkschaftsdruckerei Straßburg. Das El des Columbus. Sozialer Roman von R. Ammon. 432 Seiten. Reißner-Verlag, Leipzig. Neue Bücher. Herausgegeben von der Freien Lehrervereinigung in Berlin. Nr. 2/3. Zweierlei Urkunden von J. Frey. — Nr. 4. Eine rheinische Schmugglergeschichte von W. D. v. Horn. — Einzelnummer 10 Pf. Enghin u. Kallius in Neudlingen.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur (t. u. n.)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur (t. u. n.)
Stettin	759	SW	2 wollig	18	18	Darmstadt	753	—	2 bedeckt	17	17
Dresden	758	SW	2 bedeckt	15	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	760	SW	2 heiter	17	17	Schwabm.	758	SW	4 Regen	18	18
Frankfurt a. M.	759	SW	5 bedeckt	16	16	Aachen	751	SW	2 bedeckt	12	12
München	761	SW	2 halb bb.	18	18	Paris	760	SW	2 bedeckt	14	14
Wien	761	SW	halb bb.	18	18						

Wetterprognose für Mittwoch, den 7. Juli 1909. Bismlich warm, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 5. 7.	(ei 4. 7.)	Wasserstand	am 5. 7.	(ei 4. 7.)
Remel, Mühl	158	+1	Saale, Großh.	116	+14
Bregel, Ansternburg	—35	-10	Saale, Spandau	88	+1
Wesel, Thon	92	0	Saale, Rathenow	42	0
Oder, Ratibor	843	-50	Spre, Spremberg	116	-64
Kroffen	231	+23	Deesow	64	+4
Frankfurt	199	+35	Mejer, Müden	—96	-4
Wärthe, Schrumm	32	-1	Müden	—26	+12
Landsberg	—6	-2	Rhein, Ruckmiltanzen	546	-24
Rege, Bertham	—25	-6	Kaub	314	+24
Eide, Leitmeritz	295	-19	Rdin	324	+41
Dresden	296	+88	Redar, Dellbrom	107	-15
Worbis	183	+96	Rain, Weichheim	189	+14
Wagdeburg	130	+55	Wesel, Krier	122	-9

+ bedeutet Hoch, — Niedrig. Nach telegraphischer Meldung war die Oder bei Ratibor heute früh schon auf 279 cm gestiegen und fällt weiter.

Theater.
Mittwoch, den 7. Juli
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Der siegende Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. In demer Erde und im ersten Stod.
Kamerripiele. Ein Skandal in Monte Carlo.
Lessing. Die Dollarpinzessin.
Werkur. Ein Herkules.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Madame Bonivard.
Schiller Charlottenburg. Der Hübepel.
Griechisch-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Martha.
Romische Oper. O diese Reutnants.
Stened. Der Hoteldieb.
Lullia. Im Calé Roblesse.
Lustspielhaus. Der selbe Stuhl.
Neues Operetten. Die Spudesse.
Luisen. Die Sünde des Priesters.
Solico Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Deletheur usw. Anf. 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Wagner. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarpinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Berliner Theater.
Operetten-Gastspiel.
Täglich 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Hoteldieb.
Donnerstag und folgende Tage:
Der Hoteldieb.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 7. Juli, abends 8 Uhr:
Martha oder Der Markt zu Richmond
Romant. Oper in 4 Akten von Piccini.
(Kleine Besetzung.)
Donnerstag: Lindere. (Al. Dreife.)
Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultze.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonivard.
Schwan in 3 Akten von Alexander Wilson und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Eiberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Neue Welt Hasenheide 108-114
Heute, Mittwoch, den 7. Juli 1909:
Erstes großes Erntefest.
Bananenregnen. × Kinderholstigungen aller Art. × Fackelzug.
Großer Erntefestzug mit Erntewagen, Reitern u. Dromedaren.
Große Gratis-Verlosung.
Hauptgewinne je 1 goldene Uhr f. Mädchen u. Knaben.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 15 Pf.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper.
Der fliegende Holländer
v. Richard Wagner. Anf. 7 1/2 Uhr.
Holländer: Herr Demuth (Wien).
Donnerstag u. Sonnabend: Tannhäuser (7 Uhr). Freitag: Don Juan. Sonntag: Meistersinger (5 Uhr).

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der feiche Hindi.
WINTERGARTEN
765

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 8 Uhr. Sonnt. 8 beginn 5 Uhr. Garteneröffnung 8 Uhr.
Neben Montag: Götter, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Götter“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

„La Pia“
in ihren Phantasie-Tänzen.
Verona Cycle-Troupe
!! Six Juggling-Girls !!
sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms.
Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kind u. 10 Jahre d. Hälfte.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Apollo Theater
915 Die neuen Spezialitäten.
8 Uhr: Die 9 Yankee Doodle Girls.
Novität! 9 Uhr: Die lustigen Zecher.
Original-Stück von Leo Billward.
Rum 71. Halle: Er oder Er mit Hartstein

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Gastspiel Anna Berg.
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.
U. a.: Billi Hagkon in Berlin auf Stelgen. Paul Coradini u. a. Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: Freikonzert.
Vor der spanischen Arena.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzerte, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue Juli-Programm.
Gustav Eulenborg. × Trudi Truth.
Geschw. Wiedenmann. The 3 Sydurgs.
Der Brandstifter von Berlin.
Goldst. u. Gej. u. Lang u. Neffingen

Königstadt-Kasino.
Polsterstr. 72 (Ecke Alexanderstr.).
Täglich: Opern- u. Sommergärten bei ungestörter Witterung. I. Zone G. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Eine fidele Kiste Schwan u. Gej. von Braune.
Mollner, Domb, Les Mignons, Byron u. erstklassige Spezialitäten.
Anf. modern. 8. Sonntag 6 Uhr.

Zirkus Charles
 Maybach-Ufer
 an der Thielens-Brücke.
 Straßenbahnlinien 94, 46 u. 22.
 Abends 8 Uhr: 408b
Elite-Gala-Vorstellung.
 mit einem noch nie vorher
 hier geseigten mannigfaltigen
 Sensations-Programm, jede
 einzelne Nummer eine
Attraktion u. Schlager.
 Täglich abends 10 U. 20 Min.
 Auftreten der weltberühmten
Löwen-Domptese
Miss Charles
 mit ihren
14 wilden Löwen 14
 einzig dastehend
 ohne Konkurrenz.

Elysium
 Landberger Allee 40/41. Ede
 Petersburger Straße.
 Heute sowie täglich
 im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
 abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 (Meysel, Britton,
 Schrader usw.)
 Anfang
 8 Uhr.
 Freitag,
 den 16. 7.:
 1. Gastspiel
 Winter-
 Tyman.

Bitte anschnelden! Bitte anschnelden!
Abfahrtstelle
 Schillingsbrücke Berlin
Billige Dampfer-Extrafahrten mit
 Musik.
 Täglich früh 9, nach **Waltersdorfer Schleuse.**
 mittags 2 Uhr:
 Jed. Freitag, Mittwochs, Donner-
 tag, früh 9 $\frac{1}{2}$, mittags 2 Uhr: nach **Berliner Schweiz** (Gosener)
 tag, früh 9 $\frac{1}{2}$, mittags 2 Uhr: nach **Neue Mühle.** Ein u. zurück
 Jeden Dienstag, Freitag, nach **Neue Mühle.** Ein u. zurück
 früh 10 Uhr: 60 Pf.
 Jed. Sonntag, früh 8, nach **Waltersdorfer Schleuse.** Einl. Fahrt
 u. 9, mittags 2 Uhr: nach **Waltersdorfer Schleuse.** 50 Pfennig.
 Täglich von mittags 2 Uhr **Restaurant Kyffhäuser.**
 ab früh $\frac{1}{2}$ stündlich: nach
 Einlage Fahrt: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
 Dampfer-Fahrgäste zahlen kein Entree.
 4045 **Robert Tismer.**

Phänomen
 Rauchen Sie
Zigaretten!
 Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Passage-Panoptikum.
 Lebend!
 Die letzten weiblichen Wesen
 vom Stamme der
Azteken!
 Gr. Schaustellungen
 Vitascope-Theater usw.
 Alles ohne Extra-Entree.

Puhlmann's
 Schönehauser Allee 128
 Kastanien-Allee 37/38
Theater
 Täglich: Große
 Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Heute: Großer Elitetag.
 ? The 5. Raues Brother? usw.
 im **Elite-Ball** im Orchester-
 musikal.
 Beginn 4 $\frac{1}{2}$ Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Theater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
 Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
 Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
 Anfang 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Achtung! Putzer. Achtung!

Donnerstag, den 8. Juli 1909, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Koppenstr. 29
 (Zuh. Freyer), großer Saal:
Öffentliche Versammlung
 für alle in Berlin und Umgegend beschäftigten Putzer.
 Tages-Ordnung: 134/6
 Wie gedenken wir in der jetzigen Konjunktur unsere Lage zu verbessern?
 Kollegen! Agitiert für Massenbesuch! — Kein Putzer darf in dieser Ver-
 sammlung fehlen. — Einem jeden Putzer ist freie Aussprache gesichert.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht
 H. A.: Ernst Schulze.

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher usw.**

Die wegen der Protestversammlungen am 1. Juli ausgefallene Zusammenkunft
 der Bezirks-Agitationskommissionen findet nun am
Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, statt.
 Wir ersuchen die Mitglieder der betreffenden Kommissionen, zu dieser Versammlung
 recht pünktlich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Brunnen-Theater
 Badstraße 88. Direktion: Willi Voigt.
 Heute sowie täglich:
 X Größtartige Spezialitäten! X
 Novität! Novität!
Die Spreewald-Räte.
 Gr. Ausstattung-Vollstück mit Ge-
 sang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
 Kasseneröffnung 3 Uhr. Anf. 4 Uhr.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Olli. Brunnenstr. 16.
 Im schattigen Garten, bei Regen im
 Pracht-Theaterlokal:
Sensationeller Erfolg!
Verbotene Wege.
 Neue hervorragende Spezialitäten.
 Anfang 7 Uhr, Entree 30 Pf.

**Verband der Maler,
 Lackierer, Anstreicher etc.
 Küchenmöbelbranche.**
 Freitag, den 9. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-ufer 15, Saal 5:
Branchen-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen L. Jakoboff. 2. Diskussion 3. Branchen-
 angelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
 Der Obmann.

Zentralverband der Lederarbeiter.
 Filiale I Berlin.
 Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Saale
 des Herrn Schmidt, Prinzen-Allee 33:
Mitglieder-Versammlung
 aller in der Leder- und Handschuhfabrikation beschäftigten
 Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungs-
 wahl des Komitees zum Stiftungsfest. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Zahlreiches sowie pünktliches Erscheinen erwartet
 Der Vorstand.

Achtung! Bewilligte Bäckerei!
 Hiermit dem geehrten Publikum die Nachricht, daß jetzt die Bäckerei
 von **Fritz Hanke** nebst den Filialen **Elbinger Str. 79, Gafeland-
 Straße 34 und Garnierstr. 16** als bewilligt gilt, da die Forderungen
 der Gesellen erfüllt sind.
Johann Renner, Vertreter, Marienburger Str. 7, Stammgeschäft.
 40/9

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg
 Generalvertrieb und Fabriklager Berlin SO., Köpenicker Straße 20a
 Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV,
 9160
 Niederlage der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft
Zigarren - Zigaretten - Kautabake zu Fabrikpreisen.
Wald- und Landparzellen,
 Vorort herrlich gelegen, verkauft von 200 Mark an pro Parzelle. Nach
 Teilzahlung. 4125 **Kasiske, Kolladenstraße 86.**

Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.
 Lot. Eleg. Frau, Gebrod
 1,50, Hele 1,00, Wette 50 Pf.
Prack-Bauschule u. Technikum.
 Berlin O., Münsstr. 7.
 errichtet 1890.
 Hoch- und Tiefbau (4 Semester).
 Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler
 und Schlosser.
 Tages- und Abendkurse.
 Programme kostenlos durch die
 16792* **Direktion.**

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei
 der Beerdigung unseres lieben Sohnes,
 Bruders und Bräutigams 4145
Richard Damerow
 sagen wir allen Verwandten und
 Bekannten, sowie dem Gesangsverein
 „Unserer Brüder“ unseren besten Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen
G. Damerow.
Louise Schröder.

Damms Volkspark-Theater
 Landberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
 des
Rheinischen Künstler-Ensembles
 nebst Auftreten erill. Spezialitäten.
 Zum ersten Male in Berlin.
 Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Schweizer-Garten
 Am Königstor, am Friedrichshain
 Anfang 4 resp. 5 Uhr
 Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
 Spezialitäten. D. neue Jubiläum.
 Kinematograph, Volkbelustigung.
 Jed. Ab. **Der Seekadett** in 2 Akt.
 10 Uhr. Jed. Mittwoch: Kinderfest.

Max Kliems
 Sommer-Theater und Festsäle
 Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
 Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Vert. Leitung: Walter Gravenitz.
 Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
 Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Woodt.
 Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
 Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
 Entr. 15 Pf. Wähe od. Schärpe grat.

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon **Anzug od. Paletot**
 nach Maß, schnell, dänisch, **Zetaten**
 von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
 Neue Promenade, II. Städt. Börse.

Billigste Bezugsquelle
 gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
 Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a
 NO., Gr. Frankf. Str. 115.
 Genaue Beachtung
 meiner Firma u. Haus-
 nummer geboten!

**Zentral-Verband der Maurer
 Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Putzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern
 des Gesangsvereins zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Karl Schulze
 am 4. Juli im Alter von 59 Jahren an
 Nierenentzündung verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 8. Juli, nach-
 mittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 154/7 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 4. Juli, ver-
 starb unser Mitglied, der Gastwirt
Karl Schulze,
 Dunderstr. 90.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 8. Juli, nach-
 mittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt. 128/16
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
 Am 1. Juli verstarb infolge Un-
 falls unser Mitglied, der Brunn-
 arbeiter
Robert Schütze.
 (14 Bezirk.)
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwoch, nachmittags 5 Uhr,
 von der Leichenhalle des neuen
 Rixdorfer Friedhofes (Maxien-
 dorfer Weg) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 235/11 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Schlosser
Leon Ratajczak
 an Lungenleiden gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 7. Juli, nach-
 mittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
 halle des St. Sebastian-Kirchhofes
 in Reinickendorf-West aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der
 Bauanschläger
Paul Glaubitz
 an Lungenleiden.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 8. Juli, nach-
 mittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, der
 Formier
Friedrich Kamphenkel
 am 27. Juni an Gehirnerschütte-
 rung.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 7. Juli, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Pauls-Kirchhofes, Sec-
 träge aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 119/13 **Ole Ortsverwaltung**

**Zentral-Verband der Maurer
 Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Putzer.
 Unseren sowie den Mitgliedern
 des Gesangsvereins zur Nachricht,
 daß unser Mitglied
Karl Schulze
 am 4. Juli im Alter von 59 Jahren an
 Nierenentzündung verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 8. Juli, nach-
 mittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 154/7 **Der Vorstand.**

Am 1. Juli entlich nach
 langem schweren Leiden meine
 innigstgeliebte Frau, unsere gute
 Schwester, Schwägerin und Tante
Therese Unbehauen
 geb. **Knipfert**
 im 45. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten
Wilhelm Unbehauen
 nebst Verwandten.
 Die Beerdigung findet heute,
 den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des Thomas-
 Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die Kranzsenden bei der Beerdigung
 meiner lieben Frau, unserer guten
 Mutter sagen wir allen Bekannten
 und Genossen sowie meinen Kollegen
 von der Berliner Genossenschafts-
 Bäckerei unseren herzlichsten Dank.
Theodor Koppelt
 nebst Kindern.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt 62/9*
 für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Geld zur Sommerreise
 und noch mehr bringen
 Ihnen,
 meine Damen, die letzten Tage des Reise-Ausverkaufs im
Spezial-Konfektionshause Westmann,
 Haupt-Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von
 geschäft: der Jerusalemer Straße,
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von
 der Andreasstraße
Schluß: Sonnabend, 9. Juli 1909,
 nachmittags 6 $\frac{1}{2}$ Uhr!
 Solch billige Preise kehren nicht wieder!
Noch ist die Auswahl unerschöpflich!
 Aber kommen Sie möglichst vormittags,
 weil nachmittags der Andrang zu stark ist.
 Besonders starke Figuren finden Passendes auf jeden Fall!
Reise-, Promenaden-, Gebirgskostüme!
Rips-, Seiden-, Leinen-, Tuchkonfektion! **Wäscheleider!**
Reise- u. Stauhmäntel, Weiterfeste Paletots, Wasserdicke Ledencapes
Jackets! Kimonos! Fichus!
 frühere Preise bis M. 20.—, bis M. 30.—, bis M. 45.—, bis M. 75.—, bis M. 120.— usw. bis M. 600.—
 heutige „a Teil M. 4.—, M. 6.—, M. 9.—, M. 15.—, M. 24.— bis M. 120.—.
 Schon bei M. 15.— Einkauf gratis an jeden Käufer: **eine Beigabe!**